

StW
2868

Allgemeine Gr

des

Völkerre

als Präm

zur Entscheid

Kann die Säkularis
der Fränkischen
enden F

Nebst einer Prü
üb



Allgemeine Grundsätze
des
Völkerrechtes,
als Prämissen

zur Entscheidung der Frage:

Kann die Säkularisirung zur Basis des mit
der Fränkischen Republik zu schließ-
enden Friedens dienen?

Nebst einer Prüfung der Weisseischen Schrift
über die Säkularisation.



Bremen und Lübeck

1799.



1891

2251

Dem Herrn

J o h a n n B e n j a m i n
E r h a r d,

der Weltweisheit und Arzneykunde Doctor
in Ansbach,

seinem schätzbarsten Freunde

gewidmet

zum Denkmahle der Hochachtung, Freund-
schaft und Liebe

vom Herausgeber

Franz Nikolaus Baur,
Vicar in Würzburg.

Dem Herrn

Joachim

Erhard

der Wissenschaft und Ansehens Doctor
in Jülich

seiner schätzbaren Freund

gewidmet

zum Gedächtnis der Hochachtung, Treue
Schick und Liebe

vom Herausgeber

Ernst Nikolaus Jann

Von in Wittenberg

Beste Freund!

Dass Du ein wärmerer Vertheidiger der Wahrheit, als Deines Vortheiles bist, Intrigue und Chicane auch dann noch haffest, wenn sie in Purpur- und Hermelin-Gewändern sich kleidet, den Menschen eher bemerkst, als den Fürsten, die Rechte jenes höher, als die Diplome dieses hältst: — — das, edler Freund, verband uns, als wir noch ungetrennt vom Schicksale in traulicher Vereinigung manches Kapitel aus der künftigen Geschichte der Menschheit überlegten, und in dunkler Ferne vor uns sahen, was im Laufe der Zeiten zum Theile schon sich ereignet hat, zum Theile *vielleicht schon beschlossen*, nur

(*)

noch die *Ausführung* mit Feder oder Degen erwartet.

Wir haben beyde indessen manches Herbe gekostet, gefühlt die Geißel der beleidigten Chicane, geseufzet unter dem Drucke des übersehenen Stolzes, — — und sind Freunde geblieben, und werden es bleiben. Auch in unserer Trennung habe ich häufig *Deiner* gedacht, häufig mit meinen Freunden von *Dir* gesprochen, und meine Lieblingsbeschäftigung, die ehemals unsere Stunden kürzte, fortgesetzt. — Der Inhalt dieser Schrift, die *Deinem* Andenken und unserer Freundschaft gewidmet ist, gab so manches Mahl den Stoff zu unsern Gesprächen und

schriftlichen Unterhaltungen , und
einer meiner Freunde, der zwar nicht
Deine Figur, Deine offene Miene,
nicht Deine blühende Gesichtsfarbe,
und werthe Familie, u. s. w. aber doch
Deinen Geist aus Deinen vortreff-
lichen Schriften kennen und schätzen,
der an Kopf und Herz Dir, mein
besten Erhard, ganz gleich, in
rastloser Thätigkeit der Wahrheit seine
Stunden weiht, überschickte diese
Abhandlung mir, als wissenschaftliche
Betrachtung dessen, was wir rhapsod-
isch in Briefen mit einander verhand-
elt hatten, und überließ mir die Her-
ausgabe derselben, die ich auch treu-
lich besorgte, und als Gelegenheit
benützte, Dir meine Hochachtung und

Liebe öffentlich zu bezeugen. —
Mag seyn , daß nicht Alles , was in
dieser Schrift vorkommt , mit unsern
Grundsätzen zusammen stimmt, und
daß Viele über manche Stelle den
Kopf schütteln: allein Du wirst mir
gestehen, daß es , wenn es um die
Wahrheit zu thun ist , doch immer
noch Verdienst bleibet , dieselbe ge-
sucht zu haben, selbst wenn man diese
verfehlen sollte, und wirst also wegen
eines oder des andern Fehlers , den
Du etwa triffst, meine Freundschaft
und Hochachtung nicht verkennen.

Das Büchlein wird vielleicht ver-
folgt werden , und also gleiches Schick-
sal, wie ehemals mit Dir , und mit
Wahrheit und dem Rechte haben: in-

deffen war es auch (wie ich gewifs
weifs,) nicht die Absicht seines Ver-
fassers, dafs es da geduldet würde, wo
man, um etwas zu thun, noch weit-
ere Bestimmungsgründe verlanger,
als die Gerechtigkeit und Vernunft
uns darbeut. — Es wird verlacht
werden, als leere Speculation, die
Luftschlösser bauet, und sich wenig
darum kümmert, dafs sich auf die den
Gang der öffentlichen Angelegenheit-
en leitende Politik keine Plane von
Recht und Vernunft gründen lassen: —
um so besser, was könnte es auch sein-
em Verfasser, unserem Freunde, für
Ehre bringen, gelobt zu werden von
der Secte staubiger Diplomaten,
die ihre Rechts-Principien aus den

Archiven zusammen stoppeln, oder von Menschen, die um das Tagelohn sich und die Wahrheit verdingen, und nichts gut finden, als was ihrem Interesse, und ihren schwachen Patronen gefällt? — Es wird der Erfahrung widersprechen, und deshalb als etwas nutzloses vergessen werden. — Auch das thut zur Sache nichts, da es ja nicht für diejenigen bestimmt ist, die alles für Recht halten, was in den Zeitungen stehet, und, nach dem Seneca'schen Spruche, nur den Weg gerade und eben finden, auf dem die Menge gehet. Wer sich überzeugen kann, daß etwas Recht sey, weil er Vorthail davon hat, oder weil es geschieht; für wen es kein süßeres Ge-

fühl gibt, als ein Märchen zu hören, wie Schach Riar sich aus tausend und eine Nacht welche vorsehen liefs; wer gutherzig genug ist, in allem nur immer das zu sehen, was man ihm zeigt, und allenfalls einem Schattenspiele an der Wand mehr Glauben zu leihen, als den Deductionen von Recht, der mag immer diese Schrift bey Seite legen, und statt dessen seine Kisten, oder Heere, seine Titel u. d. g. überzählen, die officiellen Berichte überlesen, die Gelenkheit der Marionetten bewundern, die ihm seine Freunde, Gäste, Patronen, Minister, u. a. vortanzen lassen; — — genug, wenn es nur der Freund der Wahrheit liest, und überdenkt, und,

wenn es dem, was geschieht, widerspricht, es doch dem, was geschehen sollte, angemessen findet. —

Du, mein theuerster Freund! findest aus dem, was hier stehet, schon die Gründe heraus, warum ich Dir dieß Büchlein weihte, die keine andern sind, als die Ueberzeugung, daß Dir Wahrheit angelegener ist, als Alles, was sich dagegen aufbringen läßt, und daß Du meines Freundes und mein Freund seyn wirst, bis ich aufhöre zu seyn

Lieber, guter Erhard!

Würzburg
den 1ten des Decemb. 1798.

ganz der Deinige
Franz Nikolaus Baur,
Vicar.

Vorrede des Verfassers.

Diis te minorem quod geris, imperas.

Hinc omne principium, huc refer exitum.

Horat. L. III. Od. 6.

Die groſſe Begebenheit, welche gegenwärtig die Augen und die Erwartung von Europa auf ſich gezogen hat, und durch welche das Schickſal nicht eines Staates, nicht eines Jahres, ſondern einer zuſammen hangenden Länderkette von mehreren hunderttauſend Quadrat-Meilen, und Ereigniſſe der künftigen Jahrhunderte beſtimmet werden ſollen, auf deren Vollendung von der Wolga bis an den Ausfluß des Tago, von dem Eismeere bis an den Archipelagus Millionen mit geſpannter Aufmerkſamkeit wart-

warten; an welcher alle Potentaten Europa's Theils als Mitstände von Teutschland, Theils als Nachbarn desselben Antheil nehmen, beschäftigt seit einiger Zeit alle politische Zirkel nicht nur, sondern auch eine Menge Federn, so wohl in Raftadt und in den Cabinetten der Großen, als auch an den Pulten der Gelehrten von aller Art. Beynahe jede Facultät hat über dieselbe ihre Stimme bereits gegeben, und zwar vorzüglich deshalb, weil, um die Compensations-Forderungen zu befriedigen, ein Mittel ausfindig zu machen war, wie die Mitstände des Reiches, welche etwa ihre Gebieth verloren, schadlos zu halten seyen, und weil zu dieser Indemnification die geistlichen Fürstenthümer bestimmt werden sollten. Ob eine solche Staatsveränderung recht, gerecht, klug

klug und nützlich sey, hat man auf so viele verschiedene Weisen zu beantworten gesucht, als verschiedene Köpfe sich mit dieser Frage beschäftigten. Man hat die innere Verfassung dieser Stifter, den Nutzen, welchen sie dem Reiche in ihrem gegenwärtigen Zustande gewähren, und in einer veränderten Gestalt gewähren würden, kurz Philosophie, Recht, Theologie sogar zu Hülfe genommen, um zu beweisen, was man entweder für Wahrheit hielt, oder dafür wollte gehalten wissen, und hat doch, wie mich dünket, die Sache selbst noch nicht zurück bis auf die Quelle geleitet, aus welcher die Gründe zur Entscheidung zu hohlen sind. Daher entstand denn, was in ähnlichen Fällen immer zu entstehen pfleget, daß kein einziger Grund für eine oder die
and-

andere Behauptung angeführet wurde, der nicht auch auf das Gegentheil angewendet worden wäre, so daß Jeder, weil er die gegnerischen Gründe widerleget hatte, glaubte, seinen Satz erwiesen zu haben.

Ueberzeugt zwar, daß im Ganzen genommen alles Philosophiren über das, was geschehen soll, nichts nütze, weil Recht und Wahrheit doch immer das letzte ist, worauf man im Verhältnisse der Völker gegen einander zu sehen pfleget, und eine gewonnene Schlacht, eine Armee gleich bereit, Recht und Unrecht zu schützen, eine Quadrat-Meile zu erobernden Landes, eine Zollgerechtigkeit, das Recht seine Stimme vor anderen zu geben, u.d.gl., Gründe von ganz anderer Art sind, als
eine

eine Deduction und der solideſte Beweis, daß etwas ungerecht ſey, — gebe ich dieſe Blätter, welche ſich mit Auflöſung der oben beſchriebenen Aufgabe gleichfalls beſchäftigen, nicht als eine Staatsſchrift, durch die, was ſicher nicht geſchehen wird, ein Buchſtab der Verhandlungen über die Zukunft geändert werden ſoll, ſondern für nichts weiter, als eine philoſophiſche Betrachtung, um das Urtheil manches Menſchen über das, was im Rathe der Macht-habenden beſchloſſen werden wird, zu berichtigen.

Ich habe dabey einen doppelten Zweck mir vorgeſetzt. Da nämlich auch unter den neuſten naturrechtlichen Schriften mir keine vollſtändige Abhandlung über Völkerrecht bekannt iſt,

ist, obgleich Kant und Fichte die besten Data dazu liefern, diese beyden selbst aber in ihren rechtlichen Behauptungen nicht immer ganz mit einander übereinstimmen; so schien es mir der Mühe werth, diese Lücke auszufüllen, und es zu versuchen, wie Kant's und Fichte's Behauptungen in einem Systeme neben einander bestehen könnten. Zugleich mußten nun diese voran geschickten Sätze zu Quellen dienen, aus denen ich die Entscheidung für die obige Frage erhohlte, da man sie zeither Theils aus dem Staatsrechte, Theils aus der Theologie, Theils aus der Politik entlehnte.

Ob eine Verfassung rechtlich sey, kann nicht in Betrachtung kommen, wenn die Frage ist, ob sie durch eine
aüß-

äußere Gewalt solle verändert werden,
 weil man sonst, um nicht unterdrückt
 zu werden, sich müßte unterjoch-
 en lassen. Ob ein Pisistrat, ein Dio-
 nys den Thron von Athen oder Sy-
 rakus besitzen soll, darüber hat nur
 Attika und Sicilien das Recht der
 Entscheidung: alle auswärtige Reiche
 haben mit all' ihrer Macht, mit all' ihr-
 en Verhältnissen, in welchen sie mit
 jenen stehen, hierbey keine Stimme.
 Es gibt in Rücksicht eines Staates nur
 dreyerley Personen, nämlich das Volk,
 welches in demselben lebet, sein Be-
 herrscher, und auswärtige Völker:
 und es gibt daher auch nur dreyerley
 Arten, eine Staatsverfassung zu ver-
 ändern, nämlich durch das Volk, durch
 seinen Regenten, (der etwa auch nur
 ein Prätendent seyn kann,) oder
 durch

durch eine auswärtige Macht, d. h.,
 Umwälzung (Revolution), Unter-
 drückung (Tyranney), und Unter-
 jochung. Wenn bey der ersten das
 Recht umgekehrt, und eine rechtliche
 Verfassung in eine anarchische (wen-
 igstens auf einen kurzen Zwischenraum)
 verwandelt wird, wobey sich jedoch
 das Volk im Ganzen genommen (denn
 Einzelne hangen dabey häufig von der
 Macht Anderer ab,) als selbstständig
 hinstellet; so verlieret daselbe bey der
 zweyten einen Rechtsstreit, und wird
 als verfällte Partey, im dritten aber
 als bloße Sache behandelt. Wenn
 daher die erste schrecklich ist; so
 ist die zweyte traurig, die dritte aber
 gehässig und verabscheuungs-
 würdig. Jene endet mit den Uebeln,
 welche von ihr unzertrennlich sind,
 und

und begründet endlich, vielleicht auf den Ruinen von Tausenden, eine Gesetzgebung; die beyden anderen führen nach einer Reihe von Elend zu jener hin. Dort schimmern noch Tugenden und heroische Gröfse: hier werden Dolche gezücket, Gifte gemischt, die Tugend verkriechet sich, der Heroismus endet auf dem Schaffotte. Wenn dem Unterdrückten noch der Anschein einer Gerechtigkeit und die Hoffnung auf den Tod seines Tyrannen bleibt; so siehet der Unterjochte kein anderes Ende seines Elendes, als seinen eigenen Tod. Athen wurde unter seinen Tyrannen groß und gefürchtet; unter der Herrschaft der Römer verlösch es. Die Hanse war die Quelle des National-Reichthumes von Teutschland, so lange sie von aussen unangefochten blieb,

(**)

blieb, obgleich im Inneren eben nicht
 die strengste Gerechtigkeit herrschen
 mochte: zerstreut, und auswärtigen
 Mächten unterworfen, ist ihr Glanz ver-
 blichen, ihr Reichthum versieget. Auf
 neuere Beyspiele brauche ich meine
 Leser nicht aufmerksam zu machen.
 Die Kräfte des Menschen entwickeln
 und bilden sich durch den Widerstand,
 welchen er einer bezwingbaren Macht
 zu leisten hat: eine unerreichbare Gröfse
 machet ihn muthlos und verzweifelnd.
 Unter allen Uebeln, die daher einen
 Staat betreffen können, ist das der Unt-
 erjochung das fürchterlichste. Ob sie
 mit dem Säbel in der Hand oder durch
 Rechtsansprüche, die immer nur Schein
 seyn können, verrichtet wird, gilt gleich.
 Jedes Product der Natur und der Kunst
 kann erkaufet, ererbet, eingetauschet,
 er-

erheirathet werden, aber nicht die Menschen, welche einen Staat ausmachen. Sie als Zubehör des Grundes und Bodens, worauf sie leben, (*accessorium fundi*;) und diesen als sein Eigenthum betrachten wollen, welches man gegen irgend ein anderes vertauschen könne, heisset die sämmtlichen Einwohner eines Staates als grundgehörig (*glebae adscriptos*), ja gar als Leibeigene betrachten, die gerade so viel Recht haben, als man ihnen läßt, und sich noch glücklich schätzen müssen, daß man sie an dem Erdboden, der für gemeine Menschen nicht gemacht ist, Antheil nehmen läßt.

Was hie und da in diesen Blättern vorkommt, und etwa nicht den Beyfall von Jedermann haben möchte, darüber be-

beliebe man zu merken, daß alles, was
 von Großen und Potentaten gesagt
 wird, von keinem der jetzt oder in Zu-
 kunft lebenden gelten soll, als in so
 fern er sich durch seine Handlungen
 dazu legitimiren wird. Die meisten
 Menschen haben im Grunde vielleicht
 wenig Ursache, über Bedrückung zu
 klagen; denn sie sind selbst, wo sie
 können, die grausamsten Despoten,
 und im Ganzen genommen möchte die
 Menschheit noch wenig moralisches
 Verdienst besitzen, und für einen Be-
 obachter aus einem höheren Stand-
 puncte dürfte vielleicht die ganze Ge-
 schichte derselben in den Worten ent-
 halten seyn: Die Unmacht hat die
 Regel für sich, aber die Stärke
 den Erfolg. — So lange das Philo-
 sophiren über die Begebenheiten und
 Auf-

Auftritte in und aufser Staaten nicht zur Regel gemacht wird, nach welcher gehandelt werden soll, vielmehr, was man auch immer dagegen sagen mag, doch Jeder thut, wozu er Gewalt hat, das heisst, so lange das Gesetz nicht zur That wird, muss es Jedem erlaubt seyn, seine Unterhaltung darin zu suchen, dass er das, was geschieht, mit dem vergleicht, was geschehen sollte, weil eine solche Beschäftigung nicht so wohl als etwas Reelles, sondern, was den Staat betrifft, als eine Art Geistespielerey zu betrachten ist, bey welcher eben nicht die grösste Ergetzung zu erwarten ist, die Hoffnung etwa abgerechnet, dass in dem unabänderlichen Gange der Natur einst die Zeit erscheinen werde, wo das äusserliche Verhältniss der Staaten zu ein-

einander auf Recht werde gegründet werden, so wie nach Jahrhunderten die Zeit erschiene ist, wo die Beherrscher der Völker es einsehen, daß nur Gesetze und Gerechtigkeit ihre Thronen befestigen können.

Im October 1796.

Der Verfasser.

Dr. G. D. R. . . .

Inhalts-

Inhalts-Anzeige.

Erstes Hauptstück.

- §. I. Deduction des Begriffes von Staat S. 1. bis 9.
- §. II. Deduction des Völkerrechtes aus der Geschichte der Menschheit — 9 — 17.
- §. III. Begriff desselben, und Aufzählung der in ihm enthaltenen Sätze — 17 — 35.
- §. IV. Deduction und Beweis dieser Sätze — 35 — 88.
- §. V. Bestimmung des völkerrechtlichen Zustandes — 88 — 104.

Zweytes Hauptstück.

- §. I. Bestimmung der Entscheidungsquelle — 105 — 114.
- §. II. Untersuchung der Verhältnisse einzelner Reichsländer zu einander aus der Geschichte der Landeshoheit — 114 — 124.
- §. III. Auffuchung der Prämissen zu unserer Abhandlung — 124 — 134.
- §. IV. Bestimmung des Begriffes von Säcularisation 134 — 151.
- §. V. Vergleichung desselben mit der ersten Prämisse — 151 — 186.

§. VI.

§. VI. Vergleichung desselben mit der zweyten Prä-
missen — 186 — 193.

§. VII. Vergleichung desselben mit der dritten Prä-
missen — 193 — 200.

§. VIII. Beantwortung der Frage und Schluss — 200
— 220.

Nachtrag.

Vergleichung dieser Abhandlung mit der vom Hrn.
Dr. Weisse und Widerlegung dieser. — 221
— 298.

Erstes

Erstes Hauptstück,

welches das allgemeine Völkerrecht enthält.

§. I.

1. Alles Recht auf etwas, alles äußere Mein und Dein ist im Naturzustande, welcher hier dem bürgerlichen entgegen gesetzt wird, noch problematisch und bloß provisorisch, das heißt, *es kann gegen Niemand geltend gemacht werden*, da jeder Mensch in einem solchen Zustande Anspruch auf Alles hat, weil kein Gesetz, sondern nur seine eigene natürliche Freyheit ihn bestimmt, folglich überhaupt nur Rechte, aber keine denselben entsprechende Verbindlichkeiten Statt finden, wodurch denn eben jene leer und unausführbar bleiben. Es kann also auch in einem solchen Zustande die Wechselwirkung vernünftiger Wesen auf einander nicht auf Vernunft und Freyheit, sondern bloß auf physische Gewalt gegründet werden, indem,

(1)

weil

weil jedes ein *freyes*, folglich möglicher Weise nicht auf jenes provisorische Eigenthum Rücksicht nehmendes Wesen ist, (wozu es auch nach keinem Gesetze verbunden ist,) keiner vor dem andern sich sicher halten, folglich keiner dem andern etwas einräumen kann, ohne dabey seine eigene freye Wirkfamkeit auf das Spiel zu setzen. Ein solcher Zustand ist daher offenbar rechtslos.

2. Nun muß aber jedes vernünftige Wesen sich eine freye Wirkfamkeit in der Sinnenwelt zuschreiben, eine Wirkfamkeit, bey welcher es bloß sich selbst nach und durch seine freye Willkür bestimmet, nicht von außen durch die Einwirkung eines andern bestimmet wird, und es muß daher aus jenem Zustande, in welchem Jeder Alles wollen kann, heraus gehen, und sich mit jedem, mit dem es in Wechselwirkung kommt, dahin vereinigen, daß zwar Jeder frey, aber Keiner da wirken solle, wo der Andere wirkt; das heisset, sie müssen sich gutwillig über ein Eigenthum mit einander vertragen. Aber die vorige Unsicherheit ist da-

dadurch nicht gehoben und beseitiget; denn Jeder bleibet nach wie vor ein freyes Wesen: es bleibet also auch noch die Möglichkeit, daß er sich selbst nicht consequent handle, und in der Folge etwa wolle, worauf er jetzt Verzicht leistet, und es ist daher mit dem über das Eigenthum geschlossenen Vertrage noch nicht genug: die Gemeinschaft unter den Menschen kann auf denselben allein noch nicht gegründet werden, wenn nicht auf irgend eine Art dargethan werden kann, daß er für alle Zukunft die Entscheidungs-Norm seyn, und nothwendig werde befolget werden. Hieraus ergibt sich denn die Auflösung der Aufgabe: *eine Gemeinschaft* (nicht *communio*, Theilnehmung Aller an Allem, sondern *commercium*, Einwirkung Aller auf Alle) *unter vernünftigen Wesen als solchen zu gründen*, auf folgende Art.

3. Jenes Entscheiden nach der im Vertrage festgesetzten Norm setzt nothwendig ein Vergleichen des vorliegenden Falles mit jener Norm voraus, und dieses Vergleichen ein Wollen, daß der Vertrag sicher eingehalten

halten werde. Nun kann zwar vielleicht im Herzen Jeder einen solchen Willen haben: aber derselbe bleibt nur im Bewußtseyn; er wird nie Erscheinung, und es kann daher Keiner dem Andern trauen, und zwar um so weniger, je rechtlicher er selbst gesinnt zu seyn glaubet: *es kann Keiner sich dem Richterspruche des Andern* (denn jenes Vergleichen ist ein Richten,) *unterwerfen*, und sie müssen daher jene Vergleichung, jenes Richten einem Dritten übergeben, dessen Richterspruche sie sich beyde unterwerfen; und zwar muß diese Unterwerfung*) zugleich mit dem Vertrage über das Eigenthum geschehen.—Aber aus allen dem bisher Gesagten läßt sich noch immer nicht einsehen, worin denn jene Gewissheit, daß der Vertrag für alle Zukunft werde befolget werden, bestehen solle, da es ja immer noch möglich bleibt, daß der Richter sich mit der einen Partey verbinde, und so eine Uebermacht für das Unrecht entstehe, oder welches wenigstens

*) Sieh Fichte Naturrecht. I.B. Ueber das Zwangsrecht.

stens möglich ist, der durch den Richter-
 spruch Verfallte Macht genug habe, sich dem-
 selben zu widersetzen. Es muß, wenn das
 Obige nicht alles zwecklos seyn soll, auf irg-
 end eine Art die Gewähr geleistet werden,
 daß der Richter immer Recht sprechen, und
 ohne Vergleich mächtiger, als der sich ihm
 Widersetzende, seyn werde. Wie das Letzte
 möglich ist, läßt sich nun sogleich bestim-
 men. *Das Recht wird nämlich immer mächt-*
iger seyn, wenn sich für dasselbe eine große
Menge Menschen gegen den sich Widersetz-
enden vereinigt. Aber schwerer ist es einzu-
 sehen, wie es einzurichten sey, daß jene
 Menge immer nothwendiger Weise das Recht
 wolle, und sich nicht für das Unrecht zu
 einer unüberwindlichen Macht vereinige?
 Wir beantworten diese Frage also. Jene
 Menge wird nothwendig immer das Recht
 wollen, wenn von diesem Willen ihre eig-
 ene Existenz als einer Menge vernünftiger
 Wesen abhängt, und es kommt also nur dar-
 auf an, zu bestimmen, wie die Existenz jed-
 es Einzelnen an das Wollen des Rechts noth-
 wendig zu knüpfen sey.

4. Wer das Unrecht will, der will, nach dem vorhergehenden, daß der Vertrag, oder, welches einerley ist, das Gesetz für den, den er unterdrücken will, nicht gelte: er will aber nothwendiger Weise, daß es für ihn selbst gelte, da von demselben seine freye Wirksamkeit abhängt. Er würde also das Unrecht nicht wollen können, wenn sein Wille zur nothwendigen Folge hätte, daß das Gesetz ihn nicht mehr vor Unrecht schützte, das heist, daß das Unrecht, welches er Anderen zugedacht hätte, ihn selbst träfe, als wodurch seine Sicherheit an die Sicherheit jedes Andern geknüpft wäre. Dieß würde nun zu Folge eines Gesetzes geschehen müssen, daß, was einmahl für *Recht* erkannt worden wäre, nothwendig immer dafür erkannt werden müßte, oder, wie es Kant ausdrückt, Jeder muß den Andern nach eben dem Gesetze verbinden können, wonach er selbst verbunden wurde. Durch eine solche Einrichtung würde denn, da Jeder mit dem Andern zugleich auch sich selbst aufopfern würde, noth-

nothwendig Jeder das Recht wollen müssen, das heisst, es würde, da Keiner sich unrecht thun wollen kann, ein allgemeiner Wille für das Recht entstehen, dem Jeder ohne Gefahr sich unterwerfen könnte *).

5. Allein dieser allgemeine Wille würde denn doch, wie es in die Augen fällt, nirgends seyn, indem in jedem Rechtsstreite die verfällte Partey von Allen auszunehmen wäre, also Alle weniger Einen über diesen Einen entschieden, der also nach einem Willen gerichtet würde, welcher nicht der allgemeine, sondern vielmehr immer wenigstens der Form nach äusserst ungerecht wäre, indem, da nach dem obigen in jedem Richterspruche ein Gesetz, wie alle behandelt werden können, fest gesetzt wird, die Gemeinde Partey ist, und daher nicht zugleich Richter seyn kann, ohne gegen das, was oben vorgetragen wurde, zu verstossen, und abermahls alles Recht unmöglich zu machen. Diese Schwierigkeit läßt sich nun auf die näm-

*) Sieh Fichte a. a. O. vom *Staatsrechte*. Kant *ewiger Friede*, Eingang zum 2ten Abschn.

nämliche Art lösen, wie wir oben eine ähnliche gelöst haben, nämlich so. Die Gemeinde ist Parthey; sie muß also einen Dritten erwählen, der zwischen ihr und den Streitenden (denn es ist noch problematisch, zu welcher von den beyden Streitenden die Gemeinde gerechnet werden müsse,) entscheide, und zwar, da sie nach keinem andern Willen, als nach dem allgemeinen, gerichtet werden kann, nach dem allgemeinen Willen entscheide, wofür er also derselben verantwortlich bleibt *).

6. Hierdurch ist nun die Aufgabe gelöst, wie eine Gemeinschaft unter vernünftigen Wesen als solchen hergestellt werden könne, nämlich durch eine Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen, oder eine auf die Principien der *rechtlichen* Freyheit, (kein vernünftiges Wesen kann nach einem Gesetze verbunden werden, als wozu es seine Einwilligung gegeben hat,) der *rechtlichen* Gleichheit, (kein vernünftiges Wesen kann von einem Andern nach einem Gesetze ver-

*) Fichte a. a. O.

verbunden werden, nach welchem es nicht jenes wieder verbinden könnte,) und der *rechtlichen* Abhängigkeit (kein Staatsbürger kann seinen Privat-Willen zum Gesetze erheben wollen, den er vielmehr immer dem gemeinfamen unterordnen muß,) gegründete Gemeinschaft von Menschen, das heißt, durch einen *Staat*. Sieh oben 2. 4. und 5. *)

§. II.

1. Aber es ist noch immer nicht dargethan, wie diese Gesetze allein eine bürgerliche Verfassung herstellen werden, obgleich gezeigt worden ist, daß sich durch dieselben eine solche herstellen lasse. Daß Jeder, der auf einen Andern trifft, denselben nöthigen

*) Kant a. a. O. in der Note, und metaph. Anfangsgr. der Rechtslehre. S. 166, wo aber statt des Princip der rechtlichen Abhängigkeit das der Selbstständigkeit angegeben wird, welches der Stelle im ewigen Frieden zu widersprechen scheint. Allein es ist dort die Rede von den nothwendigen Attributen der Bürger, und das Princip der Abhängigkeit ist in dem vorhergehenden enthalten. Mir scheint aber die Selbstständigkeit schon in der Freyheit enthalten zu seyn.

igen könne, mit ihm in eine bürgerliche Verfassung zu treten, oder aus seiner Nähe zu weichen, läßt sich zwar leicht erweisen: aber eine solche Nöthigung setzet doch immer erst den Willen voraus, selbst sich einem äußern Gesetze zu unterwerfen, welcher Wille sich wohl im Naturzustande, worunter wir hier den vor aller Staatseinrichtung vorhergegangenen verstehen, in keinem Menschen voraus setzen läßt. Der Mensch wird sich vor allem andern seines Naturtriebes bewußt *), und seine ersten Handlungen haben daher keinen andern Zweck, als jenen zu befriedigen, so wie er denn seine Freyheit, wenn er in diesem Zustande etwa über sich selber reflectiret, auf nichts anderes richtet, als um etwa aus mehreren Höhlen zu seiner Wohnung die bequemste, aus mehreren Nahrungsmitteln das wohlschmeckendste u. s. w. für sich auszuwählen. Die Maxime seiner Handlungen ist dabey die des Eigennutzes, vermöge welcher er alle seine Handlungen bloß auf sich selbst beziehet, und

*) Fichte Sittenlehre. S. 233 u. folg.

und den Vorthail berechnet, den ihm dieselben gewähren *). Dafs bey dieser Denkungsart sich wohl schwerlich die Neigung zu einem gesetzlichen Zustande voraus setzen, oder eine Beschränkung seiner Willkür, damit ein anderes Wesen als frey daneben bestehen könne, erwarten lasse, bedarf weniger eines Beweises, als der bloßen Erwähnung.

*) Ich glaube nicht, dafs in diesem Zustande die Befriedigung sympathetischer Triebe mit zur Glückseligkeit gerechnet werde, wie dieses Fichte a. a. O. S. 236 annimmt, weil ich mir selbst keine sympathetischen Triebe in diesem Zustande denken kann, wenn nicht Triebe etwas in dem Menschen vorhandenes, nicht durch eigne Thätigkeit und Selbstbestimmung in ihn hinein gebrachtes seyn sollen, wie dies doch Fichte offenbar nicht annehmen kann. Sympathetische Triebe entstehen erst auf einem höhern Standpunkte, als der hier angezeigte ist, nämlich dem, wo der Mensch das Bewusstseyn seiner eignen Freyheit auch auf Andere überzutragen, und daher ihre Gefühle zu theilen anfängt, woraus sich, verbunden mit dem, was Fichte im 2ten Bande seines Naturrechts S. 159 u. folg. vorträgt, erklären läßt, warum das weibliche Geschlecht von Natur aus ein sanfteres Gefühl habe. — Die Temperaments - Schilderungen in Kant's Begriff des Erhabenen und Schönen sind nichts anders, als vier Stufen auf dieser Scale.

ung. Der Mensch sieht hierbey nur auf die nähere oder entferntere Verwandtschaft, die ein oder das andere zu seinen Genüssen hat, und wer ihn etwa darin störet, der ist sein Feind, und er ist ihn mit aller Anstrengung von sich zu vertreiben bemüht. Dadurch werden denn die Menschen zerstreut, und das Recht des Stärkern eingeführt, dessen in manchen Verhältnissen immer noch fortwährender Gebrauch ein Beweis ist, daß sich die Menschheit im Ganzen genommen noch nicht viel über jene erste Stufe erhoben hat, und die Maxime des Eigennutzes noch mehr im Gange ist, als man etwa freywillig eingestehen würde. Wir verfolgen nun diesen Zustand der rohen Wildheit noch etwas weiter, um den Gang des Rechtes in demselben näher zu beobachten.

2. Da der den Menschen von der Natur angewiesene Schauplatz keine Zerstreung in das Unendliche zuließe; so mußte notwendiger Weise dieselbe, da sie von Meeren, ehe man sie durchschiffen, von Gebirgen, ehe man sie übersteigen, von Wüsten, ehe man sie

sie durchreifen lernte, (welches wohl erst in Staaten möchte geschehen seyn,) sich selbst Grenzen setzen, wodurch denn auch der sie hervorbringende Eigennutz sich in irgend einem Bezirke zu beschränken gezwungen wurde. Der Schwächere, wenn er nicht Alles verlieren wollte, mußte sich mit seines gleichen gegen den Stärkern verbinden, und dieser, der denselben zwar einzeln überlegen, aber in Verbindung nicht gewachsen war, wurde nun der Schwächere, wenn er nicht auf gleiche Art die Uebermacht wieder auf seine Seite zu bringen suchte. Stärke wurde hierbey der Gegenstand der allgemeinen Hochschätzung, und sie wirkte auf zweyerley Art, indem nämlich auf der einen Seite jene allgemeine Hochachtung den Stärkern zu einer Art von Oberhaupt machte, so suchte die Verbindung selbst sich durch immer neue Mitglieder eine grössere Macht zu erwerben, wodurch endlich der erste Grund zu einer, obgleich nicht nach Rechtsgesetzen eingerichteten, bürgerlichen Verfassung gelegt wurde, deren Absicht zwar noch nicht eigent-

ent-

entlich dahin ging, sich selbst durch Gesetze vor wechselseitiger Unterdrückung zu schützen, aber doch einige Vereinigung nöthig machte, um desto stärker gegen Angriffe von aussen zu seyn, bis das Fortschreiten der menschlichen Natur endlich eine Gesetzgebung herbey führte.

3. „Gelanget (sagt Fichte a.a.O. S. 242)
 „auf eine unbegreifliche Weise der Trieb
 „nach Selbstständigkeit, aber als bloßer
 „blinder Trieb, weil auf ihn nicht mit Ab-
 „sicht und mit dem Bewusstseyn der Refle-
 „xion reflectirt wird, zum Bewusstseyn; so
 „erscheint er nothwendig als etwas Zufäll-
 „iges, als etwas, das von Ungefähr und aus
 „keinem höhern Grunde in uns vorhanden ist.
 „Es ist vorher zu sehen, daß schon durch
 „diese Erscheinung der Charakter des Indi-
 „viduums weiter und anders werde bestimmt
 „werden: und diese Bestimmtheit des Cha-
 „racters ist es, die wir gegenwärtig zu unt-
 „ersuchen haben.“ S. 244. „Der Materie
 „des Wollens nach entstehet daraus die zwar
 „nicht deutlich gedachte, aber für einen
 Beob-

„Beobachter von einem höhern Standpuncte
„aus den einzigen Erklärungsgrund enthalt-
„ende Maxime *der unbeschränkten und ge-*
„*setzlosen Oberherrschaft über Alles außer*
„*uns.*“ Dies auf unsere gegenwärtige Unt-
ersuchung angewendet, so ist zuvörderst vor-
zusehen, daß bey dem Machthabenden über
ein Volk ein solches Bewußtseyn, wie hier
gefordert wird, entspringen werde, so wie
es auch bey einem *großen Theile* des Volkes
wenigstens nicht ausbleiben kann, gerade
darum, weil es sich seiner Uebermacht über
Alles, was außer seiner Verbindung ist, noth-
wendig bewußt werden muß. Hierdurch
möchte denn zuerst in solche Vereinigungen
eine Art von Gesetz gebracht werden. Denn
da sich aus dem angezeigten Grunde das
Oberhaupt eine unumschränkte Gewalt an-
massen wird, welche ihm gleichwohl die
nach einer gleichen Unumschränktheit be-
gierigen Glieder seines Volkes nicht einge-
stehen können und wollen; so wird dadurch
eine Trennung zwischen dem Oberhaupte und
den vielleicht mit ihm vereinten Schwäch-
ern,

ern, und den übrigen nach einer solchen All-
 einherrschaft Trachtenden entstehen, welche
 (da sie, wegen beständiger Gefahr von auf-
 en, nicht in eine wirkliche Trennung aus-
 arten darf,) denn nothwendig die einzig
 mögliche Art von Aushülfe, eine Art von
 Gesetzgebung herbey führet, wobey der
 Stärkere den Grundriss liefert, und wodurch
 eine den meisten bestehenden Staaten ähn-
 liche Art von Verfassung begründet wird.

4. Meere, Wüsten, Gebirge, Wälder sind
 von nun an keine Hindernisse mehr; die
 Zerstreuung währet fort; was der Gewalt
 nicht nachgeben will, muß ihr ausweichen;
 der Einzelne bleibt immer der Schwächere,
 bis er in Vereinigung mit Anderen mächtig
 wird; Verbindung entstehet neben Verbind-
 ung; eine Menge hält der andern das Gleich-
 gewicht, bis endlich die sich schließende
 Kugelfläche der Erde den Streitenden eine
 Disjunctive setzet, entweder sich unter ein-
 ander aufzureiben, oder sich unter das Recht
 zu fügen, und so entweder die Grenze ihrer
 Herrschsucht im Grabe oder unter einer all-

ge-

gemeinen Gesetzgebung zu finden. Hierdurch ist zwar dargethan, wie dem Gange der Natur gemäß, ungeachtet des bösen Willens der Menschen, Staaten entstehen müssen, aber zugleich eine neue Aufgabe für uns entstanden. Die einzelnen Staaten sind nämlich in keinem Rechtsverhältnisse, und wenn wir Gewalt zwischen Einzelnen verhütheten; so entstehet jetzt Krieg unter Völkern, von welchem wir zu zeigen haben, wie er durch Recht könne verhüthet werden. Was die Natur wolle, daß geschehen soll, ist jetzt bestimmt; wie es geschehen solle, lehret uns die Vernunft, welche auf dem Puncte, worauf wir stehen, die wichtige Frage zu beantworten hat, *wie es einzurichten sey, daß das Recht auf der ganzen Erde herrsche.*

§. III.

1. Da ursprünglich kein Mensch mehr Recht auf einen Theil der Erde hat, als der andere; so muß der Zweck der am Ende des vorher gegangenen §en aufgeworfenen

(2) Frage

Frage der feyn, die ganze Erde zu dem Schauplatze einer unter vernünftigen Wesen herrschenden Wechselwirkung zu machen, wodurch denn nothwendig jeder Mensch ein Mitglied jener Gemeinschaft, das heißt, ein Weltbürger werden würde. Die Auflösung dieser Frage scheint durch das §. I. Vorgetragene bereits gelöst, und daher die Antwort auf dieselbe die zu feyn: die ganze Erde müsse nur einen einzigen Staat ausmachen; einzelne durch Verfassung und Eigenthum getrennte Völker müssen sich in einem Staate vereinigen, und sich einer der bürgerlichen ähnlichen Gesetzgebung unterwerfen, damit zuletzt kein Individuum übrig bleibe, welches nicht unter äußeren Gesetzen stehe, und durch diese Gesetzgebung vor aller Feindseligkeit gesichert sey.

2. Allein die Natur hat die Länder durch ungeheure Zwischenräume von Meeren getrennet, einzelne Strecken von Gebirgen abgefondert, und dadurch, wenn gleich nicht den Verkehr der Einwohner mit einander abgeschnitten, doch wenigstens die Errichtung
einer

einer Welt-Republik äußerst erschweret, und beynahe unmöglich gemacht. *). Dazu kommt noch, was Kant **) sagt, „dass die Gesetze mit dem vergrößerten Umfange der Regierung immer mehr an ihrem Nachdrucke verlieren, und ein seelenloser Despotismus, nachdem er die Keime des Guten ausgerottet hat, zuletzt doch in Anarchie verfällt.“ Indessen will doch die Vernunft, dass das Recht die Erde beherrsche, und die Natur unterstützt die Forderung derselben dadurch, dass selbst die Neigungen und Absichten des größten Theiles der Menschen, welchen wohl die Eigennützigten ausmachen dürften, nicht anders als in einem allgemeinen und fortwährenden Frieden ihre Befriedigung erhalten können, indem eben jener Eigen-

*) „Was übrigens das ganze Menschengeschlecht betrifft, u. s. w., welcher Kopf wird es in Ordnung bringen? Die Natur scheint ewig wie ein Kind in das Manchfaltige verliebt, und will desswegen beständig rings um die Erde Athen und Sparta, Scythen und Barbaren.“ *Heinse Ardinghello* 2ter B. letzte Seite.

**) *Entwurf zum ewigen Frieden.* Frankfurt und Leipzig S. 54.

Eigennutz die Völker vereinigt, welche die Natur am meisten getrennt zu haben scheint. „Es ist der Handelsgeist, der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volkes bemächtigt“*), und eine Menge von Leidenschaften, die der Moralist verdammet, als Luxus, Geldgeitz, Ruhmsucht, u. a., zu Mitteln umschaffet, den Frieden herbey zu führen. Hierdurch dringet sich denn der Vernunft die Idee eines Völkerrechtes auf, und sie muß an sich selbst die Forderung machen, zu zeigen, wie unter Völkern, ohne daß sie jedoch eine wirkliche Staatsverfassung unter sich errichten, ein Rechtszustand gestiftet werden könne.

3. Dieses Recht würde jedoch von dem Rechte, welches in einem Staate errichtet werden soll, darin sich unterscheiden, daß, da jenes die Gerechtigkeit befördern soll, indem es für dieselbe eine positive Macht bewaffnet, dieses die Ungerechtigkeit nur abwehren, und da es sie nicht unterdrücken kann,

*) Kant a. a. O. S. 56.

kann, wenigstens ihren Ausbruch verhindern soll. Unsere Aufgabe hat daher einerley Bedeutung mit der: *einen Frieden unter unabhängigen Staaten zu stiften*, das heisst, Staaten, ohne dass sie unter äusseren Zwangsgesetzen stehen, ein solches Verhältniss anzuweisen, dass doch alles einen solchen Gang nimmt, als ob sie von äusseren Gesetzen abhingen. Das Völkerrecht wird daher immer nur negativ seyn, das heisst, Unrecht abhalten, da das Staatsrecht auch positiv seyn, das heisst, Gerechtigkeit befördern soll.

4. Ehe wir uns nun zu unserer Untersuchung selbst wenden, wollen wir den Gang, welchen wir bey derselben zu nehmen haben, und das Resultat, welches uns daraus entspringen wird, etwas näher betrachten.— Wir haben bey der Aufstellung eines Völkerrechtes auf ein dreyfaches Verhältniss Rücksicht zu nehmen, wenn wir die unter Völkern mögliche Wechselwirkung nach Rechts-Principien vollständig erwägen und erschöpfen wollen. Zuvörderst nämlich haben wir zu unter-

untersuchen, worin denn eigentlich der Gegensatz, wodurch ein Volk im Verhältnisse eines andern ein bestimmtes wird, bestehe, das heißt, was denn eigentlich ein Volk von dem andern absondere. Dieser Theil unserer Betrachtung wird also (so wie alles Bestimmen und Beschränken) uns einen *negativen* Hauptsatz unseres Völkerrechtes liefern, wodurch bestimmt wird, was das Völkerrecht *nicht seyn* könne, so wie er auf der andern Seite einen positiven Satz als das Gegenteil jenes liefern wird, welcher daher gerade darum, weil gezeigt wird, daß jenes nicht sey, apodiktisch ausfallen muß. Aber jenes *Bestimmen* des Völkerrechtes ist wieder doppelt, indem so wohl (da die Rede von Beendigung eines Rechtsstreites ist,) der streitige Gegenstand (*objectum litis*), als auch die Art, wie dieser Streit zu enden ist, bestimmt werden muß, wodurch denn die *Absonderung* der Völker von einander so wohl ihrer Materie als ihrer Form nach eine bestimmte Bedeutung erhält. Dadurch erhalten wir also nun *vier* Hauptsätze, *zwey* positive und *zwey* negative.

5. Aber in dem Gefagten ist noch nichts weiter, als eine *Absonderung* der Völker und das Verhältniß, in welches sie durch jene zu einander kommen, gesetzt: dadurch ist aber noch nicht alles geschehen, was geschehen sollte. Unsere Aufgabe war nämlich, das Recht auf der ganzen Erde wirksam zu machen, das heißt, das Verhältniß jedes Einzelnen zu jedem Einzelnen auf Recht und Gesetze zu gründen. Nun soll aber das doch nicht so geschehen, daß Alle unter *einer* Gesetzgebung stehen, weil dabey die Unabhängigkeit der Völker von einander verloren gehen würde: es muß also, wenn doch jener Zweck eines allgemeinen und stäten Rechtsganges unter der gesammten Menschheit erreicht werden soll, in der Gesetzgebung der Staaten eine gewisse Verbindung entstehen, wodurch jedem Einzelnen seine Rechte auch gegen Mitglieder des andern Staates gesichert werden, ohne daß doch diese seiner Gesetzgebung unterworfen werden. Dadurch kommt denn nun jeder Bürger des einen Staates in ein gewisses Verhält-

hältniß mit dem ganzen andern Staate, und es muß daher wechselseitig auch *dieses* Verhältniß näher bestimmt werden. Da dasselbe *jeden* Bürger betreffen, Keiner aber als nur durch den *allgemeinen* Willen seines Volkes gerichtet werden, dieser aber nie durch ein Volk selbst, weil bey jeder Streitigkeit der Wille des Volkes nicht der allgemeine ist, geltend gemacht werden kann; so muß sich auch hierbey das Volk repräsentiren lassen, und es gibt uns diese Untersuchung *zwey* Hauptsätze unseres Völkerrechtes, wovon das eine das Verhältniß der Bürger des einen Staates zu den Bürgern des andern, der andere aber das Verhältniß der Bürger des einen Staates zu dem andern Staate festsetzet. Dadurch ist denn die *Materie* unserer Untersuchung entschöpft, obgleich sie, wie wir sehen werden, ihrer *Form* nach noch nicht beendet ist; denn es läßt sich nichts weiter in Vergleichung bringen, als Staat mit Staat, Staat mit Bürgern des andern Staates, Bürger des einen mit Bürgern des andern Staates *).

*) Sieh Kant metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre. §. 53, am Ende.

6. Die zu findenden und zu entwickelnden Sätze sind alle von der Art, daß sie nicht etwas Theoretisches (für die Erkenntniß), sondern etwas Praktisches (eine Handlung Gebiethendes) enthalten. Da sie ferner für freye Wesen gelten sollen; so können sie nur dadurch äußerlich verbindlich werden, daß sich jene dieselben als Pflicht auferlegen, welche Auferlegung aber, da sie wechselseitig seyn müßte, auf jeder Seite bedingt ist durch den Willen des andern Theiles, sich gleichfalls so etwas zum Gesetze zu machen, das heißt zusammen genommen, unsere ganze Untersuchung wird als Resultat uns die Bestimmung eines unter den Völkern zu schließenden *Vertrages* liefern. Aber jeder Vertrag kann nur gültig seyn durch eine Gesetzgebung, so wie diese, wenn sie eine äußere seyn, mithin immer nicht nur als Aufforderung zur Pflichtmäßigkeit, sondern als zum pflichtmäßig handeln zwingende Macht wirken soll, nur durch physische Gewalt garantirt und wirksam gemacht werden kann. Nun kann aber diese Garantie hier nicht die
phys-

physische Macht der Interessenten seyn, weil dadurch gerade der Krieg, welchen die Vernunft verwirft, gesetzlich autorisirt würde: es scheint aber eben so wenig die Macht eines andern Staates seyn zu können, weil sich kein Staat seine Unabhängigkeit nehmen lassen, und unter die Oberaufsicht eines andern begeben will. Gleichwohl muß doch eine solche Garantie möglich seyn, wenn nicht unsere ganze Untersuchung nutz- und zwecklos seyn soll, und wir haben also in einem siebenten Satze die Art aufzufuchen, wie eine Macht, *die aber doch keine Souveränität über die Staaten enthalten darf*, als Garantinn des Friedensvertrages realisirt werden könne.

Dadurch ist denn endlich die Materie und Form unseres Vertrages bestimmt, und die Untersuchung geschlossen und vollendet. Wir setzen, bevor wir die Deduction der aufzustellenden Sätze beginnen, noch einige Anmerkungen und Erläuterungen bey.

1. Der Unterschied des zu findenden Völkerrechtes von einem im Staate geltenden Rechte,

Rechte, welcher aus dem, was oben 3. dieses §. gesagt wurde, vielleicht noch nicht ganz zu verstehen und einzusehen ist, bestehet etwa in Folgendem. Wenn Völker nach Art der Individuen vor einem Richterstuhle ihr Recht suchten, und die Ansprüche, welche sie im Kriege geltend machen wollten, ausführten; so würde in einem solchen Prozesse alles während des Krieges Vorgenommene als unrechtmässig betrachtet, und bis zur endlichen Entscheidung auf den alten Fuß gesetzt werden müssen. Da sie aber das nicht wollen; so wird das Völkerrecht auch eine von jenem Auspruche gänzlich verschiedene Sentenz zu fällen, und seine ganze Absicht darauf zu richten haben, daß mit Uebergang der bisherigen Gewaltthaten nur für die Zukunft dem Ausbruche ähnlicher Gewaltthätigkeiten vorgebeugt werde. Deshalb wurde oben behauptet, daß das Völkerrecht bloß negativ (auf Abwehrung von Unrecht abzielend), nicht positiv (die Gerechtigkeit be-

befördernd) seyn könne *) Vernachlässiget man diesen Unterschied; so verwickelt man sich in den Widerspruch, in welchen die Potentaten sich verwickeln, wenn sie im Kriege ihr Recht (welches doch wegen Mangel einer äußern Gesetzgebung Nichts ist,) zu suchen glauben. Dabey meint Jeder die gerechte Sache zu vertheidigen, weil Jeder denn doch im Grunde denken mag, wie seine Ansprüche vor irgend einem Richterstuhle gerechtfertigt werden könnten, und das ganze Bestreben Beyder gehet auf nichts anderes, als sich durch die zu erringende Uebermacht zum Richter zu machen. Dieser obgleich rechtswidrigen (weil sie Richter und Parthey in Einer Person zu vereinigen suchet,) Absicht lieget doch ein wahrer Satz zu Grunde, nämlich der, *daß das Gesetz und der Richter immer mächtiger als die Partheyen seyn müssen.* Dafs

2) „Ein Recht *in subsidium* eines andern und ursprünglichen Rechtes, den Verfall in den Zustand des wirklichen Krieges abzuwehren.“ Kant a, a, O. S. 217.

Dafs jeder Potentat, wo möglich, sich zum Herrn der Erde machen möchte, hat, von einer Seite betrachtet, einen Scheingrund für sich, nämlich den, dafs positive Gerechtigkeit eigentlich nur in einer allgemeinen Welt - Republik Statt finden könnte: aber auf der andern Seite ist eben dieser Anspruch die grösste Ungerechtigkeit, weil sich derselbe mit der Liebe zum Rechte nicht vereinbaren läßt, indem dabey der Krieg als Rechtsgang eingeschlagen, und also nicht die Einwilligung freyer Wesen zur Stiftung eines Völkerstaates bewirket, sondern eine *Despotie durch Zwang* begründet wird.

2. Es wurde ferner oben gesagt, dafs die Absonderung der Völker so wohl ihrer Materie als ihrer Form nach zu betrachten sey, über welche Behauptung wir uns nun gleichfalls näher zu erklären haben. Die Absonderung der Völker ist nichts anderes, als ein Entgegensetzen derselben, so dafs sie sich, in Hinsicht auf etwas Bestimmtes, wechselseitig einander ausschließ-

schliessen. Das, in dessen Rücksicht sie sich einander beschränken, nennen wir die *Materie* dieser Absonderung: es ist das Subject in dem Urtheile, welches die Absonderung als Factum ausdrückt. Aber alles, was sich entgegen gesetzt werden soll, muß sich zu Folge eines Gesetzes entgegen gesetzt werden, welches die Art des Entgegensetzens bestimmt. Dieses muß nun, da hier von Recht die Rede ist, ein Rechtsgesetz seyn, und wird die *Form* jener Absonderung bestimmen.

3. Wir haben oben das Verhältniß des einzelnen Bürgers eines Staates zu dem andern Staate dadurch zu bestimmen gesucht, daß das gesammte Volk des einen Staates in dem andern repräsentirt werde. Dadurch scheint nun aber eher ein Staat mit dem andern, als Einzelne des einen Staates mit dem andern Staate in Verhältniß gekommen zu seyn: und wenn dieses ist; so ist das Völkerrecht, welches wir nach dem obigen Schema aufstellen werden, nicht vollständig. Nun ist aber der
Staat

Staat nichts anderes, als eine Vereinigung unter einer Gesetzgebung *), und daher jedes mögliche Verhältniß zu einem Staate kein anderes, als ein Verhältniß zur Gesetzgebung desselben. In ein solches nun muß jeder Bürger des einen Staates mit dem andern, wenn ein rechtliches Verhältniß der Bürger dieser Staaten zu einander Statt finden soll, kommen. Weil nämlich kein Bürger den andern vor seinen Richter fordern kann, indem er demselben nicht unterworfen ist, vor dem Richterstuhle desselben aber eben so wenig sein Recht suchen kann, weil die Gesetze, nach denen von diesem Richterstuhle herab gesprochen wird, von ihm schweigen; so muß Jeder seiner eigenen Gesetzgebung unterworfen bleiben, und doch Jeder sein Recht vor dem Richter des Andern geltend

*) Man verwechselt häufig die Worte *Volk* und *Staat* mit einander, indem das letztere Wort auch in der Bedeutung der einen Staat ausmachenden Individuen genommen wird. Man saget in dieser Rücksicht, ein *Staat* führet Krieg mit dem andern, da doch die *Völker* sich bekriegen.

end machen können. Diefs geschieht nur dadurch, dafs jedes Volk vor dem andern repräsentirt wird; indem der Bürger des einen Staates vor die Gerichtbarkeit des andern entweder sich wendet, oder gezogen wird; so stehet er eigentlich nur vor seiner eigenen: und dafs er nur vor seiner eigenen stehen, das heist, nur nach Gesetzen, denen er sich unterworfen hat, werde gerichtet werden, ist ihm dadurch verbürgt, dafs sein ganzes Volk beständig in seinem Repräsentanten darüber wachet: indessen er also für seine eigene Person in keinem Verhältnisse zu der Gesetzgebung eines andern Staates stehet, und in keinem stehen kann, kommt er in ein solches durch die Person des Repräsentanten seines Volkes.

4. Wenn in dem obigen gesagt wird, es müsse ein oder das andere bestimmt werden; so ist das nicht so zu verstehen, als ob wir in unserem Völkerrechte fest setzen würden, wie etwas in einer oder der andern Hinsicht unter Völkern bestimmt werden müsse,

müsse, weil, da alles Anwenden allgemeiner Gesetze ein Richten, alles Richten aber ein Oberhaupt voraus setzet, Staaten aber gleichwohl kein solches anerkennen wollen, jene Gesetze ohnehin ohne Anwendung, und folglich leer wären; sondern es ist jene Behauptung nur so zu verstehen, daß, wenn Völker in einen Friedenszustand zu einander kommen wollten, sie selbst ein oder das andere würden bestimmen müssen, welches daher auch immer nur zu beweisen seyn wird.

5. Was in den meisten Abhandlungen über Völkerrecht noch vorgetragen wird, nämlich das so genannte *Kriegsrecht*, ist hier gänzlich hinweg geblieben, da mir durch das Bisherige die obige Aufgabe völlig gelöst scheint. Kant*), welcher gleichfalls eine Art von Kriegsrecht aufstellt, ist dieser Behauptung nicht entgegen; denn was er von Erlaubtseyn des Krieges, als eines Mittels, sein Recht zu ver-

*) A. a. O. S. 220.

verfolgen, gegen Bedrohungen sich zu schützen u. f. w., fest setzet, ist alles nur unter der einschränkenden Bedingniss zu verstehen, welche die Anfangsworte des § 6 angeben, „*im natürlichen Zustande der Staaten.*“ Eben so übereinstimmend mit unserer Theorie ist das, was er im folgenden Paragraphen saget, „die Idee des Völkerrechtes führet bloß den Begriff eines Antagonismus nach Principien der äußeren Freyheit bey sich, um sich bey dem Seinen zu erhalten, aber nicht eine Art zu erwerben, als welche durch die Vergrößerung der Macht des einen Staates für den andern bedrohend seyn kann.“ Man vergleiche damit, was in dieser Anmerkung 1. gesagt wurde. — Eben so übereinstimmend ist unsere Theorie mit dem, was Fichte über diesen Gegenstand*) vorbringt: nur darin scheint sie von beyden (Kant und Fichte) verschieden zu seyn, daß beyde die Garantie des Friedens als etwas willkürlich zu

*) *Naturrecht.* B. II. S. 248 bis 265.

zu suchendes , aber nicht nothwendig zu veranstaltendes fest zu setzen , und dadurch das Völkerrecht einiger Massen auf Vertrauen zu gründen scheinen. Allein auch hier ist bey beyden wieder nur die Rede vom Naturzustande der Staaten, der hier gänzlich ausser Acht gelassen wird , und der Völkerbund, den beyde begründet wissen wollen , ist nichts anderes , als was wir darüber aufstellen werden.

Nach diesen Vorbereitungen stehen die Hauptsätze unseres Völkerrechtes in folgender Ordnung.

§. IV.

I.

Kein Friedensschluß kann die innere Verfassung eines der pacificirenden Staaten abändern. §.3.Abf.4.

Denn das Zusammentreten der Völker, um einen Frieden unter sich zu verabreden , setzt dieselben als unter eine Gesetzgebung vereinigt schon voraus , da von der inneren Verfassung derselben die Gültigkeit eines Fried-

Friedensschlusses abhängt, indem es unmöglich ist, daß ein Volk mit dem andern in Unterhandlung trete, welches vielmehr nicht anders als durch die Repräsentanten derselben geschehen kann. Die Macht der Repräsentanten aber, im Namen eines Volkes etwas zu verabreden, und einen Vertrag abzuschließen, ist keine andere, als die aus dem allgemeinen Volkswillen hervor gehet, welche Vereinigung des Willens der Einzelnen in einen einzigen allgemeinen aber nur durch eine Gesetzgebung, d. h., in einem Staate möglich ist. Sollte also in einem Friedensschlusse etwas in der Verfassung eines Landes abgeändert werden; so müßte angenommen werden, daß der Regent eines Staates die Verfassung desselben (worunter hier nicht die *Regierungsart*, die in jedem Staate die nämliche seyn muß, *nämlich die nach Rechts-Principien*, sondern die *Beherrschungsart*, oder die Art und Weise, wie das Volk sich repräsentiret, als nämlich in Einem, oder in Einigen, oder in Allen, ausdrückt,) eigenmächtig abändern,

ern,

ern , und mit einer andern vertauschen könne , welches aber doch nicht seyn kann , wenn man nicht den Regenten eines Landes als Eigenthümer deselben , und die Unterthanen als Sachen , mit denen man machen kann , was man will , betrachten will. „Es
 „muß *) zwar dem Souverän möglich seyn ,
 „die bestehende Staatsverfassung zu ändern ,
 „wenn sie mit der Idee des ursprünglichen
 „Vertrages nicht wohl vereinbar ist , und
 „hierbey doch die *Form* bestehen zu lassen ,
 „die dazu , daß das Volk einen Staat aus-
 „mache , wesentlich gehöret. Diese Ver-
 „änderung kann aber nicht darin bestehen ,
 „daß der Staat sich von einer dieser drey
 „Formen zu einer andern selbst constituirt ,
 „z. B. daß die Aristokraten einig werden ,
 „sich einer Autokratie zu unterwerfen , oder
 „in eine Demokratie verschmelzen zu woll-
 „en , und so umgekehrt , *gleich als ob es*
 „*auf der freyen Wahl und dem Be-*
 „*lieben des Souveräns beruhe* ,
 „*welcher Verfassung er das Volk*
 „unter-

*) Kant a. a. O. §. 52.

„*unterwerfen wolle*. Denn selbst dann,
 „wenn er sich zu einer Demokratie umzuänd-
 „ern entschlösse, würde er doch dem Volke
 „unrecht thun können, weil es selbst diese
 „Verfassung verabscheuen, und eine der
 „zwey übrigen für sich zuträglicher finden
 „könnte.“ Hierher gehöret aber nicht all-
 ein die Abänderung einer der drey möglichen
 Staats-Formen in eine andere, als einer
 Monarchie in eine Aristokratie, oder Demo-
 kratie, u. s. w., sondern auch die Veränd-
 erung der Verfassung in einerjener drey
 Formen, ohne dafs diese selbst aufhöre,
 z. B. eines Wahlreiches in ein Erbreich, u.
 d. gl. „Das Recht der obersten Gesetzgeb-
 „ung im gemeinen Wesen ist kein veräußer-
 „liches, sondern das *allerpersönlichste*
 „Recht. Wer es hat, kann nur durch den
 „Gesamtwillen des Volkes über das Volk,
 „aber nicht über den Gesamtwillen selbst,
 „der der Urgrund aller öffentlichen Ver-
 „träge ist, disponiren.“ In eben dem
 Augenblicke aber, da der Regent erkläret,
 dafs er sich der Regierung begeben wolle,
 kehret

kehret die oberste Gewalt wieder an das Volk zurück, mit der Niemand von nun an bekleidet werden kann, als nur durch den Willen des Volkes. Ein Vertrag also, wodurch ein Regent die oberste Gewalt veräußerte, würde, da durch denselben das Recht desselben zu herrschen aufhöret, die oberste Gewalt dem Volke zurück geben, und es zu gleicher Zeit verbinden, dieselbe wieder an einen Dritten abzugeben. „Ein solcher Vertrag würde nun demselben nicht als gesetzgebender Macht (da er aufgehöret hat, diese zu besitzen) zustehen, und doch das Volk verbinden, welches nach dem Satze: Niemand kann zweyen Herren dienen, ein Widerspruch ist.“

Es kann also auch kein Staat in die Verfassung des andern nach geschlossenem Frieden eingreifen, weil dieß offenbar sich eine richterliche Gewalt über denselben anmaßsen hiefse, welches aber mit dem Begriffe der Unabhängigkeit, der gleichwohl nicht verloren gehen soll, streitet. Eine solche eigenmächtige Veränderung ist immer, sie mag
von

von einem ganzen Volke oder einem Regenten vorgenommen werden, Despotie, und streitet mit dem Rechte der Menschheit, *keinen Gesetzen als nur freywillig* (S.o. §. 1. Abs. 6.) *unterworfen zu seyn*, indem dieselbe dabey nach Sachen- nicht nach Personenrecht beurtheilt wird; sie ist die größte Erniedrigung derselben, indem man die Menschen dabey wie Lastthiere behandelt, die man nach Belieben in jedes Joch schmieden kann, oder mit denselben gleichsam als Landes- Producten einen Tauschhandel treibet.

Dafs man etwa *Macht* habe, ins Werk zu setzen, was man will, gibt hier, wie überall, kein *Recht*, wenn man nicht wie Aristoteles alles Recht auf Stärke gründen, und annehmen will, dafs der Mächtigere schon von Natur aus der Herr des Schwächeren sey; wo man denn füglich die Archive und Registraturen in Arsenale und Waffen-Fabriken umändern dürfte, um die allenfalls nöthigen rechtlichen Deductionen nach Art der

der alten Gallier zu führen *). Das Rechtsgesetz ist zwar bedingt, und auſſer der Bedingniſs hat es keine Anwendung. Dort tritt alſo Gewalt an die Stelle des Rechtes, welche man alſdann auch nicht mehr widerrechtlich nennen kann. Allein jene Bedingniſs iſt keine andere, als der Wille des mit einem andern in Wechſelwirkung Gekommenen, *nicht Alles zu wollen, was er kann*, und im Verhältniſſe der Völker zu einander bedeutet jener Wille nichts weiter, als daſs jedes Volk ſich ein beſtimmtes Eigenthum zuſchreibe, und gegen das Recht auf dieſes beſtimmte Eigenthum ſeine Ansprüche auf Alles abtrete. Die innere Verfaſſung eines Staates iſt nicht das, was die Völker von einander abſondert, ſondern das Eigenthum, welches jedes Volk beſitzt, trennet ſie von einander: jene ſondert nur durch Vertheilung des Eigenthumes, welches dem ganzen Volke zuſtehet, die einzelnen Individuen deſſelben von einander ab. Der Begriff der Individualität, die Baſis aller Rechte

*) Galli ſe in armis jus ferre dicebant. Liv.

Rechte *), hat im Verhältnisse der Völker zu einander nichts mit der Gesetzgebung, worunter jedes einzelne stehet, sondern nur mit dem Eigenthume, welches Jedem zustehet, zu thun. Das Gesagte ist aber nicht so zu verstehen, als ob ein Regent nicht ein im Kriege verlornes Land dem Gegentheile überlassen und abtreten, folglich dadurch seine Verfassung ändern könne, sondern solches wieder erobern müsse. Ein verlornes Land bedarf eigentlich gar nicht abgetreten zu werden, da es ohne dieß dem Eroberer schon angehöret, wenn nämlich Krieg überhaupt einen Zweck haben soll, welcher dann kein anderer seyn kann, als sein Recht und seine Sicherheit dadurch zu begründen, daß man den, der etwa darin stören könnte, vertreibt, oder Gesetzen unterwirft **).

Anders verhält sich freylich die Sache, wenn man das Völkerrecht als eine Art von positiver Gesetzgebung, wie solche in Staaten bestehet, betrachtet. Denn da zu einer
folch-

*) Fichte a. a. O. B. I. §. 4.

**) Fichte a. a. O. B. II. S. 258.

solchen Gesetzgebung ein Richter erfordert wird, derselbe aber nirgends anzutreffen ist; so glaubet Jeder, ihn in sich selbst zu finden, und das Erobern eines Landes als eine *via facti* vorgenommene Vertreibung aus dem Besitze erscheint als rechtswidrig; der Friede, welcher etwa hierüber geschlossen wird, ist dann nichts weiter, als ein einstweiliges Dabeybelassen, bis Zeit und Umstände sich ändern, und das Eingebüßte mit Zinsen und Früchten (*cum omni causa*) wieder zu haben ist. Der Krieg hat dabey nicht den Frieden, sondern einen neuen Krieg zum Zwecke, und Jeder suchet sich nur dadurch zu sichern, daß er über Alle mächtig zu werden strebet, um immer den Richter spielen zu können. Dabey wird denn Krieg und Friede eine Art von Gewerbe, und an die Stelle des Rechtes tritt kaufmännische Speculation, bey welcher man nicht auf die Handelsweise, sondern auf den Vortheil siehet, welcher, wenn er nach Quadrat-Meilen eroberten Landes, oder nach vollen Kisten berechnet wird, einerley ist,

ist, er mag im Sklavenhandel oder sonst auf eine Art errungen werden. Ein auf diesem Fusse geschlossener Friede verdienet nicht den Namen, welchen er führet, indem er, weil Jeder dadurch nur seine Macht Theils durch erworbene Länder, Theils durch den Verlauf der Zeit zu vergrößern suchet, offenbar auf Krieg abzielet, so dafs also der gewöhnlichen Art, Krieg zu führen, und Frieden zu schliessen, kein *vernünftiger* Zweck, als welches nur der seyn kann, einen Rechtszustand unter Völkern zu stiften, zu Grunde lieget.

„Jeder Staat hat zwar das Recht, über
 „die Legalität des andern Staates, mit dess-
 „en Bürgern die seinigen in Verbindung
 „kommen, zu urtheilen; doch erstrecket
 „sich auch, welches wohl zu merken ist,
 „das Recht dieses Urtheiles nicht weiter,
 „als darüber, ob der benachbarte Staat zu
 „einem *äußern* legalen Verhältnisse taue.
 „Die *innere Verfassung* gehet *Kein-*
 „en das geringste an, und er hat
 „darüber das Recht des Urtheils
 „nicht.

„Hierin bestehet die gegenseitige *Unabhängigkeit* der Staaten.“ *)

2.

Ansprüche, die nur in einem ordentlichen Prozesse und vor einem Richterstuhle ausgetragen werden können, sollen in Friedens- Tractaten keinen Platz haben.
S. oben §. 3. Abf. 4.

Denn da die Staaten ungeachtet des Gebottes der Vernunft nicht aus ihrem Naturzustande, der lauter Ungerechtigkeit und Krieg enthält, heraus gehen, und sich einer positiven Gesetzgebung und einem ordentlichen Richterstuhle unterwerfen wollen; so bleibet, wenn doch der Zweck der Natur und Vernunft, der Friede und das Recht zum Theile wenigstens realisirt werden soll, nichts übrig, als statt eines positiven Rechtes ein negatives, bloß den Krieg abwehrendes, zu stiften **). Bey einem solchen
Rechte

*) Fichte a. a. O. B. II. S. 252.

**) S. Kant z. e. F. S. 33.

Rechte kann aber nie die Rede von Ansprüchen seyn, welche nur im ordentlichen Laufe des Prozesses Statt haben, weil dabey ein Richter voraus gesetzt, und da dieser nirgends ist, Gewalt an die Stelle des Rechtes geschoben würde. Daher können Vergütungen des im Kriege Verlorenen, Wiedererstattung der Kriegskosten, Ersatz für eine dem Kriege etwa vorhergegangene Beleidigung und Verletzung u. d. gl. in einem Friedensschlusse keinen Platz haben, weil alles das ein vorhergegangenes Urtheil, dieses aber einen Richter, welchen doch Keiner in dem Andern erkennen kann und will, voraus setzte *).

Alle Ansprüche der Art, und alle sich darauf gründende Verträge können nicht anders, als bald wieder einen neuen Krieg verursachen. Denn da der Ueberwinder seine Forderungen meistens durchsetzen, der Ueberwundene aber, obgleich nachgebend, doch von der Gerechtigkeit derselben, die
etwa

*) Kant metaphys. Anfangsgr. der Rechtslehre. §. 57. und 58.

etwa jener vorschützet, nicht überzeugt seyn möchte; so bedarf es auf der Seite des Letztern nichts weiter, als einen Zuwachs von Macht, um einen wenigstens gerecht scheinenden Krieg anzufangen, unter dem Vorwande, daß er zur Ratihabition ungerchter Forderungen sey *gezwungen* worden, wobey ihn also sein Versprechen nicht binden könne (*exceptio vis et metus*). Dabey geschieht auch dem ehemahligen Ueberwinder, aber jetzt Mindermächtigen nicht Unrecht; denn da er ehemahls sich auf sein Recht berief, und statt auf einen Richterpruch auf seine Armeen und gewonnenen Schlachten zeigte; so kann dadurch dem ehemahligen Besiegten, aber jetzt wieder Mächtigen das Recht allerdings nicht genommen werden, ein gleiches zu thun, und auf seine Macht sich stützend von seinem Rechte zu sprechen. Um nun, da Keiner dem Andern etwas Gutes zutrauet, weil er selbst auf Recht und Frieden nicht sonderlich bedacht ist, solchen Fällen vorzubeugen, bewachen sich die Staaten mit der größten

ten Aufmerksamkeit, suchen einander immer an Macht, wo möglich, zu übertreffen, und die Gewalt und Macht gegen äußere Angriffe ziehet Schwäche von innen und Zerrüttung der eigentlichen Staatskräfte nach sich, so daß Druck und Despotie gegen auswärtige Staaten immer auch Despotismus im Innern wird, welcher sich zuletzt nothwendig in Anarchie auflösen muß, welches auch dem Gange der Natur gemäß nicht anders seyn kann. Denn da diese überall Recht und Gerechtigkeit herrschend und auf dem Throne wissen will; so kann sie nicht anders, als allzu großen Druck, mit dem jene gar nicht bestehen können, durch ihre eigenen Anstalten entgegenarbeiten, und jenen, um alles wieder in den Gang zu bringen, zertrümmern. Dabey gilt denn, was Kant *) sagt: *Was man gegen die „Natur machet, das machet man „jederzeit sehr schlecht.“* „Nun **) will

*) Begriff des Erhabenen und Schönen. Gräzer Ausgabe. S. 94.

**) Entwurf zum ewigen Frieden. S. 54.

„will aber die Natur unwiderstehlich, daß
„das Recht zuletzt die Obergewalt behalte.
„*Was man nun hier verabsäumt*
„zu thun, das machet sich zuletzt
„selbst, obzwar mit vieler Unge-
„mächlichkeit.“

Jeder auf einem solchen Fusse geschlossene Friede kann und wird nicht lange dauern, wie das die Geschichte aller Zeiten lehret. Denn da die Ausgabe eines Staates in dem nämlichen Verhältnisse mit der Grösse seiner stehenden Heere wächst, der eigentliche National-Reichthum aber in eben dem Grade sinket; so muß jede Gelegenheit, irgend eine Quelle, aus der zur Erhaltung jener geschöpft werden könnte, willkommen seyn, und die Länderfucht wächst mit der Grösse der Macht, so wie diese mit jener wächst, bis zuletzt in einer inneren Gährung das ganze ungeheure Gebäude zusammen stürzt, und mit seinen Ruinen die Gräber seiner Architekten bedeckt, welche mit ihrem Beynamen der *Großen* nicht das werth sind, was ein einziger Solon oder Lykurg, „und
(4) „deren

„deren Reiche einem der seltenen und weit
„glänzenden *Meteore* gleichen, welche die
„Welt einen Augenblick in Erstaunen setz-
„en, aber wieder verschwunden sind, in-
„dem noch Aller Augen auf ihre Betrachtung
„starren. *)

3.

Es soll in jedem Friedensschlusse eine genaue Grenze zwischen den Gebiethen der Krieg führenden Staaten bestimmt werden, welche nicht nur das Eigenthum eines Jeden an Grund und Boden, sondern auch die einem Jeden zukommenden Rechte auf das deutlichste und genaueste von einander absondert. S. o. §. 3. Abs. 4.

Denn der Begriff der Individualität ist kein anderer, als der einer bestimmten Sphäre, in welcher frey und ohne Bestimmung durch einen Andern gewirket werden kann, und

*) Wieland ΣΩΡΑΤΗΣ μαίνομενος, oder Diogenes von Sinope. 37,

und alles Eigenthum der Staaten so wohl als der einzelnen Personen, *alles Recht auf etwas* ist bedingt durch die Anerkennung der von dem Gebrauche eines solchen Eigenthumes ausgeschlossenen Personen zustehenden Rechte. Soll also durch den Friedensschluss ein Recht unter Völkern gestiftet werden; so muss nothwendiger Weise dieses Recht auf die Basis aller Rechte, *den Begriff der Individualität*, gegründet werden, und es kann jedem Volke ein Theil an Grund und Boden u. d. gl. nur in so fern zukommen, als es sich von allem andern enthält. — Je genauer also diese Grenze bestimmt ist, desto leichter werden die Staaten den Friedenszustand unter sich erhalten können.

Sie soll aber gemäß dem Vorigen nur durch gütliche Uebereinkunft, nicht durch Rechtsansprüche, da nämlich Recht erst im Frieden gestiftet werden soll, gezogen, und *als solche* beständig betrachtet werden. Daher kann keinem Staate das Recht zukommen, auf einer andern Seite einem
Minder-

Mindermächtigen wieder abzunehmen, was er etwa im Kriege verloren hat, vielmehr muß die obige Grenze des Eigenthumes auch das Recht der *Erwerbung von Grund und Boden* bestimmen, damit nicht auf der einen Seite ein Uebergewicht entstehe, und dadurch der Friede wegen Unbestimmtheit der Tractaten sich selbst für die Folge zernichte. Ein Staat grenzet nämlich mit dem andern nicht nur längs der Linie, an welcher die Unterthanen derselben Anwohner von einander sind, sondern auch in jedem andern nicht zu dem Gebiete des einen oder des andern gezogenen Theile des Raumes, da, wenn einem das Recht, einen solchen Theil von Grund und Boden zu erwerben, zustehen soll, es dem andern nicht abgesprochen werden kann, worüber denn von neuem Krieg entstehen würde, wenn nicht demselben durch den Friedensschluß und die in demselben enthaltene genaue Bestimmung der einem Jeden zukommenden Erwerbsrechte vorgebeuget wird. Durch ein solches Versehen in einem Friedens-

ens-

ensvertrage muß nothwendig der Krieg in das Unendliche vervielfältigt werden, weil, da Jeder auf Alles Anspruch machen kann, worauf er nicht Verzicht geleistet hat, und um nicht von der Uebermacht des Andern abzuhängen, auch Anspruch machen will, nothwendig beständige Collisionen entstehen, und der Friede in das Unabsehbliche aufgeschoben werden muß.

Eben so müssen die Staaten alle übrige Rechte unter einander fest setzen. Z. B. seefahrende Staaten müssen die Verhältnisse ihrer Schifffahrt, ob und unter welchen Bedingungen ein Staat an der Küste des andern landen, in seine Häfen einlaufen, Proviant und überhaupt Schiffsladung einnehmen dürfe, u. s. w. — handelnde Staaten müssen die Handlungs-Artikel bestimmen, die Mauthplätze anzeigen, die Zölle berichtigen, Stappel- und Einlager-Gerechtigkeiten fest setzen, wenn solche Statt finden sollen, u. d. gl.

Dafs ein Staat durch einen solchen Frieden mächtiger, der andere schwächer werde,
kann

kann weder in Anschlag kommen, noch von Folge seyn, wenn es den Frieden Schließenden wirklich Ernst ist, und Friede etwas mehr, als Ausruhen vom Morden, um es mit erneuten Kräften wieder von neuem beginnen zu können, bedeuten soll. Denn da er seine Macht zu nichts weiter, als zur Abwehrung von äußerer Gewalt bedarf, diese aber eben durch den Frieden (wie tiefer unten gezeigt werden soll,) von ihm abgehalten wird; so kann es ihm gleichgültig seyn, ob sein Gebieth einige Quadrat-Meilen weiter gehe, oder nicht. Wenn aber im Friedensschlusse Alles auf zukünftigen Krieg berechnet werden soll; so verhält sich die Sache freylich anders, und dann kann es keinem Staate gleichgültig seyn, an seiner Macht etwas verloren zu haben: vielmehr muß er, was er auf der einen Seite verloren hat, auf der andern wieder zu erringen suchen, um, so viel möglich, immer zum Kriege bereitet zu seyn. Dafs dabey das Recht und der Friede unmöglich gemacht, und dem Kriege eine Art periodischen Umlaufes um
ein-

einen Welttheil angewiesen wird, das zieht man nicht in Betrachtung, da jeder Krieg als das Mittel, sich mächtiger und gefürchteter zu machen, willkommen und erwünscht ist. An die Stelle des Rechtes, mit welchem Namen gleichwohl noch immer jede Handlung beschönigt wird, tritt alsdann die Politik, deren Gesetz lautet: *Strecke deine Hand nicht weiter aus, als du sie mit Macht waffnen kannst, weil du sonst Gefahr läufst, auf einen Mächtigeren zu stoßen, und von ihm verschlungen zu werden*, welches aber dieselbe weislich so ausdrückt: *Suche, um das Wohl der Unterthanen zu schützen, deinem Staate immer die möglich größte Gewalt zu verschaffen, jedoch mit stäter Rücksicht auf die Umstände und die Andern zukommenden Rechte*. Mit diesem Gesetze soll aber nicht gesagt seyn, daß es Pflicht sey, die Rechte seiner Unterthanen zu schützen, und die Anderer zu respectiren, (welches beyde besser in einem *legalen* äußeren Verhältnisse des Friedens, als in dem *brutalen* des Krieges geschehen können

könnte,) sondern nur so viel, daß man von dem ersten den Namen borgen, wenn man von Innen, und gegen Andere sich den Anschein der Gerechtigkeitsliebe geben müsse, wenn man von Aussen sicher seyn wolle.

4.

Mit jedem Friedensschlusse muß nothwendig eine allgemeine Amnestie aller bereits vorhandenen, wenn gleich nicht zur Sprache gekommenen Ursachen zum künftigen Kriege verbunden seyn. S.o. §. 3. Abf. 4.

Die Staaten können nämlich, wie bereits oben gesagt wurde, wenn sie ihre Unabhängigkeit nicht aufgeben wollen, keine Ansprüche an einander machen, welche nur vor einem Richterstuhle ausgetragen werden können, sondern sie müssen sich vielmehr über solche mit einander *vergleichen*. Alles also, worüber sie sich nicht mit einander verglichen hätten, würde nach dem Kriege eine neue Ursache zu einem solchen geben, und

und der Friede würde sich in einen leeren Wortschall ohne Bedeutung verwandeln. Es kann also für dieselben gar keine andere Art, solche Streitigkeiten unter einander beyzulegen, geben, als dieselben für vergessen anzusehen, d. h., sie können sie, wenn sie nicht einen neuen Krieg anfangen wollen, nicht ausmachen, und da jenes nicht geschehen soll, so können sie solche gar nicht austragen. Dafs etwa auch nach geschlossenem Frieden ein Staat noch erbiethig ist, sich mit dem andern über schon vor dem Frieden vorhandene Streitigkeiten zu vergleichen, ist zwar ein Beweis seiner Liebe zur Billigkeit; (denn Gerechtigkeit kann daselbe nicht genannt werden:) aber zu einem solchen Vergleiche kann er nicht gezwungen werden, sondern vielmehr gegen denselben sich auf die weiter unten zu zeigende Art schützen.

Obgleich in allen Friedens-Instrumenten von einem ewigen unverletzlichen Frieden und einer Alles einschliessenden Amnestie die Rede ist; so hat man doch bis jetzt noch
kein

kein Beyspiel eines ungebrochenen Friedens aufzuweisen, vielmehr sind die meisten späterhin geführten Kriege aus Ursachen entstanden, welche im Friedensschlusse billig hätten abgeschafft werden sollen, wovon man sich aus der Geschichte alter und neuer Zeiten überzeugen kann *). Daraus hätte man billig den Schluss machen sollen, daß ein dauerhafter Friede unmöglich sey, wenn bereits vor dem Kriege vorhandene Forderungen auch nach geschlossenem Frieden wieder erneuert werden können. Man scheint aber vielmehr umgekehrt daraus geschlossen zu haben, daß man auch im Frieden immer im Kriegszustande und in Bereitschaft zu Feindseligkeiten bleiben müsse, um nicht den günstigen Augenblick über einer langweiligen Zurüstung verstreichen, und allen Vorthail aus den Händen zu lassen, das heist, die Politik hat auch hier die An-

*) Z. B. Die vom *Westphälischen Frieden* an mit Frankreich geführten Kriege, welche durch beständige Friedensschlüsse zu *Nimwegen*, *Ryswick*, *Utrecht* und *Baden* unterbrochen, und doch nie ganz eingestellt wurden.

Anstalten zur Beförderung des Rechtes zu entkräften, und den wahren Vortheil der Nationen, welcher nur durch einen bleibenden Frieden befördert werden kann, mit einem scheinbaren, der Vergrößerung der Macht, zu vertauschen gewußt.

Daher können Ansprüche auf Erwerbung von Grund und Boden, als z.B. der Succession in Erbreichen, der Erheirathung u. d. gl. nach dem Kriege, wenn sie auch schon vor demselben existirten, nur unter der Bedingung geltend gemacht werden, daß sie den Friedensbedingungen nicht widersprechen.— Es ist vorzüglich in Europa eine neue Erfindung der Politik, daß der nämliche Regent unter verschiedenen Gestalten auftreten könne, z. B. als teutscher Reichsfürst, und als König eines andern Landes, wodurch denn nothwendig bezwecket wird, daß, was den Einen verbindet, den Andern nicht mit verbindet, und, was jener etwa nicht mehr zu fordern berechtiget ist, dieser noch fordert, wie auch, daß man auf ein Land aus verschiedenen Gründen Anspruch machen kann,

kann, obgleich es nur einen einzigen gibt, nämlich den Willen des Volkes *), z. B. auf ein Land, welches man aus dem Grunde einer Mitbelehrung nicht mehr fordern kann, stehet noch immer der Anspruch einer Erbverbrüderung, einer Verwandtschaft u.d.gl. zu, welchen der Erbe sogar von mehreren Generationen her hohlen kann. Alles dieses muß durch den Frieden abgethan und gehoben werden, und Ansprüche, auf welche man nicht ausdrücklich verzichtet, sind in der Amnestie enthalten, und durch sie verloschen.

5.

Es soll in jedem Friedensschlusse genau die Art festgesetzt und bestimmt werden, wie Bürger des einen Staates in dem andern zu behandeln sind. S. o. §. 3. Abf. 5. und in d. N. Abf. 3.

Denn die Bürger sind es eigentlich, durch welche ein Staat in Verhältniß mit dem and-

z) Kant z. e. F. S. 7.

andern kommt: und wenn der Grenzvertrag festsetzet, was das Eigenthum des Einen oder des Andern seyn soll; so ist dadurch noch nicht alles geschehen, was geschehen mußte; denn die unzähligen Verhältnisse, in welche jene zu einander gerade nicht in Rücksicht ihres Eigenthumes, sondern etwa durch Verträge u. d. gl. kommen können, sind noch durch gar kein Gesetz regulirt. Eben so ist es noch gänzlich unbestimmt, wie Verletzungen des Eigenthumes, Uebertretungen der im Frieden festgesetzten Uebereinkunft, die etwa von einzelnen Bürgern geschehen, wieder gut zu machen sind. Es muß also dieses in einem eigenen Friedens-Artikel noch berichtigt werden.

Hierher gehören Bestimmungen, welchen Antheil der Bürger eines andern Staates an dem Schutze der Gesetze haben soll, Theils in Rücksicht der Person, als durch sicheres Geleit (*salvum conductum*), durch Pässe, u. d. gl., Theils in Rücksicht seines Eigenthumes, z. B. bey Conkursen, Erbschaften u. s. w., wo vorzüglich in Rücksicht der
letzt-

letztern mancherley festzusetzen ist, als, ob und unter welchen Bedingungen die Erbschaft eines im fremden Lande Verstorbenen von seinen Verwandten in seiner Heimath könne erhoben werden (*jus albinagii, detractus*); Emigrations - Gesetze, ob und unter welchen Bedingungen es erlaubt sey, sein Vermögen aus einem Lande in das andere zu ziehen, um sich daselbst ansässig zu machen (*gabella emigrationis*), u.d.gl. Gesetze wegen Verfolgung, Auslieferung und Bestrafung der Verbrecher auf fremdem Grund und Boden, Evocation von Zeugen, u. d. gl.

„Beyde Staaten sind in diesem Vertrage
 „einander völlig gleich. Was der eine thut,
 „um den Bürger des andern vor Schaden zu
 „bewahren, muß der andere auch thun, in
 „Beziehung auf die Bürger des ersten;
 „welche Gesetze der eine in dieser Rück-
 „sicht gibt, dieselben muß der andere auch
 „geben. Größere Sorgfalt aber anzuwend-
 „en, als der andere in Beziehung auf ihn
 „anwendet, ist keiner verbunden. Es ist
 „so-

„sonach sehr wohl möglich, dafs in einem
„Staate die Rechte der Mitbürger mehr ge-
„schützt sind, als die der Fremden, weil
„vielleicht der andere Staat sich von seiner
„Seite zu keinem sorgfältigeren Schutze ver-
„stehen wollte; ja es ist möglich, dafs das
„Eigenthum der Fremden aus einem benach-
„barten Staate mehr geschützt sey, als das
„der Fremden aus einem andern, weil der
„erstere Staat auch von seiner Seite gröfsere
„Sorgfalt anwendet. Das ganze Verhältnifs
„gründet sich *lediglich auf Uebereinkunft**).

Alle Uebertretungen eines solchen Ver-
trages müssen auf der Stelle von dem ver-
letzten Staate angezeigt, und von dem ver-
letzenden wieder gut gemacht werden, wo-
zu, wenn nur im Frieden alles so eingerichtet
ist, wie es weiter unten wird festgesetzt
werden, sich der verletzende doch wohl
verstehen sollte. Die so genannten Repres-
salien, deren sich die Staaten im Kriege
gegen einander zu bedienen pflegen, sind als
Krieg und Ungerechtigkeit zu betrachten;
sie

*) Fichte a. a. O. B. II. S. 255.

sie sind eine thätige Verletzung des andern Staates, und aus allem friedlichen Verhältnisse der Völker zu einander gänzlich zu verbannen; denn sie sind nichts anderes, als ein Anfang des Krieges ohne vorher gegangene Aufkündigung des Friedens, und folglich gerade so widerrechtlich, wie überhaupt aller Krieg *). Im Naturzustande der Staaten mögen zwar allerdings dieselben ein erlaubter Weg seyn, sein Recht zu suchen; denn was einem Staate erlaubt ist, kann dem andern, so fern kein Vertrag ihn verbindet, nicht verwehrt seyn. Anders aber verhält es sich im völkerrechtlichen Zustande der Staaten, welcher nicht wie jener ein Zustand des Krieges, als welcher gerade durch ihn abgewehrt werden soll, sondern des Rechtes seyn soll, und daher alle Feindseligkeiten ausschlieset.

„Ist der Vertrag zwischen beyden Staaten
„nur klar und fest bestimmt, — es ist, da
„er nie eine grofse Menge von Gegenständen
„begreifen kann, sehr leicht, ihn genau zu
be-

*) Kant M. A. d. Rechtslehre. S. 221.

„bestimmen, und ein Mangel an Bestimmtheit würde schon den bösen Willen entdecken, welcher einen Vorwand zu künftigen Kriegen suchet, — so ist nicht leicht, oder gar nicht eine Ungerechtigkeit aus Irrthum möglich, sondern es läßt sich dann mit hoher Wahrscheinlichkeit auf bösen Willen schließen. Doch verhalte sich dieses, wie es wolle: die Verletzung des Vertrages gibt ein Recht zum Kriege.“ *) Dieser Krieg nun würde, so fern ihm nicht durch Vergütung des verursachten Schadens und Abstellung der geschehenen Verletzung vorgebeugt wird, nothwendig ein Unterjochungskrieg (dessen Zweck Unterwerfung der Bürger ist,) seyn müssen, weil ein solcher Staat bewiese, daß er überhaupt gar nicht zu einem äußeren legalen Verhältnisse taue. Es entsteht daher in dieser Rücksicht nur noch die einzige Frage, wie es einzurichten sey, daß in einem solchen Kriege immer das Recht die Oberhand behalte? — Eine Aufgabe,

*) Fichte a. a. O. B. II. S. 257.

gabe, die durch die beyden letzten Sätze unseres Völkerrechtes gelöst werden wird.

Wie aber eine gänzlich *vollständige* Bestimmung der jedem Bürger in dem fremden Staate zukommenden Rechte zu machen sey, läßt sich leicht folgender Mafsen beantworten. Die Vergleichung der in jedem Staate gebräuchlichen Gesetzbücher möchte wohl das sicherste Mittel seyn, um ein für Fremde in jedem der contrahirenden Staaten geltendes Gesetzbuch abzufassen, wobey aber über Punkte, die in jenen verschieden sind, nur gütliche Uebereinkunft entscheiden kann. Die Verabfaümung eines solchen Vertrages in den meisten Friedensschlüssen hat zu mancherley Streitigkeiten der Völker unter einander Anlaß gegeben, und ein Friede, der hierüber nicht alles genau festsetzet, kann immer nur als ein kurzer Waffenstillstand betrachtet werden *). Was daher in den obigen

*) „Est pax saepius simulata, ut nempe debilior recuperet vires, et alacrioris hostis primus impetus retundatur: adeo, ut si quis has artes non attendat, majus saepe periculum incurrat pace, quam pateretur ipse per bellum.“ *Christ. Besoldi Synopsis politicae doctrinae* pag. 343. cap. XII.

igen Gesetzbüchern (wie man wohl von allen statutarischen Rechten annehmen kann,) nicht bestimmt und genau genug angegeben ist, darüber müssen sich die Staaten dahin vergleichen, daß über alle neu hinzugekommene Gesetze eine Uebereinkunft getroffen werden solle.

6.

Die Frieden schließenden Staaten müssen nach geschlossenem Frieden sich einander beständige Gesandten zuschicken, um über Beobachtung der Friedens-Artikel zu wachen. S. o. §. 3. Abf. 5. u. i. d. N. Abf. 3.

Dem Vorhergegangenen gemäß müssen die Staaten eine beständige Aufsicht auf einander halten, weil von derselben die Rechte der Bürger abhängen, indem diese in fremdem Lande und vor einem fremden Richtersthule, *dem sie gleichwohl nicht unterworfen sind*, ihre Rechte suchen, folglich, um vor Beeinträchtigung und Verletz-

letzung gesichert zu seyn, durch ihren eigenen Staat geschützt werden müssen. Es muß daher dieser beständig über die Behandlung seiner Bürger vor einem fremden Gerichtsstuhle wachen, welches durch *beständige Gesandten* (Residenten, *Chargés d'affaires*) geschieht. Ein solcher Gesandter ist daher als Repräsentant seines Volkes frey und unabhängig von dem Gerichtshofe des Landes, wo er sich aufhält. „Er stehet, so lange er sich in den Grenzen seiner Gesandtschaft hält, lediglich unter seiner eigenen Obrigkeit, und diese allein hat über ihn zu richten. Er ist sonach für den Staat, an welchen er gesandt ist, *heilig* und unverletzlich.“ *) *Alle seine Handlungen* können nur vor dem Richter des ihn sendenden Volkes gerichtet werden, weil im Gegentheile der fremde Staat sich eine Macht über das Volk, dessen Gesandten es richtet, anmaßen, und dadurch den Grund alles Völkerrechtes, die wechselseitige Unabhängigkeit, aufheben würde. Was Hof-
bauer

*) Fichte a. a. O. B. II. S. 56.

bauer *) dagegen faget, um die Unabhängigkeit eines Gefandten auf Geschäfte seiner Gefandtschaft einzuschränken, beruhet auf einem bloßen Scheingrunde, daß nämlich ein Gefandter sein Volk nur in so weit repräsentire, als er deselben Geschäfte verhandelt, in seinen Privat-Geschäften hingegen nicht als Repräsentant seines Volkes zu betrachten sey; denn es läßt sich nicht annehmen, daß der Gefandte in irgend einem Punkte der Jurisdiction des Landes, an welches er gesendet ist, unterworfen sey, ohne denselben als abhängig von einem fremden Gerichte zu betrachten, welches immer der Basis alles Völkerrechtes widerspricht, indem es auf das absendende Volk zurück fällt. Das Geschäft eines residirenden Gefandten ist kein anderes, als über die Rechte seiner Bürger zu wachen, so fern sie im Auslande gerichtet werden: und da er gleichfalls Bürger seines Staates ist, und doch gerichtet würde, ohne durch den Schutz seines Volkes vor Unrecht gesichert

zu

*) *Naturrecht* §. 621.

zu seyn; so ist klar, daß er und in ihm sein ganzes Volk für abhängig erklärt würde; denn was einem Bürger geschieht, muß allen geschehen können *). Was also der Gesandte in dem fremden Staate auch verbricht, das bleibt dem Richter seines Landes vorbehalten, selbst wenn er die Grenzen seiner Gesandtschaft überschreitet, und etwa in Angelegenheiten des Landes, an welches er gesendet ist, sich zu mischen suchet; oder daselbe gar feindselig behandelt, in welchem letzten Falle Grotius **) dafür hält, er könne nicht zwar zur Strafe, aber doch aus Nothwehr umgebracht werden. Daß selbst dieß Letztere nicht Statt finde, läßt sich leicht einsehen, wenn man bedenket, daß eine solche Nothwehr einen wahren Naturzustand voraus setze, wo Jeder in seiner eigenen Sache Richter ist, und daher nur in einem wirklichen Handgemenge möglich sey, wo freylich alles Recht aufhöret. Zu dem Gesandten kann aber in Rücksicht seiner

*) S. Grotius de J. B. et P. l. 2. c. 18. §. IV. 4.

**) A. a. O. L. 2. c. 18. §. IV. 5. 6. 7.

er Unabhängigkeit nicht auch seine eigene Familie gerechnet, und gefordert werden, daß dieselbe gleichfalls nur vor den Gerichtsstuhl ihres Landes gezogen werde, da der Grund seiner Unabhängigkeit auf seine Familie gänzlich unanwendbar ist, wenn man nicht etwa dagegen einwenden wollte, daß dieselbe vielleicht eines gröfseren Schutzes des Gesandten geniefsen könnte, als andere Bürger, welches jedoch, da die Macht desselben blofs negativ ist, nicht angenommen werden kann. Hiervon sind jedoch die Fälle auszunehmen, wenn der Resident seine Dienerschaft in Geschäften seiner Gesandtschaft brauchet, oder wenn dieselbe *ex mandato legati* handelt, weil sonst derselbe *ob continentiam causarum* vor ein fremdes Gericht gezogen würde, so daß also für die Dienerschaft des Gesandten hieraus eine forideclinatorische Einrede entstehet. Uebrigens erhält durch dergleichen Uebertretungen der Staat, an welchen er gesendet ist, das Recht, ihn zurück zu schicken, und auf Genugthuung anzutragen *).

*) Fichte a. a, O. S. 257. Grotius l. 2. c. 12, §. 8.

Was die Gültigkeit der mit einem Gesandten geschlossenen Verträge betrifft; so können wir diese Frage hier füglich unbeantwortet lassen, da die ganze Macht des Gesandten bloß in Aufsicht auf die im Frieden seinen Bürgern garantirten Rechte bestehen soll, weshalb er auch von dem Staate, an welchen er gesendet ist, Einsicht in alle gerichtliche Verhandlungen, die seinen Staat betreffen, verlangen kann. Alles übrige Auskundschaften der Staatsgeschäfte ist Niederträchtigkeit und Beleidigung des Volkes, so wie die Freyheit der Verbrecher im Hause eines Gesandten (*jus asyli*), die Gerichtbarkeit desselben über seine Familie, auch mit besonderer Erlaubniß seines Staates, Mißbraüche sind.

Zu allen übrigen nicht jene Aufsicht betreffenden Geschäften sollte billig der Resident nicht gebraucht werden, da durch dergleichen Verwechslungen der Vollmachten (der *positiven*, ein Geschäft zu betreiben, und der *negativen*, Aufsicht zu halten) leicht ein Mißbrauch der einen oder der andern

ent-

entstehen kann. Dergleichen in bestimmten Geschäften abgesendete Gesandte (*Ambassadeurs*) sind zwar *als solche* wie die Residenten heilig und unverletzlich, was ihre *Privat-Geschäfte* aber betrifft, billig der Gerichtbarkeit des Landes, wo sie sich aufhalten, unterworfen, da von ihnen nicht gilt, was oben von jenen gesagt wurde. Was die Verbindlichkeit ihrer Verträge betrifft; so kann, wenn nur ihre Vollmachten deutlich abgefaßt sind, kein Zweifel entstehen. Die Macht des Residenten erstreckt sich übrigens nie darauf, irgend ein Unrecht *selbst* abzustellen, weil dies ein Eingriff seines Volkes in die Rechte desjenigen wäre, an welches er geschickt ist, und welches dadurch als abhängig betrachtet würde, sondern nur darauf, daß er auf eine solche Abschaffung dringe *).

7.

*Es soll in dem Friedensvertrage
den Paciscenten über den Inhalt
des*

*) Fichte a. a. O. B. II. S. 256.

des Vertrages durch die Garantie eines dritten Staates, oder auch mehrerer verbündeten Staaten Gewähr geleistet werden, welche Garantie jedoch keine Souveränität über die Frieden Schließenden enthalten und bedeuten soll.

Jeder Friede soll gemäß dem Vorhergehenden durch gütliche Uebereinkunft geschlossen werden: es sollen keine Ansprüche darin geltend gemacht werden, welche sich nur vor einem Richterstuhle austragen lassen, und es muß daher der Mindermächtige gegen den Uebermächtigen (denn ein solches Verhältniß möchte wohl in jedem Frieden entstehen,) auf irgend eine Art geschützt werden, wenn er sich nicht von der Großmuth und Gerechtigkeitsliebe desselben abhängig machen will, welches eben nicht der ruhigste Zustand seyn dürfte. Nun wollen aber auch nach geschlossenem Frieden die Staaten ihre Unabhängigkeit nicht aufgeben, sondern sich vielmehr, was es auch kosten möge, darin erhalten, und es kann also die
Macht,

Macht, welche der Unterdrückten gegen den Unterdrücker schützen soll, keine souveräne seyn: es kann ihr also auch nicht zukommen, unter jenen zu richten, weil sie dadurch für abhängig erklärt würden. Aber die Staaten wollen von einander dem Friedensschlusse gemäß behandelt werden, und ob dieß geschehen sey, müßte doch vorher ausgemacht seyn, ehe die garantirende Macht den Einen oder den Andern unterstützen könnte. In seiner eigenen Sache kann aber Keiner Richter seyn, weil sonst zugleich der Andere durch ihn gerichtet würde, und es scheint gerade bey der Vollendung das ganze Völkerrecht unmöglich zu werden. Allein genauer die ganze Sache betrachtet, so läßt sich diese scheinbare Schwierigkeit sehr leicht aus dem Wege räumen. Alle Verhandlungen, welche einen Richter erfordern, sind ohne dieß aus dem Völkerrechte schon verwiesen: es soll nirgends durch dasselbe positive Gerechtigkeit befördert, sondern nur Unrecht abgehalten werden; und ob die Grenzen, welche der Friede vorzeichnete,
ge-

gehalten, ob die Bürger nach dem Vertrage behandelt, die Gefandten heilig geachtet werden, das sind blofs Facta, die eben keinen Prozeß erfordern. Was etwa das Schwierigste scheinen möchte, wäre, zu bestimmen, ob zwischen Bürgern des einen und des andern Staates genau nach den Gesetzen verfahren werde, welche im Frieden vorgeschrieben sind. Allein wenn man bedenket, dafs hierüber dem Residenten eine beständige Aufsicht zustehe, dafs sicher keine auffallende Ungerechtigkeiten gewagt werden können, und Kleinigkeiten leicht sich wieder in Ordnung bringen lassen; so fällt auch diese scheinbare Schwierigkeit weg. Ueber dieß sollte sich ja doch wenigstens auf die Liebe zum Frieden von beyden Seiten so viel bauen lassen, dafs dergleichen unbedeutende Vorfälle gutwillig vergütet würden.

Die garantirende Macht hält in beyden Frieden schließenden Staaten einen beständigen Residenten, dessen Sache es ist, über den Vertrag zwischen denselben zu wachen, dessen Macht aber nicht dahin gehet, im
Nam-

Namen seines eigenen Staates auf Abschaffung eines oder des andern zu dringen, sondern nur dahin, dafs er immer die gerechte Sache im Namen seines Staates *unterstütze*, welches er, ohne dafs er eben sich zum Richter aufwirft, kann, nach dem Obigen, weil, wenn es nur den Frieden Schliessenden Ernst war, das Recht nie zweifelhaft seyn kann. In Fällen, welche etwa im Frieden nicht bestimmt genug ausgedrückt sind, müssen sich die Staaten mit einander vergleichen, und die garantirende Macht hat das Recht, auf einen solchen Vergleich zu dringen, und den, der sich etwa zu keinem Vergleiche bequemen wollte, dazu zu nöthigen. Dafs aber die garantirende Macht sich nicht mit dem Verletzenden zum Nachtheile des Rechtes verbinden werde, darauf sollte man doch einiger Massen rechnen können, weil doch Jedem daran gelegen seyn mufs, keine allzu grofse Macht neben sich entstehen zu lassen, indem dadurch seine eigene Sicherheit gefährdet ist, welche Bedenklichkeit jedoch erst im letzten Satze wird vollständig gehoben werden.

Da die garantirende Macht mit den Frieden Schliessenden selbst in den anderen benachbarten Staaten im Frieden seyn muß; so wird diese Garantie um so sicherer seyn, wenn an Aufrechthaltung des Friedens zwischen den Pacificirenden die Gültigkeit der Verträge des Garanten mit seinen Nachbarn und überhaupt allen anderen Staaten, mit denen er im Frieden ist, geknüpft würde, wodurch denn das Interesse der einzelnen so gegen einander gerichtet würde, daß die Lust, welche der eine oder der andere etwa zum Kriege hat, dadurch unterdrückt, und gerade durch den Privat-Vortheil einzelner Staaten der allgemeine Vortheil der Erde in einem bleibenden Frieden befördert würde. Das heißt:

8.

Die Frieden schließenden Staaten sollen unter sich und der garantirenden Macht ein Bündniß zur Abwehrung aller Feindseligkeiten unter ihnen errichten.

Von

Von einem solchen Bündnisse hängt zum Theile die Fortdauer des geschlossenen Friedens selbst ab, weil, wenn der Staat, mit welchem eben erst Friede geschlossen wurde, von einem Dritten unterjocht würde, der vorige Friedensschluss unnütz werden müßte, und den Drangsalen eines neuen Krieges entgegen zu sehen wäre. Es gehöret also ein solches Bündniß mit zur Garantie des Friedens.

Aber auf der andern Seite ist daselbe, wie es nach und nach über alle Staaten sich verbreitet, die einzig mögliche Gewähr für die Dauer des Friedens, und gleichsam eine Garantie gegen den Garanten einzelner Friedensschlüsse selbst; denn indem die eigene Sicherheit desselben von der Sicherheit der Staaten, welche er garantiret, abhängig gemacht wird (nach dem Vorhergegangenen); so wird er selbst gezwungen, nach dem Grundsätze, *quod tibi non vis fieri, alteri ne feceris*, das Recht zu unterstützen, und die Ungerechtigkeit zu unterdrücken, die, im beständigen Bunde mit der Verzagtheit
gegen

gegen eine grössere Macht stehend, wohl schwerlich ihr Haupt gegen einen Völkerbund erheben möchte. Es ist auch ein solches Bündniß das einzige, wozu uns die Natur hinführet, so wie sie die einzelnen Menschen in Staaten treibet. Denn da keinem Staate, so wie keinem Individuum, der ernstliche Wille beywohnen möchte, sich, damit Jedem Recht geschehe, einem obersten Richter zu unterwerfen; so wird ein die ganze Erde umfassender *Völkerstaat* immer unausführbare Idee bleiben, indem zwar die Staaten, wenn Gewalt von aussen sie dräng-
et, in ein Bündniß sich zu vereinigen pflegen, wobey es aber nicht so wohl auf das Recht, als auf Vergrößerung der Gewalt angesehen ist; weshalb sie denn, so bald jene verschwunden, oder in ein besseres Verhältniß mit ihnen selbst gebracht ist, ihr Bündniß bald wieder lösen, und ihre Kräfte gegen sich selbst richten, um, wo möglich, einander zu verschlingen, und Alles ihrem eigenen Willen zu unterwerfen. Indessen arbeitet die Natur jenem Ziele beständig
ent-

entgegen. Sie entkräftet den Mächtigeren, und erhebet den Mindermächtigen; sie bildet im Kriege selbst die Anlagen und Fähigkeiten des Menschen, welchen nichts so sehr erschlaftet, als eine lange Trägheit, mehr aus, wodurch er sich denn zum Gefühle seiner Selbstständigkeit erhebet, und indem dabey das Volk, welches nun erst seine Stimme zu erheben waget, von seinen Beherrschern mehr geachtet oder gefürchtet wird; so wird die Staatsverfassung selbst einer aus Principien des Rechtes entsprungenen ähnlicher, und eben dadurch der Krieg feltener. Denn da derselbe mit seiner ganzen Last auf das Volk fällt; so muß ihm ein Staat desto mehr verabscheuen, je mehr seine Verfassung selbst mit einer aus dem Gemeinwillen des Volkes ~~vor~~^{vor}hergegangenen übereinstimmt: und wenn *militärischer* Despotismus der unerträglichste ist; so ist das Volk, dessen Verfassung sich auf denselben gründet, was Gerechtigkeit und Gesetzgebung betrifft, gewiß immer am weitesten zurück. Man vergleiche mit dieser Behauptung

(6) ung

ung die Geschichte der Römer in den Zeiten ihrer letzten Kaiser und die Geschichte von Teutschland in den Ritterzeiten. Während nun die Natur durch ihre Veranstaltungen die Regenten der Völker, wenn auch nicht zu gröfserer Gerechtigkeitsliebe, doch zu mehrerer Klugheit beständig antreibt, und dieselben zwinget, ihre Regierung immer mehr und mehr nach Principien des Rechtes zu verwalten; so erreicht sie eben dadurch ihren Zweck auch in Rücksicht des Friedens unter den Völkern. Denn je mehr diese den Krieg verabscheuen, desto mehr sind jene gezwungen, den Frieden zu unterstützen. Aber die Natur thut noch mehr zur Erreichung ihrer Absicht. Derjenigen, die nach Grundsätzen handeln, sagt Kant *), sind wenige, deren hingegen, die alles auf Eigennutz berechnen, sehr viele unter den Menschen. Während also die Potentaten Alles auf die Vergrößerung ihrer Macht, und folglich auf Krieg berechnen, werden sie doch immer gezwungen, auf den grölsten

Theil

*) Begriff des Erhabenen und Schönen. S. 56.

Theil ihres Volkes sich zu stützen, und da dieser nur durch offenbaren Nutzen zu gewinnen ist, alle Mühe auf Bereicherung ihrer Schatzkammer zu verwenden. Dadurch wird denn der Politik ein neuer Weg vorgezeichnet. Gezwungen, Gewerbe und Handlung auf alle Weise zu unterstützen, um immer über Alles mächtig zu erscheinen, verwickelt sie sich in beständige Collisionen mit anderen Staaten, die ein gleiches suchen, und wenn der Zweck Aller nicht verloren gehen, und ihre Bemühungen scheitern sollen; so müssen sie sich, ob sie gleich im Herzen das Gegentheil wünschen mögen, alle Mühe geben, dem Ausbruche eines Krieges vorzubeugen, damit ihre Flotten, Warenlager, Handlungs - Compagnien u. d. gl. nicht zerstöret, und ihnen die Macht, in der Zukunft etwa noch auszuführen, was die Gegenwart verbeut, nicht genommen werde. „Weil unter allen der Staatsmacht „untergeordneten Mächten (Mitteln) die „Geldmacht wohl die zuverlässigste seyn „möchte; so sehen sich die Staaten (freylich

„lich wohl nicht eben durch Triebfedern
„der Moralität) gedrungen, den edlen Fried-
„en zu befördern, und, wo auch immer in
„der Welt Krieg auszubrechen drohet, ihn
„durch Vermittlungen abzuwehren, gleich
„als ob sie defshalb im beständigen Bünd-
„nisse wären; denn *große Vereinigungen*
„zum Kriege können, der Natur der Sache
„nach, sich nur höchst selten zutragen, und
„noch feltener gelingen.“ *) Indessen geh-
et die Cultur der Vernunft im Innern der
Staaten von Schritt zu Schritt, und da es
doch immer Grundsatz der Politik ist, die
Regierung der Volksmeinung angemessen
scheinend zu machen; so bedarf es in einer
Reihe Regenten nur eines einzigen guten,
um, was einige Zeit nur Gesetz scheinen
sollte, zum wirklichen Gesetze zu machen,
und die Verfassung der Staaten ändert sich
mit dem Grade der Aufklärung in denselben
beständig, bis sie endlich in die einzige
rechtmäßige übergeht, bey welchem Fort-
rücken zugleich, da „eine Republik ihrer
Na-

*) Kant z. e. F. S. 56.

Natur nach zum ewigen Frieden geneigt seyn muß,“ *) die Lust zum Kriege sich mindern, und dagegen der oben beschriebene Völkerbund sich vollenden wird, so daß, wenn gleich gegen den Gang der Natur und Vernunft Alles gewagt werden sollte, doch sicher nichts ausgerichtet werden wird, und „obwohl dieses alles nicht hinreichen mag, „den ewigen Frieden mit theoretischer Gewissheit zu weisagen, es doch zulanget, „uns das Streben nach solchem zur Pflicht „zu machen **).

„Aber auch in einem Völkerbunde ist „doch die absolute Unmöglichkeit eines „Krieges noch nicht dargethan worden? „Diese läßt sich nicht darthun, so wenig als „sich im Staatsrechte die absolute Unmöglichkeit eines ungerechten Richterspruches des versammelten Volkes darthun läßt. „So lange die reine Vernunft nicht in Person auf der Erde erscheint, und das „Richteramt übernimmt, muß immer ein „höchster

*) Kant a. a. O. S. 32.

**) Kant a. a. O. S. 56.

„höchster Richter seyn, der, weil er denn
 „doch endlich ist, sich irren oder einen
 „bösen Willen haben kann: *die Aufgabe*
 „ist nur, denjenigen zu finden, von
 „dem dieß am wenigsten zu be-
 „fürchten ist: und dieser ist über
 „das Staatenverhältniß der be-
 „schriebene Völkerbund.“ *)

Auf die Scham, worauf Fichte **) rech-
 net, möchte übrigens, wenn nicht Interesse
 von der verschiedensten und häufig wider-
 sprechendsten Art die Gewähr in einem
 solchen Völkerbunde leistete, wenig zu rech-
 nen seyn, bevor alle, die etwa um *bare Be-*
zahlung bereit sind, über und für Alles
 rechtliche Deductionen zu schreiben, aus-
 gestorben wären, welches den ewigen Fried-
 en *ad calendas graecas* aufschieben hiesse.
 Allein die Natur hat auch dafür gesorget,
 indem sie selbst bey der Anlage des Wohn-
 platzes, welchen sie den Menschen ange-
 wiesen hat, darauf gesehen zu haben scheint,
 daß

*) Fichte a. a. O. B. II. S. 264.

**) a. a. O. S. 262.

dafs das Interesse der einzelnen Staaten sie von einander trenne, wodurch eine Verbindung für das Unrecht unmöglich (in praktifchr Hinsicht) gemacht wird. Meere, Gebirge, Flüsse, Wälder dienen den Völkern zur Schutzwehre gegen ihre Nachbarn, mit denen sie wechselseitiges Interesse, um gegen Uebermacht sicher zu feyn, verbindet. National - Haß und Stolz entzweyhet die nämlichen, welche der Eigennutz bey Verkehr und Handel wieder verföhnet; der Zuwachs, den Jedes an Macht gewinnt, ziehet fofort die Augen aller, die ihn fuchten, auf sich, und bewaffnet die, welche etwa eine folche Macht gegen sich gerüftet glauben. Obgleich daher Keiner im Herzen dem Andern, der etwa verletzt wurde, seine Indemnifation gönnen mag; fo gönnet doch auch Keiner dem Verletzenden den Vortheil, welchen er ziehen könnte aus seinem Unrechte, um nicht ein Beyspiel gegen sich zu geben, eine Macht gegen sich zu bewaffnen. (*Tunc tua res agitur, paries cum proximus ardet.*) Die Aufgabe des Völkerrechtes
hat

hat daher mit der des Staatsrechtes die Aehnlichkeit, dafs es bey beyden nicht um Besserung der Menschen, sondern nur darum zu thun ist, dafs ihre Privat-Neigungen so gegen einander gerichtet werden, dafs sie einander aufhalten und zernichten, so dafs Alles den Gang nimmt, als ob ihr Verhältnifs nicht auf Zwang, sondern auf Moral gegründet wäre.

Die Anstalten des Völkerrechtes sind also, wie jene des Staatsrechtes, nicht deshalb getroffen, dafs sie eintreten sollen, sondern gerade ihr Nichteintreten ist das, was bezwecket wird. Es soll kein Staat durch die Bundesmacht zum Frieden gezwungen, keine verrückte Grenzen wieder hergestellet, kein angerichteter Schade vergütet werden, sondern es soll kein Staat den Frieden brechen, keine Grenze verrücket, kein Schade angerichtet werden.

§. V.

I. So wie also das Staatsrecht durch Verträge des Regenten mit den Unterthanen ge-

gestiftet wird; so wird das Völkerrecht durch Verträge der Völker unter einander gestiftet werden, welches keine andere sind, als die Friedensverträge, die aber, wenn sie zu jenem Zwecke hinführen sollen, nicht auf *Macht*, um bald wieder einen Krieg anzufangen, sondern auf *Recht* berechnet werden müssen, damit nicht durch dieselben zwar ein Krieg beschloffen, aber durch die Zweydeutigkeit derselben, und die geheimen jetzt nicht veroffenbarten Ansprüche Anlaß zu einer Reihe von neuen Kriegen gegeben werde. Dieß ist aber nur dadurch möglich, daß der Gewalt des Unrechtes eine andere sie überwiegende Macht entgegen gesetzt werde, welche, ob sie gleich, um sich zu verstärken, dem Rechte eben nicht sehr geneigt seyn mag, doch eben darum das Unrecht eines Andern hasset, weil es gleichfalls auf Vergrößerung der Gewalt angelegt ist. Dazu wird nun erfordert, daß in allen Verhandlungen der Völker unter einander *Publicität* herrsche, weil jede Absicht, welche das Licht scheuet, und sich vor Anderen
forg-

sorgfältig verstecket, schon die Meinung erregt, daß sie eben nicht zum Besten Anderer abziele. Da nun gemäß dem Vorhergehenden nach geschlossenem Bündnisse in jedem Staate der Verbündeten ein Congress ihrer Residenten sich versammeln wird; so kann der Völkerbund verlangen, daß alle Verhandlungen der Völker unter einander vor diesem Congresse abgethan werden. Es kann keine geheime Aufträge der Staaten an einander geben, als die *rechtswidrigen*, so wie unter den Völkern nichts verhandelt werden kann, als was ihr wechselseitiges Interesse betrifft, welches, da der Bund über das Recht wachen soll, nie ein geheimes seyn kann. Innere Angelegenheiten der Länder können nie vor ein auswärtiges Tribunal gebracht werden, weil das eine Unterwerfung des Volkes, welche doch nicht durch seinen Willen geschehen würde, voraussetzt, und weil eine solche Vereinigung der Regenten über innere Angelegenheiten ihrer Länder leicht mit der Unterjochung des einen oder andern Staates sich enden könnte; welch-

welches zu verhüthen dem Völkerbunde immer angelegen seyn muß. Dazu kommt noch, daß der, dem das Recht und die Selbstständigkeit seines Volkes nicht heilig sind, ein schlimmer Nachbar seyn, und daher wenig Unterstützung verdienen möchte. Der Völkerbund hat also das Recht, darüber zu wachen, daß sich kein Staat in die inneren Angelegenheiten des andern, auch mit Einstimmung und Bewilligung des Regenten, mische.

2. Der Völkerbund kann sich daher selbst das Recht nicht anmassen, über die Verfassung eines Staates und die Veränderung derselben (wenn sie nur nicht durch eine äußere Macht geschieht,) zu richten, und etwa solche zu verhindern, und er wird es auch aus oben angegebenen Gründen nie wollen. Denn da die Macht des Bundes jeder einzelnen immer unendlich überlegen seyn würde; so kann von einer inneren Veränderung keine äußere bewirkt werden, wenn nicht ein Volk, welches sich doch wohl nicht sollte voraus setzen lassen, seine eigene Selbstständigkeit

ständigkeit aufopfern will. Ob aber die Bundesmacht der Macht eines einzelnen Volkes überlegen seyn würde, darüber könnte nach den neuesten Beyspielen noch einiger Zweifel übrig seyn. Allein wenn man bedenket, daß hier von einem Bündnisse aller Völker, nicht von einer Coalifirung einiger Mächte die Rede ist; wenn man überleget, daß die Bundesmacht das mächtiger werden eines oder des andern Staates verhindern wolle, also von einem gemeinschaftlichen Interesse beseelet werde, da von den coalisirten Mächten jede gegen die andere ein Mißtrauen hätte, ob es nicht auf Vergrößerung der Gewalt, um solche sofort gegen sie zu wenden, angesehen sey; so möchte der obige Zweifel doch wohl wegfallen. Jede an einem Orte der Erde verübte Ungerechtigkeit bedrohet sofort den ganzen Bund. Denn wer seinen Nachbar unterjochet, der könnte mit nun vergrößerter Macht etwa an seinen neuen Nachbar greifen: und wenn es ihm gleich nicht gelingen möchte, den Entwurf einer Welt-

Mo-

Monarchie auszuführen; so kann es doch dem Bunde unmöglich gleichgültig seyn, auch nur über eine Länderstrecke einen Alexander sich ausbreiten zu sehen, zumahl da das Beyspiel der Ungerechtigkeit so leicht zu gleichem Unrechte verführet, und „*die Welt unter zwey Alexandern in Trümmern gehen würde.*“ *) Ein großer Behuf möchte noch über dieß durch die oben geforderte Publicität erreicht werden.

3. Bündnisse einzelner Staaten unter einander, die außer der völkerrechtlichen noch eine nähere Vereinigung unter denselben bewirken sollen, muß daher der Völkerbund zwar geschehen lassen; allein er hat das Recht, zu fordern, daß die Verhandlungen derselben nicht heimlich, sondern vor dem allgemeinen Congresse geführt werden, weil alle versteckte Unterhandlungen und Tractaten andere Mächte zu bedrohen scheinen, und daher leicht zu einer Kriegsrüstung Anlaß geben könnten, wodurch ein Krieg verursacht werden würde. Bevor aber
ein

*) Wieland a. a. O. 37.

ein wirklicher Völkerbund errichtet seyn wird, sind solche Bündnisse das einzige Mittel, einen solchen mit der Zeit zu stiften, und sie sollten also in jedem Friedensschlusse enthalten seyn, wie oben gefordert wurde, damit nicht der Friede ein bloßer *Vertrag*, (welchen man brechen kann, wie man will, wenn nur die Macht, die man besitzt, hinlänglich ist, einen solchen Bruch zu vertheidigen,) sondern ein wahrer *Friedensschluß* sey, der alle Feindseligkeiten beendet, und von dem abzugehen, immer eine zu befürchtende Gefahr nach sich zieht.

4. Was aber die Art, Krieg zu führen, betrifft, über welche doch gelegentlich hier einige Worte zu sagen sind, so läßt sich von derselben nicht als einer rechtlichen sprechen; denn Krieg schließet alles Recht aus. Kriege, welche der Bund führen müßte, (wenn sich anders dieser Fall je ereignen wird,) sind nach dem Obigen wahre Unterjochungskriege, und das Recht in denselben ist unendlich, das heißt, es gibt keines, wenn man nicht die Gesetze, welche etwa
die

die Ehrliche jedem Krieger in das Herz schreiben mag, Rechte nennen will. Denn da es im Kriege Jeder auf seine Stärke will ankommen lassen, das heisst, Jeder seine *Selbstständigkeit* mit seinen Kugeln und Schwertern beweisen will, (welches freylich nicht die beste Art seyn möchte;) so muss Großmuth (welches hier nicht eine Tugend im eigentlichen Sinne des Wortes bedeuten soll,) und Heroismus dem Krieger über Alles gehen, und Feigheit, Tücke u. d. gl. darf keine seiner Handlungen brandmarken. Der Charakter des Helden ist zwar immer rauh und unsanft, weil er darauf ausgehet, sich Alles zu unterwerfen: aber er muss zugleich gegen Jeden edel und gutmüthig seyn, der sich ihm unterwirft, und seine Ueberlegenheit anerkennt. „Er will nämlich allerdings guten Willen haben, und will, dass alle Andere, ausser ihm, von diesem guten Willen alles abhängen lassen, aber von Pflicht und Schuldigkeit und Gesetz will er schlechterdings nichts hören. Er will großmüthig seyn und schonend, nur nicht gerecht.

recht.“ *) Damit läßt sich aber nichts vereinigen, was etwa auf ein oder der andern Seite von diesem Charakter abweicht, als zum Beyspiele Brechung von Verträgen, bey denen sich jemand auf jenen guten Willen verläßt, von Capitulationen, Waffenstillständen, Sauvegarden, Mißhandlung von Gefangenen, Plünderungen, alles, was nicht offene Feindschaft, sondern versteckte Ränke und Tücke heißen kann, als Kundschaften, Vergiften, und überhaupt alle Feigheit **), Wer sich diese Gesetze nicht zur Regel machet, von dem läßt sich zwar nicht sagen, daß er das Kriegsrecht, als welches nichts ist, beleidiget habe: aber er erscheinet als ein Mensch, der überhaupt nicht fähig ist, Rechte zu erwerben, weil, wer niederträchtig und tückisch handelt, auf keine andere Art, als durch Vernichtung unschädlich gemacht werden kann. Diese

*) Fichte Sittenlehre S. 245.

**) Kant a. a. O. S. II. Hierher gehöret auch, was Xenophon L. V. c. 4. 17. saget; *Die Tapfersten sind immer die Mitleidigsten.*

Diese Wahrheiten hat man zu allen Zeiten anerkannt, und so wenig moralischen Werth ein Alexander mit seiner Fürsorge für die Verwandten des Darius, ein Regulus, die Ritter der Tafelrunde u. d. gl. haben mochten; so erscheinet doch ihr Charakter groß und schön, weil sie sich wenigstens consequent handelten, und weil eine solche Denk- und Handlungsweise doch allerdings etwas vor der gemeinen eigennützigigen voraus hat, und diese letztere unter den Menschen weit gemeiner ist. Auf diese Grundsätze der Ehre, nicht des Rechtes, war auch die ganze Erziehung der ehemahligen Ritter angelegt, und die guten und edeln unter denselben warfen daher, wenn gleich ihre Handlungen meistens rauh und häufig grausam waren, doch einen gewissen Glanz von sich, weil sie oft mit Aufopferung, und immer mit Großmuth gegen den Schwächern verbunden waren.

5. Aber eine wichtigere Frage, die selbst Fichte unerörtert läßt, möchte seyn, wessen das Land, welches in einem Kriege von

dem Bunde erobert wird, seyn solle, da über ein solches Krieg und Spaltung des Bundes, welche eben durch das Völkerrecht abgewehrt werden soll, entstehen könnte? Eine Theilung möchte wohl das allerunschicklichste Mittel seyn, und doch scheint sich kein anderes darzubieten, wenn man es nicht etwa dem von dem unterjochten Staate Verletzten zusprechen wollte. Allein die ganze Schwierigkeit ist bloß scheinbar, und lieget in der Zweydeutigkeit des Begriffes *Unterjochung*. Die Bürger des unterjochten Staates sollen nämlich nicht ihre Selbstständigkeit (ihre Fähigkeit, selbst ein Volk zu seyn, und unter eigenen Gesetzen zu leben,) verlieren, (denn das hiesse, sie als Sachen betrachten, nicht einen *Staat* unterjochen, und zernichten;) sondern sie sollen durch die Macht des Bundes gezwungen werden, sich selbst eine Verfassung zu geben, die ihren Nachbarn mehr Sicherheit verspricht. Da aber doch in keinem Augenblicke eine Anarchie in der Welt herrschen soll, so bleiben sie, bis sie eine neue
Con-

Constitution sich gegeben haben, unter der Herrschaft des Verletzten, nicht zwar was jenen Act der Constitution betrifft, aber doch in allen übrigen Handlungen, und da sie unter dieser Herrschaft stehen, so können sie auch zur Vergütung des angerichteten Schadens angehalten werden, indem sie jetzt ein Tribunal haben, wo dergleichen Ansprüche ausgetragen werden können. Vor Ungerechtigkeit schützt sie hierbey der Bund, vor welchem jener Prozeß geführt werden soll, nicht zwar als Richter, aber doch als Rechtsbeystand. — Ueberhaupt dürfte diese Frage und ihre Beantwortung mehr zur Vollständigkeit des Systems gehören, als daß sie praktisch wäre; denn wenn gleich einzelne Individuen trotz aller Gesetzgebung und allen Strafverordnungen es wagen, dieselbe zu übertreten, und daher im Völkerrechte gesagt werden könnte, es würden sich trotz aller Macht des Bundes die Mächtigen in demselben nicht abhalten lassen, ungerecht zu seyn; so läßt sich doch *mit Grunde* dagegen sagen,

en,

en, daß jene Uebertretung der Strafgesetze wohl eher auf die Staatseinrichtung, (vermöge welcher der Verbrecher immer noch hoffen kann, ungestraft zu bleiben, weil er vor Entdeckung sicher ist,) als auf die Verwegenheit der Verbrecher zu schieben sey, und daß sich dieselbe im Völkerrechte nicht erwarten lasse, gerade weil durch die Publicität die Möglichkeit, unentdeckt zu bleiben, aufgehoben wird, auch das Unrecht, wovon hier die Rede ist, sich nicht in einem etwa unbewachten Augenblicke begehen läßt. Es kann kein Staat unbemerkt den andern beleidigen, weil, wo es auch geschehen sollte, derselbe von dem Congresse der Völker bewacht wird; es kann sich kein Staat unbemerkt rüsten, weil innerhalb seiner Grenzen jede Bewegung von der Art bemerkt wird. Es wird also nur äußerst selten der Fall eintreten, wo obige Theorie angewendet werden könnte.

6. Durch die Aufstellung des Völkerrechtes ist zugleich das Weltbürgerrecht mitgeliefert. Jeder Mensch muß zu Folge des Staats-

Staatsrechtēs Bürger irgend eines Staates werden, und als solcher ist er durch das Völkerrecht auf jedem Theile des Erdbodens einheimisch, das heißt, er kann nirgends an seiner Person oder seinem Eigenthume verletzt werden.*) Was man daher über das Weltbürgerrecht etwa noch sagen könnte, hat nur seine Anwendbarkeit auf die Verhältnisse der Menschen, die nicht Bürger einerley Staates sind, zu einander, bevor ein Völkerrecht gestiftet ist. Wenn aber doch die Frage entstehen sollte, wider, welcher sich nicht als Bürger irgend eines Staates legitimiren könnte, zu behandeln sey; so kann die Antwort nur kürzlich keine andere seyn, als: Er ist, so lange er sich in irgend einem Staate aufhält, wie ein Unterthan desselben zu behandeln, und wenn er gleich nirgends sich wirklich einer Gesetzgebung unterworfen hat, so hat doch Jeder, auf welchen er trifft, das Recht, ihn zur Gewährleistung seines Eigenthums anzuhalten, das heißt, er hat sich durch

den

*) Sieh Kant M. A. d. Rechtslehre. S. 229.

den bloßen Eintritt in ein Land seinen Gesetzen unterworfen: und wenn der Bürger eines Staates, er mag sich befinden, wo er will, immer nur seiner eigenen Gesetzgebung nach dem oben gefagten unterworfen bleibt; so ist der Fremde, der in keinem Staate Mitglied ist, immer Unterthan des Landes, wo er ist, zwar nicht, in so fern den Bürgern Rechte oder Verbindlichkeiten auferlegt werden, aber doch, so fern er mit jenen in thätige Wechselwirkung geräth. Er kann im Kaufe, oder irgend einem andern Geschäfte nicht betrogen werden; er darf nicht gemordet werden; er ist frey von Abgaben — aber auch unfähig, ein Gewerbe zu treiben, an der Verwaltung des Staates Antheil zu nehmen, und kann fortgewiesen werden, so bald es dem Staate nicht länger räthlich scheint, ihn zu behalten, jedoch immer, ohne den Untergang desselben zu bewirken.

Was man im Völkerrechte noch weiter vorzutragen pfleget, sind Theils nutzenleere Abhandlungen über Ceremoniell, und

and-

andere willkürliche Uebereinkünfte der Staaten, wie z. B. von der Präcedenz, u. d. gl. Theils Dinge, wovon sich gar kein Recht denken läßt, als z. B. im Kriege, über gerechte und ungerechte Kriege, Hülfskriege, u. f. w. über Neutralität, Arten den Frieden und andere Verträge zu sichern, als Geißeln u. d. m. Theils Fragen, welche im Völkerrechte nicht gemacht werden können, z. B. ob ein Volk durch Verjährung von dem andern etwas erwerben könne. Man sieht leicht ein, daß alles das vom Staatsrechte in das Völkerrecht übergetragen, und daher immer ein Richter vorausgesetzt worden sey, welchen denn Jeder in sich selbst fand. — Geißeln, Pfandschaften, u. d. gl. sind Surrogate des Rechtes, welche oft in die größte Ungerechtigkeit ausarten, und ausarten müssen, indem dabey immer mehr vorausgesetzt wird, als geschehen sollte; weil dem, welcher Geißeln übernimmt, Niemand dafür bürget, daß das, was geschehen sollte, werde gehalten werden. Der, auf dessen Gerechtigkeitsliebe man sich

nicht verlassen kann, wird durch keine Geißeln gezwungen, gerecht zu seyn, und jede jenen zugefügte Verletzung ist gegen dieselben die äußerste Ungerechtigkeit, weil von ihnen gefordert wird, ihre Rechtlichkeit dadurch zu beweisen, daß ein Anderer gerecht handle, weil man sie im Gegentheile als rechtslos behandeln würde. Ueberhaupt ist dieses nichts anders, als ein Ueberbleibsel des Irrthumes, *daß die gerechte Sache* (vielleicht von dem Schicksale unterstützt) *siegen werde, und müsse, und folglich der Krieg als Rechtsgang den Tod so Vieler entschuldige*; weil sich sonst nicht einsehen läßt, wie man von dem, welcher Millionen im Kriege aufopfert, erwarten könne, er werde die Rechte der Menschheit in einem Individuum ehren. *Er wirft die Schuld der im Kriege Gemordeten auf das Schicksal, und den Tod der übergebenen Geißeln auf sich.*

Zweytes Hauptstück,

welches die Frage abhandelt:

*Kann die Säkularisation zur Basis
des mit der Fränkischen Nation zu
schließenden Friedens dienen?*

§. I.

1. Ehe wir die Auflösung der vorgelegten Frage beginnen, haben wir vor Allem uns darum zu bekümmern, wo wir die zur Entscheidung nöthigen Grundsätze werden herzuholen haben, ob dieselben bloß *positive* (im gewöhnlichen Sinne des Wortes, nämlich *statutarische*,) oder *allgemeine*, aus der Vernunft abgeleitete Gesetze seyn können. Dafs das Letztere, so fern von einem Verhältnisse zwischen Teutschland und Frankreich die Rede ist, Statt finde, ist zwar keinem Zweifel unterworfen: allein ob teutsche Staaten, wenn sich unter ihnen ein Rechtsstreit erhebet, nach dem allge-
mein-

meinen Vernunft - Staatsrechte gerichtet werden können, oder bloß nach ursprünglich teutschen positiven Gesetzen zu beurtheilen seyen, möchte doch wohl einiger Schwierigkeit unterworfen seyn. Die Rechtslehrer haben bisher durchgehends den Grundsatz angenommen, daß das Vernunftrecht nur eine *subsidiarische* in Fällen, wo alle positive Gesetze mangeln, eintretende Gültigkeit habe, und daß es daher zwar, wo etwa positive Gesetze dunkel oder unzulänglich sind, seine Anwendung habe, aber nie diesen vorzuziehen sey, weil es erlaubt sey, dem Gesetze der Natur hie und da zuzusetzen, oder etwas von demselben aufzuheben *), obgleich absolute Gebote der Vernunft nie abgeändert werden könnten. An diesem Satze nun ist, so wie an allen Sätzen, welche eine Sache nur von einer Seite betrachten, etwas Wahres und etwas Falsches. Es ist nämlich allerdings richtig, daß die Rechtsgesetze der Vernunft, um eine Verbindlichkeit zu haben, von ein-
er

*) L. 6. ff. de justitia et jure. *Joa. Cramer* de immutabilitate et mutabilitate jur. nat. gent. et civ.

er Gesellschaft Menschen als Gesetze durch Errichtung eines Staates müssen anerkannt werden, wodurch sie denn in *positive, von einer äußeren Gesetzgebung gegebene*, verwandelt werden *). Denn weil alles Recht aus einem Erlaubnißgesetze, welches also seiner Natur nach bedingt seyn muß **), abgeleitet werden soll; so zeigt sich leicht, daß das Rechtsgesetz der Vernunft nur eine hypothetische Gültigkeit habe, im Gegensatze mit dem Moral-Princip, dem eine absolute Verbindlichkeit zukommt. Das Rechts-Princip ist: *Beschränke deine Freyheit durch die Möglichkeit der Freyheit Anderer*: aber da hier vom Rechte, also von Erscheinungen die Rede ist, und nirgends der Begriff von Freyheit gedacht werden kann, als wo der eines vernünftigen Wesens gegeben ist, mit diesem aber jenes Gesetz unzertrennlich zusammen hängt; so wird die jenes Geboth einschränkende Bedingniß keine
and-

*) Fichte Naturrecht. B.I. Einleitung III. Abs. 4.

**) Kant M. A. d. R. L. Einleit. XXIV.

andere feyn, als dafs sich Jeder, wegen dessen sich das vernünftige Wesen eine solche Einschränkung auferlegen soll, gleichfalls dieselbe zur Pflicht mache, welches aber nicht anders, als in einem Staate geschehen kann, wie oben Hauptst. I. §. I. gezeigt wurde.

2. Aber gerade aus dem Gefagten folget nun auch weiter, dafs in keinem Staate eine andere Gesetzgebung, als die der Vernunft, Statt finden könne, wenn man nämlich nicht behaupten will, dafs das Naturrecht als nirgends anwendbar eine blofse Chimäre, etwas blofs Gedachtes sey *). Denn das Vernunftrecht kann nichts anders bezeichnen, als die *Gesetze, wodurch einzig und allein ein Staat gestiftet und regiert werden kann*. Dafs der Staatsgewalt die gesetzgebende Macht übergeben feyn solle, heifst nicht, der Gesetzgeber könne Gesetze geben, welche auch nicht aus der blofsen Vernunft hervor gehen; sondern es bezeichnet nur, dafs es der Staatsgewalt müsse überlassen

*) J.B. Erhard *über das Recht des Volkes zu einer Revolution*. Jena bey Gabler 1795. S. 13.

lassen feyn, die aus dem Begriffe des Rechtes entspringenden Gesetze als in *diesem* Staate geltende zu erklären, in welchem Sinne der Satz gilt: *Ratio legis est imperantis voluntas*. Die executive Gewalt (*imperans*) im weitesten Sinne des Wortes soll nämlich keine andere feyn, als der allgemeine Wille des Volkes, so dafs der Wille der Executoren und der des Volkes einerley ist, wodurch denn jener Satz die Bedeutung erhält: *das Volk stehet unter einem Gesetze, weil es sich solchem unterworfen hat*, welches mit dem oben Hauptst. I. §. 1. angegebenen Princip der rechtlichen Freyheit einerley ist. Aber der Wille des Volkes ist, wenn von seinen Rechten die Rede ist, unfehlbar: es kann nichts über sich verhängen, als was aus dem Begriffe des Rechtes folget, (womit zwar nicht gesagt wird, dafs nie eine Volksversammlung in einem besondern Falle etwas beschliessen werde, was etwa mit den Principien des Rechtes streitet, sondern nur, dafs sich der Wille des Volkes, was allgemein geltende Gesetze betrifft, nie als

als die Ungerechtigkeit dem Rechte vorziehend denken lasse,) und es kann also kein positives Gesetz geben, welches nicht aus dem Vernunftrechte abgeleitet, und in solchem enthalten wäre, „wodurch denn der Staat selbst der Naturzustand der Menschen wird, indem seine Gesetze nichts anderes sind, als das realisirte Naturrecht.“ *)

3. Dem zu Folge wird also der Einwurf, welchen man etwa machen könnte, *alles, was aus der Idee eines durch den allgemeinen Willen des Volkes gegründeten Staates abgeleitet werde, lasse sich nicht auf Teutschland anwenden, weil nämlich die teutschen Staaten nicht durch den Volkswillen entstanden seyen, sondern der Regent, wie die Geschichte beweise, seine Herrschergewalt zu Lehen vom Kaiser und Reich erhalte, welche also auch nur allein hierbey eine Stimme hätten*, uns nicht treffen. Das Feudal-System bestimmt nicht die Art der

*) Fichte a. a. O. S. 178.

der *Regierung* (*forma regiminis*); sondern die Art der *Beherrschung* (*forma imperii*), das heißt, es wird durch daselbe nicht bestimmt, daß der Regent, weil er die Regierung des Staates nicht durch den Willen seiner Unterthanen, sondern als Lehen erhalte, und die Huldigung der Investitur als etwas nicht zu verweigerndes, nicht diese jener nachfolge, nicht gehalten sey, seine Regierung jener Idee eines ursprünglichen Vertrages angemessen zu machen, sondern nur, daß, da es durch die Gesetze schon zum voraus bestimmt ist, wen das Volk als seinen *Herrscher* anerkennen solle, der Wille deselben in einzelnen Fällen schon als erklärt anzusehen sey. Daß das teutsche Staats-System, so wie alle andere Staaten (Sieh oben Hauptst. I. §. 2.) durch Gewalt begründet wurde, thut nichts zur Sache: es hätte nämlich billig nicht durch Gewalt begründet werden sollen, und daß etwas im Gange der Natur, welche, was etwa die Menschen im Außern der Vernunft als dem *Princip der Zweckmäßigkeit* zuwider thun, in

in ihrem Fortschreiten mit Gewalt wieder herstelllet, nicht nach Rechtsgesetzen geschehen sey, kann nicht zur Regel dienen, daß *Alles* so geschehen müsse.

4. Es kann also durch das Feudal-Sytem in teutschen Staaten nichts weiter festgesetzt und bestimmt werden, als die Art, zur Regierung entweder des ganzen Reiches oder eines einzelnen Staates in demselben zu gelangen, und die Weise, wie derselbe an das Reich gebunden und geknüpft sey, nie aber die Art und Weise, wie die Regierung zu verwalten sey: vielmehr gilt hier wie überall das Gesetz: *Was das gesammte Volk nicht als rechtlich über sich beschließen kann, das kann sein Beherrscher auch nicht zum Gesetze machen wollen.* Wenn also, woran wohl kein Zweifel seyn wird, das Volk nicht über sich beschließen kann, daß der Grund und Boden, welchen es bauet und bewohnet, als Eigenthum eines Einzigen zusammt den darauf lebenden betrachtet, und mithin es als Pertinenz - Stück einer Sache behandelt werde,

werde, das heißt, wenn das Volk nicht wollen kann, daß es und seine Rechte als Lehen (*res in feudum data*) betrachtet werde; so wird auch durch keine Gesetzgebung, Gewohnheit, Observanz ein solches festgesetzt werden können: vielmehr wird dem Lehens-Systeme keine andere Bedeutung, als die oben gegebene, beygelegt werden können. Daß man auch nach Rechts-Principien den Regenten als *Obereigenthümer* seines Landes betrachten müsse, woraus man etwa folgern könnte, daß auch nach Vernunftgesetzen ein *Land* zu Lehen könne gegeben werden, kann keinen Grund gegen uns geben; „denn jenes Obereigenthum ist nichts weiter, als eine *Idee* des bürgerlichen Vereines, um die nothwendige Vereinigung des Privat-Eigenthumes Aller im Volke unter einem öffentlichen allgemeinen Besitzer, zur Bestimmung des besondern Eigenthumes, nicht nach Grundsätzen der *Aggregation* (die von den Theilen zum Ganzen empirisch fortschreitet,) sondern dem nothwendigen formalen Princip der *Eintheilung*

(Division des Bodens) nach Rechtsbegriffen vorstellig zu machen;”*) das heisst, um die nothwendige Vereinigung des Willens aller Einzelnen in einen einzigen allgemeinen, welche so wie alle Einheit nur ein *Begriff* ist, in der *Sinnenwelt*, wo das Recht realisirt werden soll, darzustellen, und so jene Vereinigung auch physisch nothwendig zu machen. Daher gibt es denn auch im teutschen Reiche kein anderes Recht, als das Recht der Vernunft, und man mag dagegen sagen, was man will; so bleibet doch immer wahr und ausgemacht, dafs kein Staat anders, als aus einem ursprünglichen Vertrage entsprungen, gedacht, und folglich nach keinen anderen, als aus jener Idee eines Bürgervereines abgeleiteten Gesetzen beurtheilt werden könne.

§. II.

I. Nachdem wir die Quelle unserer Untersuchung aufgefunden haben; so werden wir zunächst zu untersuchen haben, in welchem Verhältnisse einzelne teutsche Staaten zu ein-

*) Kant M. A. d. R. L. S. 183.

einander und zu dem Reiche stehen. Sind nämlich die teutschen Fürsten nichts weiter, als *Beamte* des Reichsoberhauptes; so stehet es diesem allerdings zu, so fern nur die Verwaltung der Gerechtigkeit nicht darunter leidet, entweder zu leichterem Ausübung dieser, oder auch zur Vergrößerung der Macht des Reiches, wenn es Umstände erfordern, Abänderungen zu treffen, seine Beamten zu transferiren, einzelne Stellen unbesetzt zu lassen, kurz zu thun, wozu jedem Herrscher die Vollmacht zugleich mit der Gewalt, zu regieren (*potestas rectoria*), zugestanden und übertragen werden muß. Jeder ohne eigene Schuld seines Amtes entsetzte Beamte wird das Recht haben, dafür eine Entschädigung zu fordern, welche ihm auch ohne Ungerechtigkeit nicht verweigert werden kann. — Anders aber wird es sich verhalten, wenn die teutschen Fürsten wirkliche Regenten in ihrem eigenen Namen (*Autokraten*), nicht in dem Namen eines Andern (*Commissarien*) sind, welche nur in einem einzelnen Staate, nach dem Gesetze
der

der Vernunft, daß nur in einem Staatsver-
eine und unter einer äußeren Gesetzgebung
das Recht realisirt werden könne *), unter
einem gemeinschaftlichen Oberhaupte sich
vereinigen haben. Denn, wenn das Letztere
Statt findet; so kann diesem gemeinschaft-
lichen Oberhaupte nie die Macht zustehen,
die Verfassung dieses wahren Völkerstaates
zu verändern, ein Volk mit dem andern zu
vereinen, u. d. gl., sondern dasselbe hat nur
die Verwaltung der Gerechtigkeit in dem
äußeren Verhältnisse dieser Staaten zu ein-
ander zu beforgen, unter denselben zu richt-
en, kurz zu thun, was jedem Regenten zu-
stehet, *die einzelnen Völker oder Staaten als
so viele Personen betrachtet.*

2. Jene erste Beschaffenheit der Herzoge,
Grafen, und überhaupt Fürsten fand nun
zwar im Anfange und Ursprunge des teutsch-
en Reiches Statt: der König bediente sich
derselben, so wie auch der Erzbischöfe und
Bischöfe, als seiner Räthe, welche aber auch
an

*) Sieh oben Hauptst. I. §. 3. und Kant ph.
E. Z. e. F. S. 27 bis 34.

an den ihnen ertheilten Lehen nicht das geringste Recht im Namen ihrer eigenen Person hatten, sondern nur als kaiserliche Beamte zu betrachten waren. Als Beweis davon dienet, daß Karl d. G. die Herzoge meistens in Abgang kommen liefs, und dafür Grafen an ihre Stelle setzte, wie auch, was Georgisch*) von demselben aus dem *Capitular. lib. 3. cap. 19. 20.* anführet: „*Auditum habemus, qualiter et comites et alii homines, qui nostra beneficia habere videntur, comparant sibi proprietates de ipso nostro beneficio &c.*” Nach und nach fing en die Herzoge, Grafen, Markgrafen, Erzbischöfe, Bischöfe, u. a. an, *wahre Stände* des Reiches zu werden, indem es nothwendig wurde, sie zu den Berathschlagungen zu ziehen, und ihre Einwilligung einzuhohlen. In der Folge wurde die herzogliche, gräfliche u. s. w. Gewalt *erblich*, da vorher die Ertheilung derselben von dem Kön-

*) *Corpus Juris Germanici*, p. 1350.

Könige abhing *). Damit war bereits ein entscheidender Schritt zur nacherigen Einführung der Landeshoheit gethan, welchen auch die Herzoge und Grafen ungeachtet dessen, was die Kaiser dagegen vornahmen, auf alle Art zu vertheidigen suchten: vielmehr trugen zum Theile selbst die Mittel, wodurch man die Macht der Herzoge zu verringern suchte, z. B. die Vergrößerung der geistlichen Staaten, das Ihrige dazu bey, die Einführung der Landeshoheit zu befördern, welche endlich auch Theils durch Gnadenbriefe der Kaiser **), Theils durch die eifrigste Mitwirkung der landfässigen Prälaten und Ritter, die durch Einführung der Landeshoheit mehr Gewicht bekamen, ja selbst durch Einführung des römischen Rechtes ***)) sich immer weiter ausbreitete, und

*) Sieh Struben Nebenstunden Th. 4. S. 1. und Pütter Beyträge zum teutschen Staats- und Fürstenrecht Th. I. 107.

**) *Constitutiones Friderici II.* imper. d. a. 1220. et 1232.

***)) Da man nämlich das *teutsche* Reich als eine Wiederherstellung des *römischen* betrachtete, so

und mehr Festigkeit gewann, bis sie endlich so wohl in den kaiserlichen Wahl-Capitulationen *), als auch im Westphälischen Fried-

so suchte man alle Einrichtungen in jenem diesem conform zu machen. „Et provinciae praefes videbitur *judex judicum* potius esse, et „ex hoc honestior praecedentium apparere“ etc. Nov. XV. praef. „... nisi majoribus in provincias magistratibus missis, ... simulque illis *armorum juxta ac legum* potestatem fecissent..... quos quidem praetores vocabant. permitta scilicet eis tam *rei bellicae administratione*, quam *legum praescriptione*. Nov. 24. praef.

*) Capitul. Karls V. art. 1. §. 2. „Die Stände bey ihren Hobeiten geist- und weltlichen Würden, Gerechtigkeiten, Macht und Gewalt, sonst auch einen jeden bey seinem Stande und Wesen lassen.“ wie auch beständige Wahlcapit. verglichen mit der Leopold des II. „Wir wollen weder den Reichsgerichten noch sonst jemand, wer der auch sey, so in als ausser dem Reich gestatten, dass den Ständen in ihren Territoriis in ihren Landeshobeits- und Regierungen - besonders in Religions - Polizey - Kameral-Militär-Justiz - Lebens - Kriminal - und Gnaden - Sachen sub quocunque praetextu wider die Reichsgesetze, den Friedensschluss oder aufgerichtete rechtmässige und verbindliche Pacta vor oder eingegriffen werde. art. 1. §. 8.

Friedensschlüsse gänzlich befestiget und eingeführt wurde *).

3) Dadurch wurde nun das teutsche Reich in einen wahren *Völkerstaat* verwandelt, das heist, *eine Vereinigung mehrerer, von einander unabhängiger, dabey aber einer gemeinschaftlichen Gesetzgebung unterworfenen Staaten*, so dafs kein Staat dem andern auf irgend eine Art feindlich begegnen, in seine innere Verfassung sich einmischen, denselben unterjochen und zerstören könne. Eben so wenig kann aber auch die oberste Gesetzgebung dieses Völkerstaates selbst einen dieser ihr unterworfenen Staaten, was seine innere Verfassung betrifft,

*) I. P. O. art. 8. §. 1. „Ut autem provisum sit, ne posthac in statu politico controversiae suboriantur, omnes et singuli Electores, principes et Status imperii romani in antiquis suis juribus, praerogativis, libertate, privilegiis, *libero juris territorialis* tam in ecclesiasticis quam in politicis *exercitio, ditionibus, regalibus*, horumque omnium possessione, vigore hujus transactionis ita stabiliti firmitque funto, ut *a nullo unquam* sub quocunque praetextu de facto turbari queant.”

trifft, verändern, ihn mit einem andern gänzlich vereinigen, oder auf irgend eine Art auf solchen so einfließen, daß die Existenz desselben als einer moralischen freyen Person aufgehoben würde, so wenig als das alles ein Regent in seinem Staate vermag; sondern sie kann nur über Recht und Unrecht in seinem Verhältnisse zu anderen Staaten wachen, und überhaupt das Richteramt zwischen ihm und einem Kläger verwalten *). Daher bleibt dem Landesherrn jede Gerechtsame, welche sonst freyen Völkern zukommt, unbenommen: jeder teutscher Staat hat gegen einen andern teutschen oder auswärtigen Staat kein anderes Verhältniß, als das *freyer und unabhängiger Völker* zu einander, nur daß er durch den Staatsverband gezwungen ist, sein Recht gegen andere Mitstände vor dem competenten Richter zu suchen, und an allem, was das ganze Reich betrifft, Antheil zu nehmen **).

*) Pütter *Erörterungen und Beyspiele des teutschen Staats- und Fürstenrechts*. Heft I. S. I. und desselben *Beyträge zum teutschen Staats- und Fürstenrecht*. I. 17.

**) Pütter a. a. O. I. 186,

4 Diese einschränkenden Bedingnisse abgerechnet, hat also jeder teutscher Staat das-
 selbe Recht, welche ein anderes nicht zu die-
 sem Völkerstaate gehöriges unabhängiges Volk
 hat. Gegen jedes Reichsmitglied ist der-
 selbe völlig in dem nämlichen Verhältnisse,
 wie jedes freye Volk zu einem andern:
 Veränderung der Verfassung in demselben
 ist Unterjochung und den Grundsätzen des
 Völkerrechtes zuwider, nur mit dem Unter-
 schiede, daß ein von einer auswärt-
 igen Macht unterjochter teutscher
 Staat es zum Theile selbst auf seine
 eigene Rechnung zu schreiben hat,
 daß er nicht mit jenem in ein le-
 gales Verhältniß getreten ist, und
 seine Rechtslosigkeit, welche nichts
 anders als Krieg veranlassen konn-
 te, aufgegeben hat, ein von dem
 Reiche aber oder einem Stande des-
 selben unterjochter Mitstand über
 wahre Verletzung der Gerechtig-
 keit klagen kann, weil es hier ein-
 en Richterstuhl gab, vor welchem
 die

die Sache nach Recht und Gerechtigkeit hätte entschieden werden können. In dem *ersten* Falle war nicht Ungerechtigkeit, obgleich auch nicht Gerechtigkeit vorhanden; denn es gab keine Gesetzgebung, und es läßt sich nicht sagen, daß dem, der in einem Kriege den Kürzern ziehet, Unrecht geschehe, weil er selbst den Krieg dem Rechte vorziehet, und folglich mit ihm, wenn er dem Uebergewichte unterliegt, ganz consequent verfahren wird: bey einer Unterjochung eines Reichsstandes durch den andern aber ist die auffallendste Ungerechtigkeit vorhanden, weil es hier eine Gesetzgebung, und folglich ein Recht gibt, nach keiner Gesetzgebung aber die Unterjochung als rechtsgültig anerkannt werden kann. Was das *erste* betrifft, so wird in dem Gange der Natur es endlich dahin kommen, daß die Völker, um sich nicht aufzureiben, in ein rechtliches Verhältniß zusammen treten, wenn nur vorher dem Rechtsbegriffe gemäß die innere Verfassung der Staaten durch eine *allmähliche Metamor-*

mor-

morphose nach jener aus der Idee eines ursprünglichen Vertrages hervor gehenden wird eingerichtet seyn: — was aber das *Letztere* betrifft, so wird auf irgend eine Art die Natur das Gleichgewicht wieder herstellen, und es endlich, was man ihr auch zuwider machet, dahin bringen, daß jede durch Gewalt verübte Ungerechtigkeit in ihren Folgen sich selbst zernichte,

§. III.

I. Nach dieser Vorbereitung gehen wir nun zu der Sache selbst über, und beschäftigen uns damit, unsere Frage etwas näher zu betrachten. Zuvörderst ist sogleich klar, daß, wenn von einem *Friedensschlusse*, nicht von einem *Waffenstillstande*, die Rede seyn soll, die Basis desselben keine andere als das *allgemeine Völkerrecht* seyn, und daher alles, was jenem zuwider läuft, in den Friedens-Tractaten keinen Platz haben, noch weniger aber als Grundlage derselben angesehen werden könne. Demnach wird uns also das im ersten Hauptstücke vorangeschickte Völker-

er-

erreicht den einzig möglichen und besten Maßstab bey unserer Untersuchung gewähren, und wir werden uns daher auf keine andere, von was immer hergenommene, Gründe einzulassen haben. Unser Resultat muß demnach kein kategorisches, sondern ein bedingtes seyn, das heißt, wir werden nicht eine absolut geltende Imperative aufstellen, sondern wir können nur festsetzen, *dass, wenn ein dauernder, nicht bloß auf Unterbrechung, sondern auf gänzliche Beendigung der Feindseligkeiten abzielender Friede gestiftet werden soll, dieß oder jenes bestimmt und ausgemacht werden müsse, ein und das andere aber kein Friedens-Artikel seyn könne.*

2. Dem obigen Systeme des Völkerrechtes gemäß werden daher die Sätze unserer Untersuchung in folgender Ordnung stehen. *Erstens*, alle Gründe, welche etwa von der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit des geführten Krieges hergenommen werden könnten, so wie alle Ansprüche auf
irg-

irgend etwas, welche sich auf jene Gründe stützen, können in den Tractaten auf keine Art mit eingeflochten werden. Es kann von keiner Seite, weder von der *fränkischen Republik* noch von dem *teutschen Reiche* die Forderung von was immer einer Entschädigung gemacht, oder eine Wiederherstellung des vor dem Kriege bestandenen Verhältnisses in Rücksicht der Grenzen oder Gerechtsamen u. s. w. verlangt werden. Alle Gründe, worauf sich das teutsche Reich in seiner *Instruction für die zum Friedens-Congresse ernannte Reichs-Deputation* wegen der *Gerechtigkeit* des geführten Krieges beziehet, sind nur bloß scheinbar, und setzen immer voraus, was nirgends existirt, nämlich einen Richter zwischen Frankreich und dem teutschen Reiche. Gerechtigkeit eines Krieges ist immer die sonderbarste Paarung von Widersprüchen, welche sich aller Deductionen ungeachtet nie bey einander vertragen können. Denn wenn das eine (Gerechtigkeit nämlich) offenbar Gesetze, welche sich nur durch Vernunft und
folg-

folglich *Freyheit* denken lassen , voraus
setzet; so will das andere (Krieg) alles durch
Gewalt und *Zwang* bewirken , die sich nir-
gends rechtfertigen lassen , als wo sie von
einer äußeren Gesetzgebung dirigirt werden,
welche gleichwohl dem eigenen Geständ-
nisse der Völker gemäß nirgends unter ihn-
en bestehen soll , so dafs also der Ausdruck
„ein gerechter Krieg“ einen Richter und
Gesetze verlangt , und zugleich verwirft,
die Völker als abhängig , und doch keiner
Obrigkeit unterworfen voraus setzet , und
folglich mit einem *viereckigen Zirkel* nebst
mancher andern Aehnlichkeit auch noch die
hat , dafs sich daraus beweisen läßt , was
man will , und von zwey einander wider-
sprechenden Parteyen offenbar jede Recht
behält. Das Beziehen auf einen vorher ge-
gangenen Vertrag kann nicht als ein Rechts-
grund dienen; denn es bleibt beyden Par-
teyen nach wie vor das gerechte Mißtrau-
en , ob auch der Vertrag werde gehalten
werden , der so lange unsicher und ohne
Wirkung ist , als keine gesetzgebende Macht
ihn

ihn sichert, so wie sich denn nicht einsehen läßt, was mich zur Haltung eines Vertrages verbinden soll, wenn es nicht die Gewissheit ist, daß auch der mit mir Contrahirende denselben zum Gesetze sich machen werde, die doch außer einem Völkerrechte, welches auf der Erde nicht anzutreffen ist, nirgends sich darstellen läßt. „Daß ein Volk saget: es soll unter uns kein Krieg seyn; denn wir wollen uns in einen Staat formiren, d. i. uns selbst eine oberste gesetzgebende, regierende und richtende Gewalt setzen, die unsere Streitigkeiten friedlich ausgleicht — das läßt sich verstehen. — — Wenn aber dieser Staat saget: es soll zwischen mir und andern Staaten kein Krieg seyn, obgleich ich keine oberste gesetzgebende Gewalt erkenne, die mir mein und der ich ihr Recht sichere; so ist es gar nicht zu verstehen, worauf ich denn das Vertrauen zu meinem Rechte gründen soll.“ *)

3. Zweyt-

*) Kant. a. a. O. S. 32.]

3. *Zweytens.* In den Friedens-Tractaten kann nur das Verhältniß des *teutschen Reiches* zu der Fränkischen Republik bestimmt und festgesetzt werden, nicht das der Stände desselben zu einander. Denn sollte dieß Letztere unter Frankreichs Autorität geschehen; so würde das offenbar eine *Französische Hoheit* anerkennen heißen, und das Verhältniß zwischen Teutschland und Frankreich hörte auf, das *freyer Nationen zu einander* zu seyn, und ginge in das Verhältniß der Untergebenen zu ihrem Oberhaupte über. Ausser dem aber läßt sich nicht begreifen, wie mit Hintansetzung der Gesetzgebung etwas vor die Friedensgesandtschaft als einen Richterstuhl könne gebracht werden, was nirgends, als vor dem constitutionsmäßigen Richter und nach Reichs-Grundgesetzen entschieden werden kann und darf. Alle dergleichen Unternehmungen von Seite der Reichs-Deputation wären die strafbarste Verletzung ihrer Vollmachten, indem die Deputirten, wie man wohl nicht läugnen kann, bey dem Friedensgeschäfte nicht als

Fürsten und Regenten ihrer Länder, sondern als wahre Beamte des Reiches erscheinen, und daher, wie das auch schon die Natur der Sache mit sich bringet, die *Angelegenheiten des Reiches*, die keine andere, als äußere Verhältnisse betreffende seyn können, *nicht ihre Privat-Angelegenheiten*, welche in Rücksicht des Reiches innere sind, zu verhandeln verbunden sind, wenn man nicht die Verbindung der Glieder des Reiches als eine bloße nichts bedeutende Formel betrachten will, welche man zwar, wo sie Vorthail bringen kann, anerkennt, ohne sich aber übrigens von ihr hindern zu lassen, auch auf ihre Kosten sich mächtiger und gefürchteter zu machen. Was aber die Particular - Gesandten anderer nicht deputirten Stände *) betrifft; so können die-

*) Kaiser *Leopold II. Wahl-Capitulation* art. 4. §. 11. „Jedoch soll den Kurfürsten, Fürsten und Ständen andurch unbenommen seyn, wegen ihrer besonderen in die Friedenshandlung Einfluß habenden Angelegenheiten ihre eigenen Gesandten zu schicken, welche alsdann bey den Tractaten ohne Widerrede oder sonstige Hindernisse zuzulassen wären.“

dieselben eben so wenig weder mit der Reichs-Deputation noch mit den Französischen Gesandten über Abänderungen der Reichsverfassung, die durch Veränderung des Verhältnisses der Stände zu einander nothwendig entstehen müßten, Verhandlungen anstellen, und sich über irgend etwas mit denselben vergleichen, weil das offenbar sich eine Gewalt über das Reich, welches doch das Oberhaupt der einzelnen Stände seyn soll, anmassen hiesse, was als Hochverrath zu betrachten und zu bestrafen wäre. Auch die allgemeine Reichsversammlung ziele in der oben schon angeführten Instruction der Friedens-Deputation darauf mit den Worten: „und heget man ohnehin die Zuversicht, daß auch die Vollmachten selbst so eingerichtet seyn werden, daß daraus so wohl, als aus dem übrigen Benehmen derselben die Verbindung ihrer Principalen mit Kaiserl. Majestät und dem Reiche erkannt werden möge.“ Die Reichsgrundgesetze *)

er-

*) I. P. O. art. VIII. §. 2. „Cum primis vero jus faciendi inter se et cum exteris foedera, pro

erlauben auch überhaupt den Reichsständen Bündnisse und Unterhandlungen nur unter dieser einschränkenden Bedingung, welche aus dem Begriffe eines Staates ohnehin schon hervor gehet.

4. *Drittens.* Die Bestimmung der Grenzen zwischen dem teutschen Reiche und der Fränkischen Republik ist auch nur als eine Be-

pro sua cujusque conservatione et securitate, si gulis Statibus perpetuo liberum esto, ita tamen, ne ejusmodi foedera sint contra imperatorem et imperium, pacemque ejus publicam et hanc imprimis transactionem, fiantque salvo per omnia juramento, quo quisque imperatori et imperio obstrictus est — — Wie auch Project der perpetuirlichen Wahl-Capitulation art. 6. §. 4. „So viel die Stände des Reiches belanget, soll denselben allen und jeden das Recht, Bündnisse unter sich und mit auswärtigen zu ihrer Sicherheit und Wohlfahrt zu machen dergestalt frey bleiben, daß solche Bündnisse nicht wider uns den regierenden Römischen Kaiser und das Reich, und wider den allgemeinen Landfrieden, auch Münster- und Osnabrückischen Friedensschluss seyen, und daß dieß alles nach Laut desselben und unverletzt des Eides geschehe, womit ein jeder Stand dem regierenden Römischen Kaiser und dem heil. Römischen Reiche verwandt ist. — Killing, d. Ganerb, disc. 15.

Bestimmung der *Reichsgrenzen* zu betrachten, und es kann von ihr keinesweges die Grenzbestimmung zwischen einzelnen Ständen des Reiches festgesetzt werden. Die Formel des Reichsverbandes kann nämlich nur folgende seyn: *Alle in diesem Bezirke liegende Staaten, die ihre bestimmten Grenzen bereits haben, sollen einer einzigen Gesetzgebung und einem Oberhaupte unterworfen seyn*; und alle Verhandlungen über die Grenzen, die das Reich eingetret mit auswärtigen Mächten, können dem zu Folge keinen andern Inhalt haben, als: *Dieser oder jener Staat oder Theil eines States soll in Zukunft nicht mehr unter unserer Gesetzgebung stehen, dieser oder jener aber dazugehören*. Dabey bleibt die Grenze aller übrigen Stände unverrückt; denn das Geschehene war nichts, als das *Austreten eines Staatsbürgers aus dem Staate*, wodurch aber die *Verbindlichkeit aller übrigen, die Rechte Aller zu*
re-

respectiren, nicht aufgehoben werden kann. Dafs etwa ein Fürst dadurch ein engeres Gebieth bekommt, thut nichts zur Sache; denn mit ihm verhält es sich eben so, wie mit dem ganzen Reiche: er hat dadurch keinen Verlust gelitten, und es ist ihm defshalb Niemand zu etwas verbunden, wie weiter unten gezeigt werden wird.

§. IV.

I. Diese Sätze nun werden bey unserer ganzen Abhandlung als Grundlage uns dienen, und auf sie werden wir jede Behauptung als auf ihren letzten Grund zu stützen haben. Die Antwort also auf die zu löfende Frage lautet jetzt so:

Wenn die Säcularisation sich auf keine von der Recht- oder Unrechtmäßigkeit des geführten Krieges hergenommene Gründe stützt, — durch sie nicht die innere Verfassung des Reiches oder einzelner Staaten desselben abgeändert, — und die Reichsgrenze

*grenze in eine Grenzbestimmung
teutscher Staaten unter einander
verwandelt wird; so kann sie als
Basis des Friedens dienen.*

Wir haben also in der Folge nichts weiter zu thun, als daß wir die Säkularisation in Vergleichung mit unseren Prämissen bringen, und deshalb haben wir zuvörderst den *Begriff der Säkularisation* auf das genaueste zu bestimmen und festzusetzen. —

Was die *etymologische* Bedeutung des Wortes *Säkularisation* betrifft; so ist dieselbe mit der Bedeutung des Wortes *Verzeitlichung* (so neu dieses auch seyn mag) einerley. *Geistlich* nannte man nämlich von je her alles das, was nur auf die *Seele* und deren *Unsterblichkeit*, auf *Gott* und *Religion*, also auf einen in einer unabsehbaren Zeit fortwährenden Zweck abzielte, weshalb man denn mit diesem Worte immer auch den Begriff und Sinn von *ewig* verband, und es im Gegensatze mit den Worten *zeitlich* (*temporalis*, *saecularis*) gebrauchte, indem man statt des Wortes *tempus* figürlich *saeculum* setz-

setzte. Man nannte daher alles, was nicht geradezu auf Religion und Ewigkeit abzweckte, *zeitlich*, und es entstand daher eine Abtheilung von Sachen und Personen in *geistliche* oder auch wohl *kirchliche*, und *zeitliche* oder *weltliche*. Es gab jetzt geistliche Güter (*bona ecclesiastica*) im Gegensatze mit weltlichen oder zeitlichen (*bona laicorum, saecularia*), deren Unterschied darin bestand, daß jene zur Erhaltung der Kirchen und Kirchendiener, der Bischöfe und ihrer untergeordneten Geistlichkeit, kurz überhaupt zu *äußeren* Religions-Gebrauchen verwendet wurden, diese aber dem Gebrauche des Eigenthümers zu was immer für Zwecken überlassen blieben. Daher kam es denn, daß, da jene zu immer fortwährendem Gebrauche bestimmten Güter gleichsam *ewig* ihren Eigenthümer nicht änderten, obgleich sie von Besitzer zu Besitzer übergingen, man das Eigenthum derselben Gott und der Kirche zuschrieb, und es als eine Art von Gottesraub betrachtete, etwas davon in andere Hände zu geben, und dadurch jenen ewig-

ewigen Zweck (zur Erhaltung der Kirchen und der Geistlichkeit zu dienen) in einen zeitlichen zu verwandeln *). Eben so entstand-

*) Ein Irrthum, welcher sich durch alle Zeiten zum Theile bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Schon der heilige Bonifacius beklaget sich in einem Briefe an den Papst Zacharias über die Verkürzung der geistlichen Güter: „*Modo maxima parte per civitates sedes episcopales traditae sunt laicis cupidis ad possidendum saeculariter ad perfruendum.*“ In der Synode (742) wurde gleich im Anfange beschlossen: „... statuimusque per annos singulos synodum congregari, ut nobis praesentibus canonum decreta *et ecclesiae jura restaurentur*, et religio christiana emendetur. *Et fraudatas pecunias ecclesiarum ecclesiis restituimus.*“ In der Synode (743) zu Liptin bey Cambray kommt die merkwürdige Stelle vor: Statuimus quoque cum consilio fervorum Dei et populi christiani, propter imminencia bella, et persecutiones ceterarum gentium, quae in circuitu nostro sunt, ut *sub precario et censu* aliquam partem ecclesialis pecuniae in adjutorium exercitus nostri *cum indulgentia Dei aliquanto tempore* retineamus. Synod. Liptin. Can. 2. Sieh Georgisch a. a. O. S. 491. Sehr viel trug hierzu die Meinung bey, daß man durch Schenkungen an die Geistlichkeit sein ewiges Heil befördern könne, weshalb schon Gregor von Tourlib, 6. cap. 20, ad a. 582. erzählt; Eo anno
Chro.

entstanden geistliche und weltliche *Personen* (*clerici* und *laici* oder *saeculares*), deren Unterschied hier nicht angegeben zu werd-

Chrodinus obiit, vir magnificae bonitatis et pietatis, eleemosynarius valde, pauperumque refector, *profluus ditator ecclesiarum, clericorumque nutritor*. Nam saepe a *novo* fundans villas, ponens vineas, aedificans domos, culturas erigens, vocatis episcopis, quorum erat parva facultas, dato epulo ipsas domos cum cultoribus et culturis, cum argento, peristromatibus, utensilibus, ministris et famulis benigne distribuebat, dicens: Sint haec ecclesiae data, ut, *dum de his pauperes reficiuntur, mihi veniam obtineant apud Deum*. Da sich in der Folge das Ansehen der Geistlichkeit immer mehr vermehrte, so fanden die Grundsätze derselben auch immer mehr Eingang, und es wurden häufige Gesetze gegen Veräußerungen der geistlichen Güter gegeben, z. B. im Concilium zu Antiochia im Jahre 341. can. 24. in der Kirchenversammlung zu Carthago (398) *Decret. Grat.* c. 39. C. XVII. q. 4. Can. 5. C. XII. q. 2. Karl der Große drückt sich hierüber aus: Novimus multa regna et reges eorum propterea cecidisse, quia ecclesias expoliaverunt, resque earum vastaverunt, abstulerunt, diripueruntque etc. *Capit. Carol. M.* Anno 803. Georgisch a. a. O. S. 798. Sieh Goldast *Constit. Imp.* Tom. III. p. 12. und v. Sartori *geistl. und weltl. Staatsrecht deutscher Stifter.* Kap.

werden brauchet, wie auch eine geistliche und zeitliche *Gerichtbarkeit*. Ueber die ersteren, die geistlichen Güter nämlich, erhob sich schon in den frühesten Zeiten eine Mißhälligkeit unter der Geistlichkeit und den Königen und übrigen Großen des Reiches, die, wo es immer geschehen konnte, sich jene zuzueignen, und das beständig durch Opfer und fromme Schenkungen sich mehrende Eigenthum der Kirchen zu verringern strebten. Die Geschichte aller Zeiten liefert uns dergleichen Beyspiele *), und es entstand-

Kap. 53. §. 1541. Die Päpste nahmen sich der bedrängten Geistlichkeit auch so sehr an, daß sie sogar mit Excommunication und Bann gegen die Kaiser verfahren, als gegen Heinrich den IV. und Friedrich den II. Wie weit dieser Grundsatz zur Zeit der westphälischen Friedensverhandlungen gediehen war, darüber s. Puffendorf de rebus Suecicis, §. 214.

*) Hierher gehöret nebst den oben angeführten unter andern auch noch die merkwürdige Stelle in Gregor von Tour. lib. 6. cap. 46. ad Annum 584: Nullum plus odio habens (nämlich der König Chilperich) quam ecclesias. Aiebat enim plerumque: Ecce pauper remansit fiscus noster, ecce di-

vi-

standen vorzüglich in den Zeiten des Faustrechtes darüber häufige Unruhen und Befehdungen. Die Gründe, deren man sich gegen diese übermäßige Bereicherung geistlicher Stifter bediente, und weshalb man die Zurückgabe derselben zu zeitlichen Zwecken (*Saecularisatio*) forderte, waren auch öfters von der Art, daß man mit Vernunft nichts dagegen aufbringen konnte, weshalb sich denn die Besitzer meistens mit *Privilegien* und *päpstlichen Breven und Bullen* zu helfen suchten. Man fand es nämlich durchgehends nicht gut, daß die Geistlichen durch Anhaufung von Reichthümern immer mächtiger wurden, und während dem Staate ein ansehnlicher Theil von Ländereyen entzogen wurde, welcher sich beständig in den Händen der Geistlichkeit befand, dieselben immer mehr von einer nach den Lehren der Religion eingerichteten Lebensart

vitiae nostrae ad ecclesias sunt translatae; nulli penitus nisi soli Episcopi regnant; periit honor noster, et translatus est ad episcopos civitatum. Haec aiens assidue testamenta, quae in ecclesias conscripta erant, plerumque dirupit.

art abwichen *). Man drang defswegen häufig auf die Säcularifation, jedoch nur in dem Sinne, wie dieses Wort oben gebraucht wurde,

*) Man fehe unter andern Chron. Urfpergense. Otto Frising. und andere über das Jahr 1111. Goldast a. a. O. Tom I. p. 170. Baron. Annal. Tom. XII. ad A. 1110. Merkwürdig ist auch, was Kant M. A. d. R. L. S. 184. sagt: „Keine Corporation im Staate, keinen Stand und Orden kann es geben, der als Eigenthümer den Boden zur alleinigen Benutzung den folgenden Generationen (ins Unendliche) nach Statuten überliefern könne. Der Staat kann sie zu aller Zeit aufheben, nur unter der Bedingung, die Ueberlebenden zu entschädigen. Der Ritterorden (als Corporation, oder auch bloß Rang einzelner vorzüglich beehrter Personen), der Orden der Geistlichkeit, die Kirche genannt, können nie durch diese Vorrechte, womit sie begünstiget werden, ein auf Nachfolger übertragbares Eigenthum am Boden, sondern nur die einstweilige Benutzung desselben erwerben. Die Comthureyen auf einer, die Kirchengüter auf der andern Seite können, *wenn die öffentliche Meinung wegen der Mittel, durch die Kriegsehre den Staat wider die Lausigkeit in Vertheidigung desselben zu schützen, oder die Menschen in denselben durch Seelmessen, Gebethe und eine Menge zu bestellender Seelsorger, um sie vor dem ewigen Feuer zu verwahren, anzutreiben aufhört*.

wurde, welches aber nicht die Bedeutung ist; in welcher wir es hier anwenden werden.

2. Theils aus Frömmigkeit, Theils ihres eigenen Vorthails wegen vermehrten indeß- en die Kaiser das Ansehen der Geistlichkeit immer mehr und mehr, und ihre geistliche Gerichtbarkeit, welche sie Anfangs unter Aufsicht der Kaiser *) führten, wurde nach und nach nicht nur unabhängig, sondern sie erhielten auch durch häufige Privilegien und Immu-

bört hat, ohne Bedenken (doch unter der vorgenannten Bedingung) aufgehoben werden. Die, so hier in die Reform fallen, können nicht klagen, daß ihnen ihr Eigenthum genommen werde; *denn der Grund ihres bisherigen Besitzes lag nur in der Volksmeinung*, und mußte auch, so lange diese fortwährte, gelten. So bald aber diese erlosch, und zwar auch nur in dem Urtheile derjenigen, welche auf Leitung desselben durch ihr Verdienst den größten Anspruch haben, so mußte, gleichsam als durch eine Appellation an den Staat (*a rege male informato ad regem melius informandum*) das vermeinte Eigenthum aufhören.

*) Pütter historische Entwickl. der heutigen Staatsverfassung d. T. R. Th. I. S. 47. u. 72.

Immunitäten die weltliche Gerichtbarkeit.*) Es wurden denselben Herzogthümer und Graffschaften übertragen, und dadurch zwar auf der einen Seite der Haß der weltlichen Fürsten gegen die Geistlichkeit immer mehr angefacht, aber auch das Ansehen derselben, zumahl da die Kaiser immer mehr in das Interesse derselben verwickelt wurden, befestiget, und ihre Macht vergrößert. Endlich mit Einführung der Landeshoheit wurden die Bischöfe und Erzbischöfe wahre Herren

*) Zum Beyspiele dienet Constit. Chlotarii anno 560.: „Si iudex aliquem injuste damnaverit, in nostri absentia *ab episcopis* castigetur, ut quod perperam judicavit, melius emendare procuret. Ludwig der Fromme biethet in den Capitularien ad A. 823. den Bischöfen seine Hülfe an, ut, wie er sich ausdrücket, nostro auxilio suffulti; quod vestra auctoritas exposcit, *famulante*, ut decet, potestate nostra perficere valeatis. Aehnliche Verordnungen hatte schon vorher Karl der Große gemacht. Sieh Georgisch a. a. O. S. 515. u. 1585. Aehnlicher Ausdrücke bedienet sich selbst Friederich II. in *Constitutione de juribus Principum eccles.* a. 1220. §. 7. und §. 9. Sieh auch hierüber Lehmann Chronicon Spirense c. 39. Struv Syntagma jur. publ. c. 18. §. 10. II.

en ihrer Länder, und es entstand eine ganz eigene Art von *Constitution* in manchen Staaten von Teutschland, welche sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Vermöge dieser Constitution ist die Person des Bischofes und die des Fürsten eine und dieselbe: und da die Stelle eines Bischofes nicht erblich seyn kann, sondern vielmehr nach den canonischen Gesetzen erlangt werden muß; so ist jeder *geistlicher Staat ein Wahlstaat, in welchem der Regent von den Domcapitularen auf irgend eine von den Canonen erlaubte Weise*) erwählt, von dem Kaiser investirt, von dem Papste approbirt wird.**)* Ein solcher Fürst, welcher, um

*) Es war hier außer unserer Absicht, diese Materie von den verschiedenen Arten, zum bischöflichen Stuhle zu gelangen, als durch Election und die verschiedenen Weisen derselben, oder Postulation, zu entichöpfen. Sieh hierüber Neller Diff. de S. Electionis processu. Thesau. I. E. Tom. II. p. 697. und desselben *Dissert. collect. methodic. S. S. can. de postulat. §. I.* ebenfalls im Thesaur. I. E. Tom. II. p. 733.

**) Sartori a. a. O. §. 695.

um als Bischof erwählt werden zu können, ein Alter von 30 Jahren, *Gelehrtheit* und *Wissenschaft*, *Tadellosigkeit in Sitten* so wohl als *Religion* besitzen, bey seiner Wahl weder durch *Bestechungen* noch auf irgend eine Art mitwirken, und durch ein *musterhaftes Leben* sich auszeichnen soll, heist ein *geistlicher Fürst*, und der Staat, welchen er regieret, ein geistlicher Staat.*) Aus diesem Begriffe eines geistlichen Staates nun läst sich jetzt bestimmen, was Säkularisation sey. Ein Staat heisset ein weltlicher im Gegenfatze mit einem geistlichen, wenn sein Beherrscher zur Regierung nicht auf die oben beschriebene Weise, sondern entweder als *Erbe* der Regierung, oder auch durch Wahl, jedoch nicht nach canonischen Gesetzen gelanget, folglich mit der fürstlichen

en

*) Ein Bischof, wie ihn das *Tridentinische Concilium* Sess. 22. c. 2. de reform. und Sess. 25. c. 1. et 17. de reform. liefert, ist wirklich ehrwürdig und geschickt, einen Fürstenstuhl mit Würde zu behaupten. Sieh auch C. 27. et 33. etc. *de sim.* C. 43. etc. *de Elect.* C. 15. caus. 8. q. 1. C. 19. dist. 63.

en Würde die eines Bischofes nicht verbindet. Ein *Land säcularisiren* kann daher nichts anders bedeuten, *als seine Constitution, vermöge der sein Regent auf die oben beschriebene Weise erwählt wird, dahin abändern, daß die Regierung in Zukunft entweder erblich, oder doch auf eine andere Art übertragen werde.* So fern also eine Säcularisation in Teutschland und zu Gunsten eines teutschen Fürsten vorgehen sollte, möchte wohl immer der erstere Fall, nämlich Verwandlung eines Wahlstaates in einen Erbstaat Statt finden.

3. In diesem Sinne wurde im westphälischen Frieden das Erzstift *Bremen* und *Magdeburg*, die Stifter *Brandenburg*, *Halberstadt*, *Havelberg*, *Merseburg*, *Minden*, *Naumburg*, *Camin*, *Meissen*, *Ratzeburg*, *Verden*, u. a. säcularisirt, indem diese Stifter zum Theile an das Churhaus *Brandenburg* (wie z. B. *Magdeburg*, *Brandenburg*, *Halberstadt*, *Minden*, u. a.) zum Theile

Theile an die Krone *Schweden* (*Bremen* und *Verden*), an das Churhaus *Sachsen* (*Naumburg*, *Merseburg*, *Meißen*), an *Mecklenburg* (*Ratzeburg* und *Schwerin*), an *Hessenkassel* u. f. w. kamen, und folglich überall die Constitution eines Wahlstaates in die eines Erbstaates verwandelt wurde, obgleich nicht immer auf einerley Art. — Wie sehr aber dieser *Begriff von Sâcularisation* verschieden sey von dem weiter oben angegebenen, bedarf kaum der Erinnerung. Es ist nämlich hier nicht die Rede von dem *Rechte eines constituirten Fürsten*, Kirchengüter in weltliche Güter zu verwandeln, sondern von dem *Rechte eines Volkes*, sich durch seine eigene Willkür einen Regenten zu geben, und die Art, wie das Recht zu herrschen erworben werden soll, festzusetzen. Es wird hier nicht untersucht, in wie fern die kirchliche Gewalt die weltliche einschränke, und was der Regent für Rechte gegen geistliche Corporationen habe, sondern ob das Recht eines Volkes, seine Selbstständigkeit und Freyheit durch seine eigene Constitution

und

und seinen eigenen Repräsentanten auszu-
drücken, auf irgend eine Art eingeschränkt
werden könne. Bey jener Untersuchung sind
die Gründe allerdings aus dem Staatsrechte,
aus dem Geiste der Religion u.f.w. herzuhol-
en; hier erscheint der Bischof als etwas bloß
Zufälliges, und die Rede ist nur von dem
Fürsten und seinem Volke, nicht im Verhält-
nisse zu einander, sondern in Beziehung auf
auswärtige Nationen und Staaten, weshalb
denn nur das *Völkerrecht* eine Norm geben
kann. Bey der Verwechslung dieser beyden
Ansichten und Begriffe von Sacularisation
muß nothwendig die Sache schief beurtheilt
und dargestellt werden.*) Allein die Säcu-
larisation

*) Sieh die oben angeführte Stelle aus Kant
M. A. d. R. L. Ein solches Eigenthum der
Kirche läßt sich nicht vertheidigen, man mag
auch das elbe als ein Eigenthum Gottes
(Sieh Zallwein Principia I. E. Tom. III.
q. 2. c. 5. §. 11.) oder der Kirche als eines
Collegiums betrachten. Natalis Alexan-
dri hist. eccles. sec. 15. Diff. 9. art. 6.
N. 13. Es sind zwar verschiedene Verord-
nungen über das Eigenthum der Kirchen vor-
handen, und es ist keinem Zweifel ausgesetzt,
daß die, welche Schenkungen an die Kirchen
machten, ihr dieselben *eigenthümlich* zu über-

larification in dem Sinne, wie sie hier vorkommt, hat mit allen den Gründen, welche sich

lassen gefonnen waren, wovon Baluzius, Lindenbrogg, Mabillon, u. a. häufige Beyspiele liefern, und welches beyde noch durch manche andere geschichtliche Urkunden bewährt wird. So saget Karl der Große: Quia Christum et ecclesiam unam personam esse veraciter agnoscimus, quaecunque ecclesiae sunt, Christi sunt, et quae ecclesiae offeruntur, Christo offeruntur, *et quae ab ecclesia ejus tolluntur, procul dubio Christo tolluntur.* Capit. lib. 6. In dem Gesetze der Bajuvarier kommt Tit. I. c. I. die Stelle vor: „Siquis liber dederit res suas ad ecclesiam *pro redemptione animae suae*, licentiam habeat. Nullus eum prohibeat, non Rex, non Dux, etc.“ und weiter unten, „et posthaec nullam habeat potestatem quidquam auferre *sed apud Episcopum defendatur res ecclesiae, quidquid a Christianis ad ecclesiam ei datum fuerit.* Georgisch a. a. O. S. 255. Allein mit allen dem ist doch das Recht des Staates, dergleichen aus einer irrigen Volksmeinung gegen das Recht entsprungene Institute aufzuheben, noch nicht widerlegt. Dafs auch hierbey der Staat sich einer gewissen Mäßigung bedienen, und nicht auf einmahl die doch gewisser Massen mit der Einrichtung desselben zusammenhängenden Institute zernichten dürfe, folget von sich selbst. S. Ludwig Behlen Diff. *de causis saecularisat.* Thes. I. E. Tom. V. pag. 84.

sich für die Einziehung der Kirchengüter anführen lassen, gar nichts zu thun. Es könnte ein geistlicher Staat bestehen, auch wenn alle Kirchengüter eingezogen wären, weil ein Bischof doch immer von den Lehren der Katholiken unzertrennlich bleibt, und daher als eine *nothwendige* Person gewählt, und ihm nebst der bischöflichen auch die fürstliche Gewalt übertragen werden könnte. Indessen mag die Vermischung dieser beyden Begriffe und die von den ersten Zeiten an bestehende Schelfucht gegen den Reichthum der Geistlichkeit ein Grund mit seyn, warum die geistlichen Fürsten von Teutschland fast immer in der Meinung eines grossen Theiles der teutschen Nation als etwas Verhafstes erschienen, und die Säkularisation der fürstlichen Stifter etwas stäts Erwünschtes und Erwartetes war. Allein in unserem Falle haben wir nicht auf die geistliche oder weltliche Würde des Fürsten zu sehen, auf welche es eigentlich bey unserer ganzen Abhandlung nicht ankommt, sondern die Frage ist nur überhaupt, *ob ein teutscher Staat*

Staat an den andern zur Schadloshaltung für das im Kriege Verlorne im Frieden abgetreten werden könne. Denn die geistlichen Fürsten sind den weltlichen als *Reichsstände* vollkommen gleich, (Sieh oben §. 2. Abs. 2.) und es läßt sich kein Grund angeben, warum der geistliche Fürst zu etwas mehr verbunden seyn soll, als der weltliche.

§. V.

1. Wir können also füglich die ganze Materie in dieser Allgemeinheit abhandeln, und die oben geforderte Vergleichung mit den Grundsätzen des Völkerrechtes anstellen.

Zuvörderst haben wir zu untersuchen: *ob ein Reichsstand nach einem Kriege mit einer auswärtigen Nation den Verlust, welchen derselbe im Frieden erlitten hat, dem Reiche anrechnen, und deßhalb auf Entschädigung antragen könne.*

Aus dem, was im ersten Hauptstücke gesagt worden, ist ohne weiteres deutlich, dafs

daß solches den Grundsätzen des allgemeinen Völkerrechtes widerspreche. Jeder Anspruch auf Vergütung eines Schadens setzt den Beweis voraus, daß man einen solchen Schaden ungerechter Weise erlitten habe; denn der Verlust, welcher aus meiner eigenen Schuld entspringet, ist als Folge meiner eigenen Handlung nur mir zuzurechnen, (*Damnum, quod quis sua culpa sentit, non sentire videtur,*) und es stehet mir daraus nie eine Forderung an einen Dritten zu. Es ist also jede Compensations-Forderung ein Anspruch, welcher nur *vor einem Richter* ausgetragen werden, und folglich im Völkerrechte nie Statt haben kann. Der letzte Grund, auf welchem hier alles beruhet, ist die *Gerechtigkeit des geführten Krieges*, die aber nichts weiter als eine sich selbst widersprechende Chimäre ist, und die, „obgleich man sich heimlich als Grund einer Forderung solche denken kann, doch nie laut werden darf.“ *) Es ist in jeder solchen Forderung eine andere enthalten, des

In-

*) Kant a. a. O. S. 224.

Inhaltes: *Da wir jetzt mit einander Frieden schließen; so verbinde dich sofort mit mir, daß ich auf einer andern Seite wieder erlange, was ich gegen dich verloren habe: und da eine solche Forderung mit den Rechten anderer Völker unmöglich bestehen kann; so müßte, wenn eine solche Maxime allgemein und öffentlich bekannt würde*), immer gegen jeden Friedensschluss sich jede andere Macht, auf welche es etwa angesehen seyn könnte, als gegen eine Feindseligkeit rüsten, und es würde durch solche nicht nur alles Recht zugleich mit dem Frieden für immer aufgehoben, sondern auch eine solche Absicht durch sich selbst zernichtet. Daß ein kleinerer Staat sich einer größeren Macht etwa nicht entgegen setzen könne, und folglich eine solche Maxime, wenn sie nur staatsklug ausgeführt wird, nicht nothwendig einen Krieg verursache, kann unmöglich als Rechtsgrund dienen, weil jeder kleiner Staat, um vor der Unterjochung sicher zu seyn,*

*) Kant ph. E. z. e. F. S. 81.

seyn, dadurch genöthiget würde, an seine noch schwächeren Nachbarn zu greifen, und, durch einen solchen Zuwachs gestärkt, es etwa mit grösseren versuchen müßte, wodurch denn ein Völkerrecht entstünde, welches sich auf ein Princip der Gewalt gründete, und folglich mit der Vernunft nicht bestehen könnte.

2. Hieraus folget also unwidersprechlich, daß an Frankreich von keinem Reichsstande eine Compensations-Forderung könne gemacht werden, weil gerade eine solche Forderung den geführten Krieg auf Seite Frankreichs als ungerecht erkläret, und folglich eine neue mit dem Grundsätze der Unabhängigkeit der französischen Nation von der teutschen nicht verträgliche Beleidigung wäre, womit denn zugleich zur Genüge erwiesen ist, daß im Frieden hierüber nichts unterhandelt werden könne.

Aber unentschieden ist es noch hierdurch, ob nicht das teutsche Reich selbst verbunden sey, einen solchen Schaden zu vergüten, ohne daß gerade eine Compensations-Forderung

erung an Frankreich ergehe. Dafs zwar diese Verbindlichkeit nicht im *Friedensschlusse* festgesetzt werden könne, ist aus dem Obigen klar: allein wegen des Zusammenhanges beyder Fragen könnte man doch auch die Auflösung dieser zweyten erwarten, obgleich sie nicht zu unserer Absicht gehöret, welche nur auf den *Friedenschluß* gehet. Das Reich ist so, wie jeder Staat, eine Gesellschaft zu dem Zwecke, dafs jedem Mitgliede sein Eigenthum gesichert werde, und es mufs daher jedem Mitstande den Schaden, welchen er als *Reichs-Mitglied* erleidet, abnehmen, und gleich unter Alle vertheilen. „Das Individuum *) stirbt als Individuum ab, und lebet blofs als Staatsbürger wieder auf. Wo der Staat handelt, und der *allgemeine Wille* sich äussert, da hört der *besondere Wille*, die Handlung des Individuums als *Individuums* auf, und es nimmt blofs als Mitglied der grossen Gesellschaft an der Handlung des

*) Sieh D. G. M. Weber's vortreffliche Abhandlung *über die Repartition der Kriegsschäden*. Würzburg in der Kölischen Buchhandlung. 1798. S. 74. §. 28.

des Staates leidenden und thätigen Antheil. Der Krieg ist die Handlung zwischen zwey solchen moralischen Personen, zwischen *Staat* und *Staat*. Der Krieg wird von dem einen Staate dem andern Staate angekündigt, und die Individuen nehmen an dem Kriege bloß in so fern leidenden und thätigen Antheil, als sie *Mitglieder des Staates* sind. Nicht die *Einzelnen*, sondern das *Ganze* muß daher auch die nothwendigen Folgen des Krieges, die Kriegschäden tragen. Das *Ganze* ist für die Folgen seiner Handlung verantwortlich: dem *Ganzen* und nicht dem *Einzelnen* wird der Schaden zugefügt." Hieraus scheint nun zu folgen, der Schaden oder Verlust an Land und Leuten, welchen ein Reichsstand im Kriege erleidet, müsse unter die einzelnen Stände vertheilet werden, und so jeder seinen Theil an dem Verluste tragen. Um nun diesen Grund genau zu betrachten, und zu widerlegen, müssen wir zuvörderst untersuchen, von was für einem Verluste denn die Rede sey, wenn der Grundsatz aufgestellt wird, der Staat müsse

müsse für den Verlust seiner Mitglieder haften. — Der Staat ist eine Vereinigung mehrerer Menschen unter eine äußere Gesetzgebung, welche sich auf die Principien der rechtlichen Freyheit, Gleichheit, und Unabhängigkeit gründet *). Es muß also in einem Staate Alles darauf berechnet werden, daß Jeder nur nach Gesetzen, also nur als freyes Wesen behandelt werden könne, und um ihm dafür die Gewähr zu leisten, muß von der Sicherheit jedes Einzelnen die Sicherheit Aller abhängig gemacht werden. Daher entstehet denn der Schutzvertrag, welcher in jedem Staatsvertrage enthalten ist **), und darauf abzwecket, Jedem das Seinige zu erhalten, und auf den Fall eines durch die Staatsverbindung und die daraus entspringenden Handlungen erlittenen Schadens denselben unter Alle gleich zu vertheilen. Der Schutzvertrag und die Verbindlichkeit zur Peräquation der Kriegsschäden gründet sich aber nur auf den Eigenthumsvertrag, welcher

*) S. o. Hauptst. I. §. I.

**) Fichte a. a. O. S. 8, u. folg.

welches wohl zu merken ist, und läßt keine weitere Interpretation zu. Der Staat wehret sich im Kriege gegen einen Feind, der einen Theil seines Gebiethes abzureißen drohet, bloß aus dem Grunde, weil durch eine solche Abreißung ein Theil seiner Mitbürger, welche er zu schützen verbunden ist, außer alle Rechtsverhältnisse gesetzt würde. Ist aber dessen ungeachtet ein Theil seines Gebiethes abgerissen, und will er sich nun mit dem Feinde über ein legales Verhältniß vergleichen; so kann nicht die Rede von einem Verluste seyn, als nur von dem, welchen die im Gebiete deselben zurück gebliebenen Staatsbürger erlitten haben durch Schmälerung ihres Eigenthumes. Die Verkürzung des Gebiethes und die Verringerung der Anzahl seiner Einwohner durch diese Verkürzung kann nicht als Verlust betrachtet werden; denn die unterjochten Staatsbürger waren nicht ein *Eigenthum* des Staates, sondern *Personen*, welche neben den anderen in ihrer alten Verfassung noch lebenden *frey* bestanden, nicht als Pertinenz-

nenzien derselben, welches sie nach Sachenrecht beurtheilen hiesse. Die im Staate noch übrig bleibenden Staatsbürger konnten nur überhaupt fordern, daß jeder neben ihnen existirende ihnen Gewähr ihres Eigenthumes durch ein legales Verhältniß zu ihnen leiste. Ein solches ist aber zweyfach, entweder das *staatsrechtliche*, oder das *völk-errechtliche*. Die Verwandlung des einen in das andere war freylich etwas, was hätte unterbleiben sollen, aber nicht ein Verlust, als welcher, wenn vom Rechte die Rede ist, nur *Aufhebung des Rechtes* seyn könnte, welches aber hier nicht gesagt werden kann.

Der Staat, dessen Gebieth geschmälert wurde, mag freylich dadurch an seiner Macht verloren haben, und seine Einkünfte mögen verkürzt worden seyn: aber auf das kann nicht Rücksicht genommen werden; denn es kann ja jeder Staat von dem andern verlangen, daß er mit ihm und anderen in ein legales Verhältniß, obgleich nicht unter eine Obrigkeit trete, *und wem das Recht sein Eigenthum sichert, der be-*

bedarf nicht der Gewalt. Was aber die Verringerung der Einkünfte betrifft, so *bleiben diese nach wie vor in einerley Verhältnisse zu den Bedürfnissen des Staates*, und das ist es eben, was die Vernunft fordert. Es ist also nicht einzusehen, was denn die Fürsten, welche die Eroberung eines Theils ihrer Länder durch den Feind als einen Schaden betrachten, Verlust nennen, wenn es nicht die *Verkürzung ihrer Tafelgelder, die Verengung ihres Jagdgebietes* und dergleichen gemeint ist, welche aber doch wohl nicht gegen die Rechte des Volkes, nur sich selbst Gesetze zu geben, und die ursprüngliche Freyheit der Menschen, welche man, um seine Casse vollzählig zu erhalten, aufopfert, in Anschlag gebracht werden kann!

Noch verabscheuungswürdiger aber ist der Anspruch eines Fürsten, der sein ganzes Land verloren hat, auf die Regierung eines anderen Landes, da hier absolut von dem verhassten Grundsätze ausgegangen wird: *daß das Volk eines Fürsten wegen, Millionen*

zum eines Einzelnen willen da seyen, welcher von je her das Unglück nicht nur einzelner regierender Familien, sondern ganzer Völker und Länder war. Der Regent nimmt sich hier von der Zahl der Staatsbürger gänzlich aus, und stellet sich als ein höheres Wesen hin, dessen Willkür die Rechte von Tausenden aufwiegt, und er erkläret also gerade dadurch, daß er nicht als der *Repräsentant seines Volkes*, sondern durch *seinen eigenen Willen*, durch eine ihm angeborne Qualität regieret habe.

Dies auf das teutsche Reich angewendet, so läßt sich ohne alles Weitere einsehen, daß kein Stand desselben wegen seines zum Theile verlorenen Gebiethes eine Entschädigung von dem Reiche verlangen könne, *weil er wirklich keinen Schaden erlitten hat*, noch weniger aber ein Regent, der sein ganzes Land einbüßte, in einem andern Lande die Regierung verlangen könne. Dadurch ist denn auch zugleich die Frage beantwortet, ob das Reichsoberhaupt einem Stande ein anderes Land zusprechen könne, wenn jen-

er einen Theil seines Gebiethes verloren hat; denn da sich kein Grund für die Rechtlichkeit einer solchen Forderung angeben läßt, so kann es auch keinen *gerechten* Richterpruch geben, der sie genehmigte. Ueberhaupt läßt sich auch nicht einsehen, was denn das Reichsoberhaupt berechtigen soll, eine solche Abänderung im teutschen Reichskörper zu treffen, indem dadurch die Wohlfahrt des Reiches, als welches weder an Land und Leuten, noch an Rechten gewinnt, nicht im geringsten befördert wird, wenn man nicht unter der Wohlfahrt des Reiches die Wohlfahrt *regierender Familien* verstehen, und also nach Art der *echten Politiker* Privat- Absichten durch erborgte Namen beschönigen will. „Es kann zwar, wie Fichte*) saget, allerdings *geborne Repräsentanten* geben, auch so, daß sie lediglich durch ihre Geburt wirklich die Repräsentation erhalten, wie der Erbprinz in jeder erblichen Monarchie“: aber, wie weiter unten gesagt wird, „alle diese Formen

werd-

*) Fichte a. a. O. B. I. S. 196.

werden rechtskräftig durch *das Gesetz, d. i. durch den ursprünglichen Willen der Gemeinde*, welche sich eine Constitution gibt." Dergleichen geborne Repräsentanten sind nicht etwa, auch vor Uebernehmung einer Regierung, oder nachdem sie dieselbe auf irgend eine Art verloren haben, besser als alle andere Staatsbürger, denen man eine Regierung auch mit Hintansetzung der Rechte des Volkes übertragen muß, sondern sie sind *geborne Unterthanen*, denen aber das Volk schon zum Voraus durch die Constitution den erledigten Fürstenthum zugesichert hat. *) Mit Erlöschung dieser Constitution, durch Hinwegnahme des Landes von dem Feinde oder auf eine andere Art, gehet der geborne Repräsentant (oder vielmehr der zum Repräsentanten Geborne) wied-

*) Es wird auch hierbey der Absicht des Staates auf eine andere Art zuwider gehandelt. Denn das Volk will doch gewiss, daß Jeder zu dem Amte, welches er bekleidet, tüchtig sey, „wozu aber auch erforderlich ist, daß Jeder vom niedrigeren Amte zu höheren (die sonst lauter Untauglichen in die Hände fallen würden) steigen könne. Kant a. a. O. S. 191.

wieder in den Privat-Stand zurück, und von jetzt an auf die Regierung irgend eines Volkes einen Anspruch machen wollen, ist immer die größte Lächerlichkeit, und ein Mißverständniß vielleicht von dem Satze, *dass alle Obrigkeit von Gott sey*, womit aber nicht gesagt seyn soll, dass es unter den Menschen gewisse zum Herrschen geborne Personen gebe, denen dieses Recht *von der Gottheit in der Geburt* mitgegeben worden sey, sondern, es soll damit nur eine *Idee* als Vernunft-Princip ausgesagt werden: *der jetzt bestehenden gesetzgebenden Gewalt zu gehorchen, ihr Ursprung mag seyn, welcher er wolle.**) Nun kann aber, obgleich Teutschland ein einziger, nämlich ein *Völkerstaat* ist, nicht gefordert werden, dass, was in der Constitution eines Staates in dem Reiche festgesetzt ist, auf die Constitution des andern Einfluss habe, und in demselben gleichfalls als Gesetz anerkannt werde. Die regierenden Familien von Teutschland gehören zwar
sämmt-

*) Kant M. A. d. R. L. S. 174.

sämmtlich zu dem hohen Reichsadel, und scheinen in so fern eine eigene Klasse von Staatsbürgern, welche zwischen dem Volke und Souverän mitten inne stehen, und zu Reichsständen geboren sind, auszumachen: allein damit möchte denn doch noch nichts weiter bewiesen seyn, als dafs ihnen von Geburt aus schon eine gewisse Präeminenz zustehet, welche aber nichts weiter als *Titel, Wapen und Rang* im Außern mit sich führet, und um auf die Regierung eines Landes Anspruch zu geben, in der Constitution desselben *als zur Regierung berechtigt* festgesetzt werden muß; eine Wahrheit, welche die Reichsversammlung von je her gegen jeden Angriff selbst vertheidigte, indem sie immer in den Fürstenstand erhoben, also zu dem hohen *Reichsadel* gehörigen Grafen und Prälaten die Viril-Stimme auf dem Reichstage versagte, und dadurch deutlich erklärte, dafs mit der bloßen Erlangung des Reichsadels nichts als der bloße Titel gemeint sey, die Fürstenrechte selbst aber erst constitutionsmäfsig erworben werden müß-

müssen, d. h., auf dem Reichstage durch Introduction, in den Ländern nach den Statuten derselben *). Ob also gleich ein der
Re-

*) „Ein angeerbter Adel, sagt Kant a. a. O. S. 192. ist ein Rang, der vor dem Verdienste vorher geht, und dieses auch mit keinem Grunde hoffen läßt, ein Gedankending ohne alle Realität. Denn, wenn der Vorfahr Verdienst hatte, so konnte er dieses doch nicht auf seine Nachkommen vererben, sondern diese mußten es sich immer selbst erwerben; da die Natur es nicht so fügt, daß das *Talent und der Wille*, welche *Verdienste um den Staat* möglich machen, auch *anarten*. Weil nun von keinem Menschen angenommen werden kann, er werde seine Freyheit wegwerfen; so ist es unmöglich, daß der allgemeine Volkswille zu einem solchen grundlosen Prärogativ zustimmen könne, mithin kann der Souverain es auch nicht geltend machen. — — Wenn indessen gleich eine solche Anomalie in das Maschinen-Wesen einer Regierung von alten Zeiten (des Lehnwesens, das fast gänzlich auf den Krieg angelegt war) eingeschlichen, von Unterthanen, die mehr als Staatsbürger, nämlich geborne Beamte (wie etwa ein *Erb-Professor*) seyn wollen; so kann der Staat diesen von ihm begangenen Fehler eines widerrechtlich ertheilten erblichen Vorzugs nicht anders, als durch Eingehen und Nichtbesetzen der Stellen allmählich wieder gut machen; und so hat er *provisorisch* ein Recht, diese Würde dem Titel nach

Regierung beraubter Herzog oder Fürst auch nachher im ganzen Reiche noch immer als ein fürstenmäßiger in Titel und Rang passiren mag; so läßt sich doch keine Verbindlichkeit erweisen, daß, weil ihm und seiner Nachkommenschaft ein Erbrecht auf die Regierung *eines* teutschen Reichslandes zugestanden war, ihm, da er nun dieser Regierung beraubt ist, dieselbe in einem *andern* Reichslande eingeraümt werden müsse, wenn er sich nicht dieselbe *constitutionsmäßig* d.i. in geistlichen Staaten durch eine canonische Wahl oder Postulation erwirbt.

Es gibt in ganz Teutschland kein Gesetz, welches das Reichs-Oberhaupt berechtigte, eine Veränderung in der Verfassung einzelner Länder vorzunehmen, vielmehr ist die kaiserliche Wahl-Capitulation einer solchen Anmaßung gänzlich entgegen. Es kann auch vernünftiger Weise kein solches Gesetz geb-

nach fortdauern zu lassen, bis selbst in der öffentlichen Meinung die Eintheilung in Souverain, Adel und Volk der einzigen natürlichen in Souverain und Volk Platz gemacht haben wird."

geben, weil es der aller bürgerlichen Verfassung, wenn sie rechtlich seyn soll, zu Grunde liegenden Idee eines ursprünglichen Vertrages gänzlich widersprechen würde, indem das Volk dadurch festsetzte, daß der Regent, dessen Gewalt keine andere als der allgemeine Wille des Volkes ist, berechtigt seyn soll, auch wider diesen allgemeinen Willen zu handeln, d. h., daß *jener allgemeine Wille, der nothwendig ein rechtlicher ist, auch das Unrecht wollen könne.* Nach dem *Ministerial-Staatsrechte* hingegen verhält sich die Sache anders. Wer ein Land regieren solle, darüber wird Jedermann, nur das Volk nicht, befragt, und eine Erklärung, welche dieses etwa wagen wollte, nachdem die nachbarlichen Regenten (denen das Regierungs-Recht vielleicht von einer Fee in der Wiege schon eingebunden wird) mit einander überein gekommen sind, würde ihm als *Rebellion*, so bedeutungslos dieses Wort, von einem *Volke* gebraucht, auch seyn mag

mag *), ausgelegt und bestraft werden **). Die Regenten vertragen sich fogar um eine Summe Geldes über die Regierung eines Landes mit einander, und das Volk muß den Kaufpreis, um welchen seine Autonomie verhandelt wurde, aus den Früchten seines Fleißes bezahlen. „Sie haben dabey allerley Blendwerk von Beschönigung auser-
„sonnen, worunter das *täuschendste* ist,
„dem Staate *Ruhe und Ordnung* zu ver-
„schaffen, und behende Stärke zu geben;
„und *sie stellen sich an*, als ob sie nur dessen
erste

*) Sieh Fichte a. a. O. S. 222. „Das Volk ist nie Rebell, und der Ausdruck *Rebellion*, von ihm gebraucht, ist die höchste Ungeheimtheit, die je gesagt worden; denn das Volk ist in der That und nach dem Rechte die *höchste Gewalt*, über welche keine geht, die die Quelle aller andern Gewalt, und die *Gott allein verantwortlich* ist..... Nur gegen einen höhern findet Rebellion Statt: aber was auf der Erde ist höher, denn das Volk?

**) Um uns keines neuern Beyspieles zu bedienen, führen wir nur das von Arragonien an, dem der König Philipp V., nachdem er 1708 sich dieses Landes bemächtigt hatte, alle seine Freyheiten entzog, weil es sich Karl III. unterworfen hatte.

„erste Diener wären , und große Lasten auf
„sich trügen. Wie ist aber einer Bedienter,
„dem Niemand befiehlt , und der keinen
„Herrn über sich erkennet? Gesetzt
„auch , Ruhe und Ordnung ; ist dieß
„Glückseligkeit? *Im Kerker ist auch Ruhe*
„*und Ordnung*.... Allein , wenn sie ge-
„scheit sind , und mit einem Gescheiten
„unter vier Augen sprechen , so werden sie
„etwas ganz anderes behaupten, etwa Folg-
„endes: Jedes Wesen darf von Natur um
„sich greifen , so viel es Macht hat , es sey
„unter seines Gleichen , oder andern Ding-
„en. Du zürnst , daß du gehorchen mußt;
„gehorsche nicht , *wenn du kannst* , und
„du erhältst ein anderes Recht. Daß ich
„Sultan zu Constantinopel herrsche , da es
„mir Millionen und Millionen Sklaven er-
„lauben , wie nimmst du das mir übel?
„Willst du über nichts herrschen? Ist nicht
„jeder Mensch ein Sultan , wenn er kann,
„nicht jeder Stier und Hirsch ? Die Ver-
„ständigen werden freylich nie gehorchen,
„wenn sie nicht müssen. Gehorchet nicht,
„wenn

„wenn ihr könnt , so lange bis ihr alle
„Herren seyt ! und euer Staat ist die Ver-
„einigung des reinsten Ganzen“.... Es
liefs vielleicht hierauf sich noch immer ant-
worten : „dafs der Löwe minder starke
„Thiere zerreißt , und ihr Blut ausfaugt,
„ist nun freylich einmahl so in der Natur,
„und erhält ihn , und macht ihn glück-
„lich. Dafs du Sultan aber über Million-
„en herrschest , ist *Stelzenwerk* , und machet
„dich im Grund unglücklich ; denn du lebst
„nur im Traume und Nebel , ohne eigent-
„lichen Genuß. Der *Zufall* hat dich oben
„an geschläudert , und nicht deine *Kraft*
„hingestellt. Du füllst deine Sphäre nicht
„aus , und bist immer in einem unmächt-
„igen Streben , Gefühl von Schwäche ; hast
„den Anschein von Held und Sieger , und
„das Innere von einem nieder getretenen
„Ueberwundenen !“ und so weiter , wenn
man ungeachtet aller *Traulichkeit Lust*
hätte , auf der Stelle gespießt zu werden.” *)

Ein

*) Ardinghello oder die glücklichen
Inseln. Th. I. S. 302. in der *Lemgoer Aus-
gabe.*

Ein solches auf die Politik gegründetes Staatsrecht, dem nicht der Rechtsbegriff, sondern der Privat-Vorthail einiger Familien zu Grunde liegt, würde denn freylich mit allem dem, was wir gesagt haben, noch einen Grund gegen uns haben, nämlich den einer *bestehenden Observanz*. Ob nun zwar dieser Grund durch das vorher gehende schon zur Genüge widerlegt ist, indem, was durch kein ausdrückliches Gesetz gebothen werden kann, eben so wenig durch eine Gewohnheit oder Observanz festgesetzt werden darf; so wollen wir doch auch diesen Grund etwas näher beleuchten.

Von Säcularisirungen, die zur Entschädigung der Reichsstände, welche zum Theile ihre Gebiethen verloren hatten, vorgenommen worden wären, mag es wohl, den Westphälischen Frieden abgerechnet, kein Beyspiel geben, und unsere Untersuchung könnte sich daher füglich bloß auf jenen einschränken. Allein wir hohlen dessen ungeachtet etwas weiter aus, um zu zeigen, daß der Fall, von welchem hier die Rede ist, nirgends noch in der Geschichte Statt ge-

funden habe. Obgleich nämlich in den Friedens-Instrumenten häufig von Abtretung der Länder zur Schadloshaltung Eines und des Andern die Rede ist; so war dieß doch immer nur der Fall unter den *Krieg führenden Mächten*, so daß eine solche Abtretung nichts anderes, als ein *Grenzvertrag* war, wie ihn jedes Friedens-Instrument erfordert, nie aber unter Staaten, welche so wie die teutschen Reichsländer von einer gemeinschaftlichen Gesetzgebung abhängen, wo also dieselbe nicht ein *Grenzvertrag*, sondern die Festsetzung einer neuen *Reichsverfassung* seyn würde. — In dem zu *Nimwegen 1679* geschlossenen Frieden zwischen *Kaiser und Reich* auf der einen, *Frankreich und Schweden* auf der andern Seite wurde dem teutschen Reiche *Philippsburg* abgetreten, wogegen der König von Frankreich *Freyburg* behielt, so daß also *Philippsburg* eine Entschädigung zu seyn scheint für das im Kriege verlorne *Freyburg* *). Allein das Ganze ist wirk-

*) *Instr. Pac Neom. art 3. Cum vero vigore dictae pacis monasteriensis S. R. M. Christ. per-*

wirklich nichts weiter, als ein Grenzvertrag, und eine Erklärung beyder Theile, die Grenzen, welche die Waffen jedem vorgezeichnet haben, auch für die Zukunft anzuerkennen. Eben so verhielt es sich in dem 1697 geschlossenen *Ryswiker* Frieden, der wirklich nur als ein Grenzvertrag betrachtet werden kann, indem nirgends in demselben die Rede davon ist, daß ein oder der andere Reichsstand für das im Kriege Verlorne von einem Dritten solle entschädiget werden, sondern nur immer bestimmt wird, wie weit ein und die andere Macht sich zurück ziehen solle. — Was den *Utrechter* 1712 und den darauf 1714 gegründeten *Badner* Frieden betrifft; so wurde in denselben *Neapel*, (welches der Kaiser erobert hatte,) *Sardinien*,

perpetuum jus praesidii in fortalitio Philippsburgensi cum jure protectionis adquisitum, et dictum fortalitium armis caesareis, Castrum et Oppidum Fryburgense vero armis Gallicis hoc bello occupatum sit, ... *art. 4.* sacra regia may.... omne jus protectionis et perpetui praesidii.... cedit.... *art. 5.* Vicissim sacra caesarea may.... renuntiat ceditque in perpetuum, ... Castrum et Oppidum Fryburgense...

nien, (welches der Englische Admiral *Leake* unter kaiserliche Bothmäßigkeit gebracht hatte,) und *Mailand*, (welches die Franzosen gemäß einem nach dem Entsatze von Turin geschlossenen Evacuations - Tractate hatten einräumen müssen,) an den Kaiser, *Spanien*, (welches die Franzosen bis auf *Catalonien* inne hatten,) an *Philipp den V.*, und *Sicilien* an den Herzog von *Savoyen*, der mit im Kriege begriffen war, abgetreten, nebst dem, daß einige Länder an *England* kamen, so, daß also auch hier kein Anschein von wahrer Entschädigung, sondern nur ein Grenzvertrag ist. Auch die Abtretung von einem grossen Theile des *Schwedischen Pommern* an *Brandenburg* im Frieden zu *Stockholm* (1720), und der Herzogthümer *Bremen* und *Verden* vermöge eines Tractates an *Hannover* waren keine Schadloshaltung, sondern das erstere war erobertes Land, und die beyden Herzogthümer hatte *Dännemark* (1712) weggenommen, und an *Hannover*, welches bereits vorher (1709) eine Summe Geldes darauf vorgestreckt hatte, abgetreten.

en. Der groſſe Ländertauch endlich im *Wiener Frieden* (1738) war von der nämlichen Art.

Lothringen, welches in dieſem Kriege an *Frankreich* abgetreten wurde, war von Franzöſiſchen Truppen erobert; *Neapel*, welches der Kaiſer ſeit dem *Utrechter Frieden*, und *Sicilien*, welches derſelbe gegen Abtretung von *Sardinien* und *Savoyen* (1720) erlangt hatte, hatten die Spanier (1734) beſetzt, wogegen ſie im Frieden *Toscana* an den Herzog von Lothringen, *Parma* und *Piacenza* aber an den Kaiſer abgetreten. Hierbei dedienet ſich zwar das Friedens-Inſtrument *) ausdrücklich des Wortes *ſchadlos*: allein es iſt bey allen dem zu bemerken, daß hier immer nur von einer Grenzvergleichung unter den Krieg führenden Mächten, nicht aber von einer Schadloshaltung eines Reichs-

ſtand-

*) Sieh die Präliminarien zu dieſem Frieden im C. I. P. S. 1460. Art. II. „Das groſſe Herzogthum *Toscana* ſoll nach dem Tode des gegenwärtigen Beſitzers dem Hauſe *Lothringen* zugehören, damit es wegen der Herzogthümer, ſo es heut zu Tage beſitzt, *ſchadlos* gehalten werde.

standes durch einen andern mit ihm nicht nur im Kriege nicht begriffenen, sondern vielmehr durch das Reichsband verbundenen Reichsstand. Die Krone *Spanien* als Alliirter von Frankreich that auf *Toscana* Verzicht, welches dann Frankreich gegen die Abtretung von *Lothringen* vertauschte. Es ist also hier, so wie in jedem Tausche, jeder der contrahirenden Theile für seine Abtretung schadlos gehalten, und es litt bey allen diesen Vertauschungen kein Reichsmitglied wegen des andern. Wir übergehen die seit dem geschlossenen Friedens-Tractaten, und wenden uns an den *Westphälischen* Frieden, der vielleicht für unsern gegenwärtigen Fall der entscheidendste scheinen möchte.

Zuvörderst erinnern wir, daß der Krieg, welcher durch die Friedensschlüsse zu *Osna-brück* und *Münster* geendiget wurde, nicht ein *Reichskrieg*, sondern ein wahrer *bürgerlicher* Krieg war. Die Reichsverfassung war gänzlich streitig, und sollte durch den zu schließenden Frieden erst bestimmt werden. Es war nicht von der Schadloshaltung eines oder

des andern in einem Reichskriege beschädigten Reichsstandes, sondern von dem Verhältnisse aller zusammen die Rede, und das *Osnabrückische Friedens-Instrument* ist die wahre *Constitutions-Urkunde* von Teutschland, wofür es auch alle Staatsrechts-Lehrer betrachten.

Die damahls säcularisirten Stifter waren *Bremen, Magdeburg, Brandenburg, Camin, Halberstadt, Havelberg, Liebus, Merseburg, Minden, Meissen, Naumburg, Ratzeburg, Schwerin und Verden*. Von diesen Stiftern wurden im Frieden nur *Bremen und Verden* an Schweden *), *Magdeburg, Halberstadt, Minden und Camin* an Brandenburg **),
Schwe-

*) I. P. O. art. X. §. 7. Imperator.... serenissimae Reginae ejusque haeredibus ac successoribus Regibus, regnoque Sueciae archiepiscopatum Bremensem et Episcopatum Verdensensem..... in perpetuum et immediatum Imperii feudum sub solitis quidem insigniis, sed titulo Ducatus cessante capitulorum, ceterorumque collegiorum ecclesiasticorum eligendi et postulandi omnique alio jure &c.

**) I. P. O. art. XI. §. 1. Pro aequivalenti autem recompensatione Electori Brandenburgico tra-

Schwerin und *Ratzeburg* an Meklenburg *), und nebst dem die Abtey *Hirschfeld* an Hesse-
enkassel **) überlassen. Die übrigen oben
genannten Stifter hingegen wurden zwar in
den Händen der Protestanten gelassen, aber
nicht als Entschädigungen, sondern nach
dem *Normal-Jahre* (1624); indem *Brand-
enburg*, *Havelburg* und *Lebus* schon (1598)
als *mittelbare* Reichsländer den übrigen
Brandenburgischen Churländern einverleibt
worden waren, und folglich nicht einmahl
die

.... tradatur Episcopatus Halberstadiensis ...
§. 4. Eidem tradatur Episcopatus Mindanus...
§. 5. Dicto Dn Electori... Episcopatus quo-
que Caminensis in perpetuum feudum... con-
cedatur.... §. 6. Similiter concedatur Dn. Elec-
tori Expectativa in Archiepiscopatum Mag-
deburgensem..... &c.

*) I. P. O. art. XII. §. 1. Pro eo vero, quod
Duci Megapolitano Suerinensi Dn. Adolpho
Friderico in alienatione Civitatis Portusque
Wismariensis decedit, competant ipsi
Episcopatus Suerinensis et Ratzeburgensis &c.

**) I. P. O. art. XV. §. 2. Domus Hasso-Cas-
selana.... Abbatiam Hirschfeldensem..... reti-
neant, et eo nomine investituram a Caesarea
May. toties, quoties casus evenerit, petant,
et fidelitatem praestent.

die Veränderung ihrer Verfassung unter unf-
eren Begriff von *Säcularisirung* passet *).
Die drey Bisthümer *Merseburg*, *Meißen* und
Naumburg, welche sich gegenwärtig unter
Sächsischer Hoheit befinden, hatte das Haus
Sachsen gleichfalls wegen ihrer Reichs-Un-
mittelbarkeit in Anspruch genommen, und
ungeachtet der kaiserlichen Gegenerklärung-
en sich in ihrem Besitze behauptet **). In
dies-

*) Sieh Joh. Christian Beckmann Nach-
richten von dem Bisthum Lebus. *Histoire
ecclesiastique d'Allemagne jusqu'à l'A. 1722.*
Moser teutsches Staatsrecht. Th. 35.

**) Jedoch besitzt Churfachsen diese Stift-
er nicht als Ebländer, sondern als postulir-
ter Stiftsherr, wobey sich jedoch die Capitu-
laren von der sächsischen Familie vermöge ein-
es Recesses nicht entfernen dürfen. Der letzte
Administrator von Naumburg war Herzog
Moriz Wilhelm zu Sachsenzeitz, bey
dessen Uebergang zur katholischen Religion
(1717) das Domkapitel das Stift als vacant
erklärte, und nach einer von Churfachsen
indessen als Erbschutzherrn geführten Regier-
ung, solches (1726) an den Churfürsten als
Stiftsherrn übertrug. Merseburg wurde
zuletzt von Herzog Heinrich administirt,
nach dessen Tode (1731) aber von Chur-
fachsen in Besitz genommen.

diesen sämmtlichen im Westphälischen Frieden auf eine oder die andere Art säcularisirten Stiftern findet also der Begriff einer Schadloshaltung keinesweges Statt. Schweden behauptete seine im Kriege gemachten Eroberungen, und die verschiedenen teutischen Staaten und Völker waren bey dem Friedensschlusse noch in keinem rechtlichen Verhältnisse in Rücksicht ihrer Grenzen zu einander, sondern sie sollten vielmehr durch den Frieden erst in ein solches gebracht werden. Die Protestanten verlangten Antheil an den reichen Stiftungen, welche von ihren Vorfältern eben so wohl, als von den Ahnherren der Katholiken waren gegründet worden: sie verlangten Duldung und gleiche Rechte für ihre Religion, wie die Katholiken für die ihrige. Die Katholiken schlugen ihnen beydes ab, und suchten sich bey den Stiftungen, die zum Besten ihrer Religion gemacht waren, und bey der Oberherrschaft über die Protestanten, welche ihr Glaube als Ketzer verdammt, zu erhalten. — Darüber entzündete sich der Krieg, und der Friede
war

war die Grenzbestimmung ihrer Gebiethen und Rechte. Was an Brandenburg wegen der Abtretung eines Theiles von Pommern, an Meklenburg wegen des Verlustes von Wismar überlassen wurde, war nicht das Land eines Reichsstandes, der mit Brandenburg und Meklenburg verbündet im Kriege gegen Schweden begriffen war, sondern es waren Länder, welche der größte Theil der Protestanten mit vereinigten Waffen dem katholischen Theile von Teutschland, der darauf vermöge des *Restitutions-Edictes* und des *geistlichen Vorbehaltes* noch immer Anspruch machte, entrissen hatte. „Von zwey „Brüdern, die das väterliche Vermögen bis „hierher gemeinschaftlich genossen, verließ „jetzt einer das väterliche Haus, und die „Nothwendigkeit trat ein, mit dem daheim „bleibenden Bruder abzutheilen. Der Vater „hatte für den Fall der Trennung nichts „bestimmt, weil ihm von dieser Trennung „nichts ahnden konnte. Aus den wohl- „thätigen Stiftungen der Vorältern war der „Reichthum der Kirchen, innerhalb eines „Jahr-

„ Jahrtausendes, zusammen geflossen, und
„ diese Vorältern gehörten dem weggehend-
„ en eben so gut an, als dem, welcher zu-
„ rück blieb. Haftete nun das Erbrecht
„ bloß an dem väterlichen Hause, oder haft-
„ ete es an dem Blute? Die Stiftungen war-
„ en an die katholische Kirche geschehen,
„ weil damahls noch keine andere vorhand-
„ en war; an den erstgebornen Bruder, weil
„ er damahls noch der einzige Sohn war.
„ Galt nun in der Kirche ein Recht der Erst-
„ geburt, wie in den adeligen Geschlecht-
„ ern? Galt die Begünstigung des einen
„ Theiles, wenn ihm der andere noch nicht
„ gegenüber stehen konnte? Konnten die
„ Lutheraner von dem Genuße dieser Güter
„ ausgeschlossen seyn, an denen doch ihre
„ Vorfahren mit stiften halfen, bloß allein
„ deswegen ausgeschlossen seyn, weil zu
„ den Zeiten der Stiftung noch kein Unter-
„ schied zwischen Lutheranern und Kathol-
„ ischen Statt fand? Beyde Religions-Par-
„ teyen haben über diese Streitsache mit
„ scheinbaren Gründen mit einander ge-
„ recht-

„rechet, und rechten noch immer: aber
„es dürfte dem einen Theile so schwer fall-
„en, als dem anderen, sein Recht zu er-
„weisen. Das Recht hat nur Entscheidung-
„en für denkbare Fälle, und vielleicht ge-
„hören geistliche Stiftungen nicht unter
„diese; zum wenigsten dann nicht, wenn
„man die Forderungen ihrer Stifter auch
„auf dogmatische Sätze erstreckt, — wie
„ist es denkbar, eine ewige Schenkung an
„eine wandelbare Meinung zu machen?“ *)
Aber ganz anders verhält sich die Sache in
unserem gegenwärtigen Falle, wo nicht die
Frage ist, was ein oder der andere Staat,
ein oder der andere Theil von Teutschland
vor dem andern besitzen soll, sondern,
wo die Grenze zwischen Teutsch-
land und Frankreich zu ziehen sey.
Zwischen einzelnen teutischen Staaten ist die
Sache durch die Constitutions-Urkunde (den
Osnabrücker Frieden) entschieden, zwisch-
en dem Reiche und Frankreich soll sie ent-
schied-

*) Schiller *Geschichte des dreissigjährigen*
Krieges. Frankenthal 1791, S. 25.

schieden werden. „Es hielten einige dafür,
„der Kaiser könne *vi patronatus regii* über
„unmittelbare Kirchengüter, insonderheit
„über Bisthümer disponiren, weil er in dem
„Westphälischen Frieden verschiedene Erz-
„und Bisthümer säcularisirt, oder dennoch
„an die Evangelischen überlassen hat. All-
„ein ich bin der Meinung mit Moser,
„dass dasjenige, was bey dem Westphälisch-
„en Friedensschlusse vorging, und man des
„lieben Friedens wegen geschehen ließ,
„nicht zu einer *Consequenz* gezog-
„en, oder als *kaiserliches Reservat-*
„*Recht* angesehen werden könne.
„Der Kaiser ist also niemahls be-
„fugt, über unmittelbare Reichs-
„güter zu disponiren; denn ein
„solches *Dispositions-Recht* könn-
„te manchemahl einen nur schein-
„baren und keinen wahren Nothfall
„veranlassen.“ *) Es läßt sich also für
die gegentheilige Meinung nicht einmahl
eine *Observanz* anführen, und die Behaupt-
ung,

*) v. Sartori a, a. O. Kap. 24 §. 690,

ung, dafs ein Staat durch die Länder eines andern entschädiget werden könne, ist demnach völlig grundlos. Was man etwa von einem politischen Vortheile der Säcularisirung, welcher jedoch bey dem Rechte gar nicht in Betrachtung kommen kann, sagen könnte, soll tiefer unten bey dem Beschlusse berührt werden.

§. VI.

I. Was den zweyten Grundsatz des Völk-
errechtes, von dem wir ausgehen müssen,
betrifft; so werden wir uns in Rücksicht
deselben desto kürzer fassen können. Den
Beweis, dafs im Frieden nicht das Verhält-
nifs der teutschen Reichsstände zu einander,
sondern nur des teutschen Reiches zu Frank-
reich festgesetzt werden könne, haben wir
bereits oben im ersten Hauptstücke und in
diesem §. 3. Abf. 3. geliefert. Wir haben
also nur noch zu untersuchen, *ob durch
die Säcularisirungen auch wirklich
die Reichsverfassung verändert
werde*. Es möchte nämlich zwar scheinen,
die

die Reichsverfassung werde, wenn nur die Zahl der Reichstags - Stimmen nicht verändert, und die säcularisirten Länder wieder vom Kaiser und Reich zu Lehen gegeben werden, nicht im geringsten verwandelt. Allein diese Meinung ist auch weiter nichts als *scheinbar*. Die Verfassung von Teutschland beruhet nicht auf der Zahl der Reichstags - Stimmen, sondern auf der Trennung einzelner teutscher Staaten, und die Verfassung des Reiches muß bey der Vereinigung dieser Stimmen immer sich ändern. Wenn mehrere Reichstags - Stimmen in einerley Person vereinigt sind; so werden dieselben gewiß auch immer übereinstimmend seyn, und es muß daher einem einzigen Fürsten weit leichter seyn, ein Uebergewicht für seine Meinung zu erhalten. Wenn zumahl ein protestantischer Herr der Regent eines geistlichen Staates würde; so müßte dadurch nothwendig die Zahl der protestantischen Stimmen, da die meisten Staatsrechtslehrer annehmen, und behaupten, die Qualität einer Reichstags-Stimme hange von der

Reli-

Religion des Fürsten, nicht des Landes ab, im Reichsfürsten-Rathe überwiegend werden, und da sich vorsehen liefse, daß bey einem allenfalls wieder entstehenden Reichskriege die aus dem gegenwärtigen Sturme noch geretteten geistlichen Staaten in weltliche würden verwandelt werden; so ginge der Reichsfürsten-Rath nach und nach in etwas gänzlich Unnützes und Wirkungsloses über; denn da derselbe aus einigen Familien, deren jede vielleicht ein Fünftheil Stimmen in sich vereinigte, bestehen würde; so möchte im Kurzen nicht ein allgemeiner Reichsverband, sondern das Privat-Wohl einzelner Staaten der Gegenstand der Reichstags-Berathschlagungen werden, und das Reich selbst in etwas bloß Erträumtes und Gedachtes sich verwandeln. Wie wenig der Reichs-Nexus von je her die *mächtigeren* Fürsten Teutschlands bekümmerte, und wie häufig die Reichsgesetze von den ansehnlichsten Staaten Teutschlands hintan gesetzt worden sind, das lehret Theils die Geschichte aller Zeiten, Theils vorzüglich die Ge-

Ge-

Geschichte dieses Krieges: und wem so viel an Erhaltung und Vergrößerung seiner Macht gelegen ist, dem ist immer desto weniger an Recht und Gesetzen gelegen, *oder man müßte behaupten, daß die Gesetze dem mehr Vortheil und Schutz gewähren müssen, welcher mehr Macht hat, sie zu übertreten.*

2. Ueberhaupt sind die geistlichen Fürsten so innig mit der teutschen Staatsverfassung verwebt, daß man, ohne diese abzuändern, jene nicht zernichten darf. Wenn die Erbstaaten Alles auf das Interesse ihrer Familien und Nachkommen hinzuleiten suchen; so werden die geistlichen Staaten immer gezwungen, ihrer Schwäche halber sich an das Reichsband zu halten, wodurch denn jenen ein Gegengewicht entgegen gesetzt, und die Reichsverfassung erhalten werden muß. In wie manche Gefahr Teutschland das Interesse einzelner Familien gebracht habe, ist aus der Geschichte zu gut bekannt, um uns hier bey dieser Materie zu verweilen, und daß diesem Interesse das allgemeine Wohl

Wohl des Reiches und die Aufrechthaltung seiner Verfassung immer nachgesetzt werde, beweiset ja eben die Forderung der Säcularisirung. Das teutsche Reich ist so wie jeder Staat nichts anderes, als eine Vereinigung Mehrerer unter eine allgemeine *Gesetzgebung*, welche daher jedem Mitstande gleich heilig und unverletzlich seyn muß, und es läßt sich an kein anderes Wohl eines Staates gedenken, als welches durch ein legales Verhältniß seiner Mitglieder unter einander, und des Ganzen zu allen äußeren Staaten erreicht wird. Was man daher von dem Wohle des Reiches, welches durch Vergrößerung der Macht desselben, indem die Macht einzelner Staaten vergrößert wird, bewirkt werden soll, sagen mag, ist nichts anders, als Beschönigung von Privat-Abfichten. *Eine gute Gesetzgebung vereinigt die Mitglieder eines Staates fester zu einem gemeinschaftlichen Zwecke, als alles Andere*, und es läßt sich daher nicht begreifen, wie gerade diejenigen, die vom Wohle des Reiches und von Vergrößerung seiner

seiner Macht immer und so angelegentlich sprechen, am spätesten auf diesen so einfachen Entwurf gerathen, wenn man nicht annimmt, daß die Macht des Reiches minder, als die Vergrößerung ihrer Privat-Macht, ihnen angelegen sey. Wer in einem rechtlichen Verhältnisse mit seinen Nachbarn sich befindet, was bedarf der der Macht? Ein unter allen europäischen Nationen gestiftetes *Völkerrecht* möchte wohl die beste Versicherung für Teutschland seyn, da im Gegentheile eine beständige Vergrößerung der Kriegsmacht ein immer währender Anreiz zum Kriege ist, und am Ende die Sicherheit, welche sie bewirken soll, zernichtet.

3. Jede Anmaßung der Art ist daher den Pflichten eines Reichsstandes gänzlich zuwider, weil, wer die Gesetzgebung zu hemmen und aufzuheben suchet, selbst ihre Begünstigung nicht verdienet. Es scheint sich überhaupt nicht wohl mit dem Begriffe des Reiches als eines Staates zu vertragen, daß

dafs man sich gegen daselbe im Friedensschlusse als gegen einen *Feind* beträgt, und mit ihm über seine zukünftigen Grenzen unterhandelt, welche doch schon von der Gesetzgebung fest gesetzt sind, und daher, ohne die ganze Verfassung zu stürzen, nicht geändert werden können, und es gibt also für die ganze Sache nur den einzigen Erklärungsgrund, dafs man annehme, *der Regent betrachte sich als den wirklichen Eigenthümer seines Landes*, und seine Unterthanen als seine Frohnknechte, welche sich ~~nicht~~ glücklich schätzen müssen, „wenn sie für *Geld* mit den Vornehmen an allen Vergnügungen gleichen Theil haben, und, wenn sie nur die Mittel dazu verstehen, so reich, ja noch reicher als jene werden können.“ *) Da heisst es denn, *wer nicht mit uns ist, der ist wider uns*, und es kann nach solchen Begriffen keinen andern Friedenszustand geben, als wenn Alles der Willkür eines Einzelnen unterworfen ist.

*) S. J. B. Erhard, *über das Recht des Volkes zu einer Revolution*. S. 147.

§. VII.

1. Was endlich die *dritte Frage*, welche wir noch zu entscheiden haben, betrifft, *ob nämlich durch die Säcularisirungen die Grenzen der teutschen Reichsstände verrücket werden*, so bedarf diese Materie nur einer kurzen Erwähnung. Man möchte etwa einwenden, daß jeder Staat seine alten Grenzen auch bey der Säcularisirung beybehielte, und nur seinen Regenten vertauschte, und vielleicht in der Ueberzeugung seyn, dadurch etwas sehr Wichtiges gesagt zu haben. Wenn nämlich ein Land auch einen anderen Beherrscher erhält, so kann es doch in einerley Verhältnissen mit seinen Nachbarn bleiben, und es scheinet daher Alles so seinen alten Gang zu gehen. Dagegen läßt sich denn auch freylich nichts einwenden, wenn man nämlich die Unterthanen säcularisirter Staaten für nichts rechnen will. Mögen immer die Grenzen derselben unverrückt bleiben, so hat doch der Staat, an welchen sie abgetreten werden, die seinigen über diese Länd-

er erweitert und ausgedehnt, und es ist in diesem Sinne eine wahre *Unterjochung* vorhanden. Dafs etwa ein Fürst bey Uebernehmung der Regierung in einem Lande die wohl erworbenen Rechte des Volkes heilig zu halten, und *so viel möglich* seine Verfassung nicht abzuändern verspreche, ist eine blofs *klingende* Tröstung, welche nichts weiter saget, als, *da ich nun einmahl habe, was ich will, so möget ihr immer das Uebrige behalten, bis Zeit und Umstände mir solches auch in die Hände spielen.* Denn wie kann man auf den, der auf des Volkes heiligstes Recht, sich selbst eine Verfassung zu geben, nicht Rücksicht nimmt, das Zutrauen setzen, er werde dessen Eigenthum u.s.w. respectiren? — Die Versprechungen von Glück, welches eine neue Regierung bringen werde, sind eine eben so täuschende Beschönigung. Das Glück eines Volkes kann nur in seiner Unabhängigkeit von allen andern Gesetzen, als die es sich durch die von ihm

ihm constituirte Gewalt selbst gegeben hat, bestehen, und ein solches Versprechen ist daher in dem Munde desjenigen, der diese Freyheit seines Vorthheiles wegen zertritt, immer nichts weiter, als das Bestreben, der Ungerechtigkeit einen Anstrich von Gerechtigkeit zu geben. Soll aber Glückseligkeit nichts weiter bezeichnen, als Befriedigung seiner Bedürfnisse, und, wenn man nur klug genug ist, auch Leidenschaften und Gelüste; so gilt dagegen, was Erhard*) sagt: *Die Staatsverfassung soll nicht Glückseligkeit, sondern Gerechtigkeit hervor bringen.*

2. Dafs jeder teutscher Staat als ein unabhängiger zu betrachten, und nur in seinen äußseren Verhältnissen zu anderen teutschen Staaten der Gerichtbarkeit des Reiches unterworfen sey, erkennet zwar jeder teutscher Fürst, wenn die Rede von ihm und seinem Vorthheile ist, an: allein so fern etwas dabey zu gewinnen ist, fuchet Jeder die kaiserlichen

*) a. a. O. S. 192. Sieh auch hierüber Kant M. A. d. R. L. S. 172.

lichen Majestäts - Rechte über seine Mitstände, so weit es nur immer möglich ist, auszudehnen, und daher dieselben einem Richterspruche zu unterwerfen, der, wie man vorgibt, *rechtlich*, also einem *Gesetze gemäß* ist, welchem Gesetze sich jedoch, so fern es an ihm sollte vollzogen werden, Jeder auf das hartnäckigste widersetzen würde. Dafs aber das offenbar dem Princip der bürgerlichen Gleichheit widerspreche, bedarf kaum der Erinnerung, womit denn zugleich dargethan ist, dafs es ungerecht sey. Wie kann aber, was vor einem wirklich *bestehenden* Richter als Ungerechtigkeit erklärt werden muß, in dem Friedensschlusse als Gesetz festgesetzt werden? Was soll die Fränkischen Gesandten berechtigen, die Reichsgesetzgebung abzuändern, die Verbindung des Reiches aufzulösen, und so über die Rechte *Einzelner* zu schalten, die doch *als Einzelne* mit der Fränkischen Republik in keine Feindseligkeiten verwickelt sind? — Es ist in diesem Frieden mehr als irgendwo auffallend, was Kant *) saget:

*) ph. E. z. e. F. S. 29.

„Bey der Bösartigkeit der menschlichen Natur, die sich im freyen Verhältnisse der Völker zu einander unverhohlen blicken läßt, ist es doch sehr zu verwundern, daß das Wort *Recht* aus der *Kriegs-Politik* noch nicht als *pedantisch* ganz hat verwiesen werden können.“ Die Fränkische Nation, die mit einem so erstaunungswürdigen Enthusiasmus die Rechte der Menschheit *in ihrer eigenen Person* gegen alle Mächte Europa's beynahe vertheidiget hat, deren Constitution auf die ursprüngliche Autonomie des Volkes gegründet seyn soll, die es ihren Repräsentanten zum Hauptaugenmerke gemacht hat, Gerechtigkeit immer und überall zu üben, — verkauft die Rechte der Menschheit, welche sie mit dem Blute von Hunderttausenden verfocht, in den Unterthanen geistlicher Staaten an ihre Nachbarn, *um das Wohl einer regierenden Familie zu befördern*, das heist, um die Schatzkammer eines Fürsten stets gefüllt, seine Armeen vollzählig, seinen Hofstaat gleich glänzend u. s. w. zu erhalten, oder ein-

einen einzigen des Herrschens gewohnten Menschen nicht in den Privat-Stand zurück gesetzt zu sehen. Was hierbey dem Rechtsbegriffe für eine Bedeutung zukommen soll, wenn es nicht die der Staatsklugheit seyn soll, läßt sich unmöglich verstehen; denn wie kann das als Recht anerkannt werden, was den Grund alles Rechtes zernichtet?

3. Die Schäden, welche jeder Einzelne im Kriege erleidet, dadurch, daß sein *wirkliches Eigenthum* durch Requisitionen, Contributionen, Brände, Truppen-Märsche, u. f. w., die doch *wahre Verringerung des Eigenthumes, wahrer Verlust* sind, und folglich nach den Grundsätzen des Staatsrechtes *) auf alle einzelne Mitglieder des *ganzen* Reiches vertheilt werden sollen, werden jedem Einzelnen überlassen: und so sehr auch ein *Land* durch Belagerungen, Winterquartiere, und überhaupt alles Kriegsungemach leiden mag; so sind die Fälle, daß solches durch einen allgemeinen Beytrag aller Mitstände des Reiches wäre entschädiget word-

*) S. Dr. G. M. Weber a. a. O. S. 269, u. f.

worden , in der Geschichte Teutschlands doch nicht auffindbar. Dem Vortheile eines Fürsten hingegen , (denn sein Land gewinnet dabey nicht im geringsten) werden Millionen Unterthanen aufgeopfert, und es wird also die Gerechtigkeit nicht geübt, die Ungerechtigkeit hingegen mit aller Macht unterstützt. Wenn bey den öffentlichen Beyträgen zur Reichs-Kasse, wo also die Pflichten eines Reichsstandes eintreten, jeder so wenig, als möglich, oder gar nichts zu geben suchet; so strebet im Gegentheile jeder mit aller Macht dahin, sich auf Kosten seiner Mitstände, so viel möglich, zu vergrößern: und damit die Gelegenheit, solches zu thun, ja nicht entgehe, so suchet man die Reichsverfassung zu untergraben. Die Macht der Gesetzgebung, saget Fichte*), muß in Vergleichung mit der Macht jedes Einzelnen unendlich groß seyn, damit es unmöglich sey, ihr zu widerstehen. Ganz umgekehrt hingegen wird es sich endlich mit dem teutschen Reiche verhalten. Denn
da

*) a. a. O. B. I. S. 183.

da beynahe jede regierende Familie mit jeder andern dreyfach verschwägert, und durch Erbverträge verbunden ist; so läßt sich leicht begreifen, dafs, wenn nur durch Unterjochung der kleineren Staaten das Reich gänzlich unter einige Familien getheilt seyn wird, *Reichsacht und Reichsgerichts-Sentenz* Worte von eben der Bedeutung seyn werden, wie päpstliche Excommunication schon seit einem Jahrhunderte ist. Worauf man denn aber das Vertrauen zu seinem Rechte gründen soll, wenn es nicht die Macht der Gesetzgebung unterstützt, das dürfte sich wohl schwerlich begreifen lassen.

§. VIII.

I. *Da also die Säcularisirung den Grundsätzen des Völkerrechtes gänzlich zuwider ist, so kann sie nicht als Basis des Friedens dienen.*

Es kann kein Reichsstand auf Entschädigung Anspruch machen; es kann durch den Frieden die Verfassung von Teutschland und
den

den Reichslanden nicht verändert , die Grenze der letzten nicht verrücket werden. Es kann dem Reichs-Oberhaupte kein Recht zustehen , einzelne teutsche Staaten an Andere zur Entschädigung abzutreten , weil diese Compensations - Forderung keinen Rechtsgrund für sich hat. Die Vergrößerung der Reichsmacht , welche wohl nur ein Blendwerk seyn möchte , kann unmöglich dem Rechte vorgezogen werden , und jeder zu erwartende politische Vortheil muß , bis die Frage über das Recht entschieden ist , bey Seite gesetzt werden. Der vermehrte Geldumlauf , die Erweiterung der Handlung , die Vermehrung des National - Reichthums , welche man meistens als Vortheile , die aus Erweiterung der Staatsgrenzen erhalten werden könnten , angibt , scheinen der Erfahrung nicht sehr zu entsprechen. Die meisten und drückendsten Stapel - und Mauth - Gerechtigkeiten sind gerade in den teutschen Erbstaaten anzutreffen , und *Genua* , die *Hanse* , *Genf* , u. s. w. die mit keinem teutschen Staate beynahe an Grösse sich

sich messen können, übertrafen zehn Mal größere Länder an Reichthum und Blüthe. Die kleinen Republiken Teutschlands, nämlich die Reichsstädte besitzen Reichthümer, und eine so ausgebreitete Handlung, daß wohl schwerlich alle Fürsten in ihren Ländern denselben etwas an die Seite zu setzen haben, obgleich jene an Macht jedem Einzelnen unterliegen würden.

2. Die teutsche Staatsverfassung, so wohl des Reiches als einzelner Staaten, kann nur durch die Einwilligung des Volkes abgeändert werden, *welche Einwilligung jedoch nicht an der Spitze von einer Armee einzuhohlen wäre.* Ob aber das Volk auch ohne Willen seines Regenten in eine Regierungs-Veränderung einwilligen könne, ist eine Frage des Staatsrechtes, deren Entscheidung zu bekannt ist, um sie hier zu wiederhohlen *). Es gibt keine rechtmäßige Veränderung der *Beherrschungs-Form*; sie ist immer entweder
Revo-

*) Sieh hierüber Kant M. A. d. R. L. S. 174.
Erhard a. a. O.

Revolution, oder Unterdrückung, oder Unterjochung, wenn sie nicht durch einen Vertrag des Regenten mit seinem Volke bewirkt wird. Aber die Pflicht eines jeden Regenten ist es, die Regierung in seinem Lande dem Rechtsbegriffe durch allmähliche Reformen angemessen zu machen, bis er es endlich dahin bringet, daß auch ohne eine republikanische Verfassung die Verwaltung der Regierung doch eben so beschaffen sey, als wenn jene repräsentativ wäre. Nach allem, was in der Geschichte der Nationen, und vorzüglich der teutschen, bisher geschehen ist, wird auch jene Pflicht sich allmählich den Regenten, wenn auch nicht zur moralischen, doch gewiss zur politischen Nothwendigkeit machen, und wir werden uns nach und nach eine Verfassung geben, welche der aus dem Rechtsbegriffe entsprungenen vollkommen gleich seyn wird. An einer solchen Verfassung grenzet aber jeder Wahlstaat weit näher, als ein Erbstaat. Denn da der einmahl Gewählte keine grofse Verbindlichkeit gegen die, welche ihn wählten, hat; so bedarf es
nur

nur in der Reihe von Wahlfürsten einiger guten und *muthvollen*, um wieder auf die Beschaffenheit jener Wahlmänner so zu wirken, daß sie nach seinem Abgange an seine Stelle wieder einen vortrefflichen Fürsten setzen. Man bedürfte nichts weiter, als daß in den Domstiftern die alte Gewohnheit, Doctoren der Rechts- und Gottesgelehrtheit aufzunehmen, auch ohne daß sie *sechszehn Ahnen* besitzen, hergestellt würde, und man würde dadurch einen sehr großen Schritt zur Vervollkommnung geistlicher Staaten gethan haben *). Ja, selbst wenn jene löbliche Gewohnheit nicht wieder empor käme; so müssen die geistlichen Wahlstaaten sich doch weit eher und leichter ein-
er

*) Sieh I. P. O. Art. V. §. 17. Eine vortreffliche Erörterung dieser Stelle findet man in dem *Götting. hist. Magaz. v. L. Meiners und L. T. Spittler*. B. II. St. 3. S. 433. und B. III. St. 4. S. 534. Sieh auch Schmidt *Geschichte der Teutichen*. Th. I. S. 596. in der *Ulmer Ausgabe*. Jedoch vergleiche man damit J. M. Seuffert &c. *Versuch einer Geschichte des teutschen Adels in den hohen Erz- und Domkapiteln &c.* Frankfurt, 1790, in 8vo.

er rechtmässigen Verfassung nähern, als ein Erbstaat solches kann. In jenen können die Dom-Capitularen das werden, was Fichte *Ephoren* nennet *), und wenn nur das Vorurtheil eines angeborenen Ranges wird gehoben seyn, so werden Verdienste an die Stelle deselben treten, und die Staatsverwaltung in die Hände des *Würdigsten* kommen, statt daß sie in einem Erbstaate, wenn auch Wapen und Ahnen-Register ihren Werth werden verloren haben, immer dem *Erstgebornen* zu Theile wird, er mag ein *Dionys* oder ein *Heliogabalus* seyn. Damit soll nun zwar nicht gesagt seyn, daß in den jetzt bestehenden geistlichen Staaten die Regierung besser geführt werde, als in den Erbstaaten, sondern nur, daß jene weit mehr Hoffnung haben, sich in die einzige rechtmässige Verfassung einst zu verändern. — Man hat von je her die kaiserliche Wahl-Capitulation als eine vorzügliche Stütze der teutschen Freyheit angesehen, und zwar mit Recht: und doch ist die Wahl-Capitulation
des

*) a, a. O, B. I. *Staatsrecht*.

des Kaisers noch kein eben so kräftiges Gegengewicht, als die den Bischöfen von dem Dom-Capitul in geistlichen Staaten vorgeschriebene seyn könnte, und seyn wird, wenn nur (welche Aussicht eben nicht chimärisch seyn möchte,) der Wahn von Adel und Turnier-Fähigkeit wird verschwunden seyn, und die Fähigkeit zu geistlichen Pfründen nicht mehr von Diplomen, sondern von Verdiensten abhängen wird.

3. Was man also auch gegen die Rechtmäßigkeit geistlicher Staaten sagen mag; so läßt sich immer erwiedern, *daß die Recht- oder Unrechtmäßigkeit einer Verfassung keinen Auswärtigen berechtige, dieselbe mit Gewalt abzuändern* *), und daß der Fehler in den Erb-

*) Man hat sich vorzüglich über die Erwerbungsart der geistlichen Güter in dem Mittelalter und den Zeiten der Kreuzzüge häufig ereifert, und damit darzuthun gesucht, daß die Güter und Ländereyen der geistlichen Staaten ungerecht erworben, und folglich zurück zu stellen seyen. Allein man bedenket dabey nicht, daß das Argument sich auch um-

Erbstaaten wohl nicht weniger seyn mögen. Wenn dort eine Menge Geistlicher von jedem Orden und Range dem Volke zur Last fallen, und einen ansehnlichen Theil des Staatseigenthumes verzehren; so drücken hier ungeheure Heere den Staatsbürger durch ihre unermesslichen Kosten zu Boden, — Gäfte, die wenigstens eben so aufgeblasen und dreist, wie jene, und durch ihre nicht feltene Rohheit bey weitem unerträglicher sind. Wenn dort ein vielleicht allzu großer Staat, häufige

umwenden, und gegen die Erbstaaten brauchen lasse. Wenn nämlich jene mit ihren Segen und Gebethen sich auf Kosten der gläubigen Einfalt bereicherten; so thaten es diese mit Hülfe ihrer immer geschäftigen Diplomaten und ihrer Heere bey weitem mehr, und thun es noch, wovon wir nur die *Brandenburgische Usurpation* in dem Fränkischen Kreise als Beyspiel anführen wollen. Die Gründe, worauf sich dergleichen Erwerbungen stützen, sind, wie jenes Beyspiel beweiset, oft noch spitzfündiger und arglistiger, als die feinste Erbschleicherey. — Ueberhaupt möchte, wenn der Ursprung eines Staates beweisen soll, schwerlich einem Regenten die Macht, welche er besitzt, verbleiben; denn unsere Staaten sind sammt und sonders in der größten Barbarey und durch Gewalt begründet worden.

ige Festins u. d. gl. große Summen verschwenden; so gibt es hier apanagirte Prinzen, Tanten und Oheime, Brüder, u. s. w., die wenigstens eben so viel kosten, als dort eine Anzahl von Capitularen, die *wenigstens ihre Existenz* durch ihr eigenes Vermögen erhalten. Wenn den geistlichen Unterthanen seines Regenten Liebe zum Frieden ruhig seinen Acker bauen läßt, (mag gleich ein guter Theil des Ertrages in fremde Scheuern kommen;) so reißet dort nicht selten die Eroberungsfucht den Gatten aus den Armen seines Weibes, den Sohn aus der väterlichen Hütte, zertritt ganze Ernten, versenget Dörfer, u. s. w. Wenn bey dem Tode eines geistlichen Fürsten dem Unterthanen noch die Hoffnung bleibt, seine Rechte einem besseren Fürsten anvertraut zu sehen; so hat er in Erbstaaten die eben nicht sehr tröstliche Aussicht, den Sohn seines Unterdrückers auf dem Throne zu sehen. — Doch es mag mit dieser kurzen Vergleichung genug seyn, *da sie ohnehin nicht anstatt eines Beweises dienen, sondern nur eine Beschuldigung zurück geb-*

geben sollte. Man vergleiche nur die Erfüllung der reichsständischen Pflichten in diesem Kriege von Seite der geistlichen Fürsten mit der von Seite der weltlichen, und entscheide, ob die Erhaltung dieser oder jener dem Reiche vortheilhafter sey? *) Es mag
imm-

*) Man bringe nur den Zustand der Contingente geistlicher Fürsten mit dem Zustande der Contingente weltlicher Regenten in Vergleichung. Bataillone von 2 bis 3 hundert Mann ohne Zelte und Equipage möchten sich auf Seite mancher von diesen nicht sonderlich ausnehmen, da hingegen der *Bischof von Würzburg* den ganzen Krieg hindurch nicht nur seine Contingente vollzählig und im *effectiven* Zustande stellte, sondern auch durch eigene Truppen den Kaiser unterstützte, und an Requisitionen, Märschen, Contributionen ungeheuere Summen verlieren wird. — Der *Bischof von Bamberg* hat noch gegenwärtig ein ganzes Bataillon und eine Escadron Dragoner in dem besten Zustande im Felde stehen, und die Truppen beyder Fürsten haben gewiss selbst unter der kaiserlichen Armee nach Berichten vortrefflich sich ausgezeichnet. Mit diesen Anstrengungen geistlicher Fürsten steht die Neutralität der mächtigsten Erbstaaten in einem sonderbaren Verhältnisse, so wie dieselbe den Reichsgesetzen nicht angemessen ist. In eben der Zeit, wo *Brandenburg, Sachsen, Hannover, Würtemberg*

immer ein Churfürst von Brandenburg ein mächtigerer Damm gegen auswärtige Feinde des Reiches seyn, als ein minder mächtiger Bischof; so bleibt doch immer noch die Frage, ob nicht bey einer besseren Verfassung des Reichs-Kriegswesens das Reich eben so mächtig in seiner Zerstückelung, als in der Vereinigung unter einem einzigen oder mehreren mächtigeren Fürsten seyn könne. Zu dem kann die *Macht* eigentlich *nie* in Betrachtung kommen, wenn von der Einrichtung eines Staates und von den *Rechten* des Volkes die Rede ist. Die Vernunft will, daß Alle ihr Eigenthum und ihre Sicherheit abhängig machen von dem Eigenthume und der

berg und *Hessenkassel* die gemeine Sache verlassen haben, bezahlt der *Fürst-Bischof von Würzburg* noch monathlich bey 25000 fl. für seine Subsidien-Truppen dem Kaiser, und erhält vollzählig über 3000 Mann im Felde, z. B. an Infanterie das Subsidien-Regiment in k. k. Diensten zu 14 Compagnien mit einer Grenadier-Division, die Compagnie zu 150 Mann, — ein Kreis-Bataillon zu 6 Compagnien, die Comp. zu 150 M. — 3 Escadrons Dragoner, die Escad. zu 208 Köpfen u. s. w.
Der Herausgeber.

der Sicherheit jedes Einzelnen, und eine solche Vereinigung muß unstreitig fester seyn, als jede andere, welche die Politik mit allen ihren Künsteleyen erfinden könnte, nach dem Spruche: *Trachtet zuerst nach dem Reiche Gottes (der Gerechtigkeit); so wird euch alles Uebrige beygelegt werden.*

4. Ueberhaupt ist alles Philosophiren vergebens, man mag auch seine Gründe noch so einleuchtend darstellen, wenn die Einwürfe dagegen nicht wieder mit der Feder, sondern mit dem Degen geführt werden. Man kann es in diesem Falle getrost darauf wagen, daß keine Philosophie wieder ganz machen werde, was dieser gespalten hat, und der Gott *bonus eventus* (wie Kant faget) ist *hinterher* immer der beste Rechtsvertreter. Daß ein Volk etwa nicht einwilligen werde in das, was seine Beherrscher aus ihm machen wollen, kann dabey gar nicht in Anschlag kommen, wenn nur die Heere des Unterdrückers stärker sind, als die Macht des Volkes, und es entsteht da-

dabey eine Bannmeile von ganz eigener Art, nämlich so weit die Kanonen reichen. Ob aber im Verfolge jener groſſe Schutzgott der Ungerechtigkeit ſeine Clienten nie verlaſſen, und nicht einſt, was man auch für Gegenanſtalten treffen mag, das Recht doch die Obergewalt behalten möge, das wäre eine Frage, welche ſich zwar nicht mit theoretiſcher Gewiſſheit, aber doch mit praktiſch zulänglicher Wahrſcheinlichkeit beantworten läßt, und es möchte hier anwendbarer ſeyn, als irgend wo, was Wieland*) ſaget: „Zehn tauſend Menſchen haben unſtreitig neunzehn tauſend und acht hundert Arme mehr, als hundert Menſchen.“ Nun iſt nichts gewiſſer, als daſſ gegen jedes Hundert Menſchen, die aus einer Unterjochung Vorthail ziehen, wenigſtens zehn tauſend ſind, (welche Angabe ſich wohl noch mit hundert multipliciren lieſſe,) die bey der Zernichtung ihrer Tyrannen mehr zu gewinnen, als zu verlieren hätten. „Geſetzt

*) ΣΩΚΡΑΤΗΣ παριουσιος oder Diogenes von Sinope. 31.

setzt also, die Zehntausend ließen sich einmahl einfallen, die Anzahl ihrer Arme zu calculiren, und das Facit ihrer Rechnung wäre, daß sie sich ihrer Uebermacht bedienten;“ so würde sicherlich der Erfolg für die Verächter der Menschenrechte nicht sonderlich ersprießlich seyn. Dagegen bleibt zwar immer noch ein Mittel in den Händen der Unterdrücker: „*es nämlich absichtlich darauf anzulegen, daß das Volk immer unmündig bleibe:*“*) und ob das gleich Hochverrath an der Menschheit seyn mag; so kann doch die Politik, da es das einzige ist, kein besseres angeben. Dabey ist auch nur das zu bedauern, daß das Recht und der Friede immer weiter von der Menschheit entfernt werden, und der Krieg und die Gewalt immer die Obergewalt behaupten, und eine solche mit dem Schwerte in der Hand aufgestellte Gesetzgebung mit dem *Bären* der Fabel sich füglich vergleichen läßt, welcher, um von der Nase eines Einsiedlers eine *Fliege* zu verjag-

*) Erhard a. a. O. S. 159.

jagen, mit einem Steine demselben den *Hirnschädel zerschmetterte* *).

5. Was also die Politik auch von *glücklichen Ausichten in der Zukunft*, von Ruhe und Ordnung des Staates, von Macht gegen Auswärtige erträumen und erdichten mag, um ihre Plane auf Kosten des Rechtes und der Vernunft zu begründen; so kann damit doch nie das Gesetz der Vernunft entkräftet werden, vielmehr bleibt es, auch bey der Ueberzeugung, daß Gewalt vor dem Rechte wirken werde, noch immer nützlich, die wahre Gestalt der Dinge darzulegen, *um wenigstens „die falschen Vertreter der Mächtigen der Erde von ihrer Sophisterey zu überzeugen, und sie zum Geständnisse zu bringen, daß es nicht das Recht, sondern die Gewalt sey, der sie zum Vortheile sprechen.“* **) Das Ende ihrer Ungerechtigkeiten werden sie denn endlich selbst herbey

*) M. f. h. die 24te Fabel des H. v. Hagedorn II. Th. *Wiener Ausgabe* 1780. S. 56. u. folg. D. H.

**) Kant ph. E. z. e. F. S. 70.

bey führen, und durch die Wahrheit, daß jede Ungerechtigkeit sich am Ende selbst zernichte, das Aergerniß, welches sie der Welt geben, wieder, obgleich zu ihrem Nachtheile, gut machen. Die Geschichte stellet zu allen Zeiten *Thrasybule* und *Brutuse* auf: und wenn es kein Beyspiel gibt, daß die Menschheit oder ein Theil derselben, wenn sie nur erst die Stufe ihrer bloß *thierischen* Existenz überstiegen hatte, in völliger Anarchie eine lange Zeit gelebet habe; so hat man eben so wenig eines aufzuweisen, daß irgend eine Tyranny Trotz allen Machinationen sich sehr lange erhalten habe. *Athen* wurde über seine dreysig Tyrannen Meister; *Rom* verjagte seine Könige, und bändigte seinen Adel durch seine Volks-Tribunen; die *vereinigten Niederlande* entzogen sich dem Joche ihrer spanischen Monarchen, und die *Helvetier* erfochten sich mit einem unerschütterlichen Muthe ihre Unabhängigkeit. Ob nun gleich *Athen* auch nachher nichts weniger als frey war, *Rom* unter die Herrschaft von *Claudius*, *Commodus* u. s. w. gerieth,

Hol-

Holland in immer wäherender Gährung blieb, und *Helvetien* unter den *rechtlichen* Verfassungen nicht als Beyspiel aufgestellt werden möchte; so bleibt doch ihre Geschichte immer ein Beweis, daß der Begriff und das Bewußtseyn der Menschenrechte in den Nationen nicht verloschen sey.

6. Ehe wir schliessen, haben wir noch einem Einwurfe zu begegnen, welcher seiner Schwäche wegen unter dem vorher gehenden keinen Platz verdiente. Es möchte nämlich scheinen, daß gerade durch Unterlassung der Sacularisirungen die teutsche Verfassung zerrüttet würde, indem, wenn die Fränkischen Gesandten auf ihrer Forderung, den Rhein als Grenze zu betrachten, bestehen sollten, die geistlichen Churfürsten aufhören, und also die Reichsverfassung zu Grunde gehen würde. Wie wichtig ein solcher Einwurf sey, läßt sich nun leicht aus Folgendem begreifen. Das Wahlrecht der Churfürsten ist durch nichts anderes, als durch eine stillschweigende Einwilligung der übrigen teutschen Fürsten entstanden, indem

dem ursprünglich jeder Fürst das Recht hatte, bey der Wahl zu erscheinen, und eine Stimme dabey abzulegen, so dafs der Begriff eines Churfürsten ursprünglich auf jeden teutschen Fürsten anwendbar war *). Nach und nach, und zwar vorzüglich im dreyzehnten Jahrhunderte, fing das Wahlgeschäft erst an, ausschließig an einige Fürsten zu kommen **), welche sich daselbe auch endlich (1308) bey der Wahl *Heinrichs VII.* gänzlich eigen zu machen bestrebten ***), und über solches (1338) einen Vergleich schlossen, worin sie überein kamen, daselbe mit

ver-

*) Sieh ^{Marcov} *Commentar. de rebus Imperii.* IV. 2. et V. 1. *Chronic. Urspergense* de electione Philippi Suevi. Eccard. Quatern. *Veterum Monumentorum*: „*Convenientes omnes regni principes primo decem ex singulis Bavariae, Sueviae, Franconiae, Saxoniae provinciis principes consilio utiliores proposuerunt, quorum electioni ceteri omnes assensum praebere promiserunt. &c.*“

**) Sieh Leibniz *Cod. Jur. Gent. diplom. prodrom.* n. 11. et 14. wo es heisst: *se cum Prae-latis, Ducibus et aliis ibidem praesentibus deliberatione praehabita de ipsorum communi consilio et assensu ad electionem processisse.*

***) Sieh Leibniz a.a.O. in *Mantissa P.* II, n. 49.

vereinten Kräften für sich zu beschützen und zu erhalten *), bis endlich *Karl der IV.* durch die goldene Bulle (1356) ihnen solches bestätigte. — Demnach kann eigentlich über eine erloschene Churwürde kein Streit feyn, indem jeder teutscher Fürst fähig ist, dieselbe zu erlangen, und folglich bey Abgange eines derselben sich nur Kaiser und Reich über einen neuen zu vergleichen haben. Es sollten sich vielmehr die Fürsten gutwillig darüber vereinigen, da aufser dem, daß das Land eines Churfürsten von dieser Würde keinen Vortheil ziehet, vielmehr in jedem halben Jahrhunderte einige Mahle grofse Summen zu den Wahl- und Krönungs-Feyerlichkeiten herzugeben genöthiget ist, das Wohl jedes teutschen Fürsten bey der Wahl gleich gut bedacht werden muß, wenn nur die Gesetzgebung wirksam ist.

7. Wir wünschen also, daß die Fürsten es endlich einsehen mögen, daß es
für

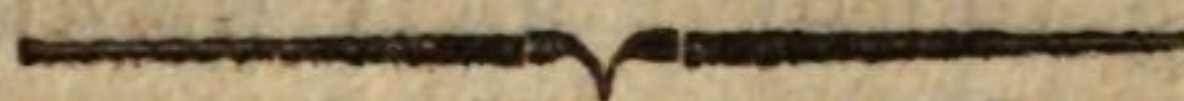
*) Sieh Corp. J. P. S. II.

für sie nur *eine einzige* Pflicht gibt, nämlich die, ihrer Unterthanen Rechte heilig zu halten, und dafs das Unrecht einst auf sie oder ihre Nachfolger schwer fallen wird. Wir wünschen, dafs man nicht von neuem das Leben von Millionen opfere, um sich oder seiner Familie reichere Einkünfte oder einen gröfseren Titel zu verschaffen; dafs man nicht die Rechte des Volkes muthwillig zertrete, um auf ihren Ruinen seine Herrschsucht zu erhöhen; dafs man nicht „den Menschen mit den übrigen lebenden Thieren in eine Klasse werfe, dem nur noch das Bewustfeyn, dafs er ein *nicht freyes* Wesen sey, beywohnen dürfte, um ihn zu den elendesten unter allen Weltwesen zu machen,“ *), und schliessen mit Stolberg:

Ob

*) Kant a. a. O. S. 75.

Ob hier ein schlauer Cäsar Octavius
Ein Volk bejoche, welchem noch Freyheit galt ;
Ob hier nach spät gefund'nen Rechten
Könige Habe des andern theilen ,
Soll mich nicht kümmern! Ich beuge mein-
en Nacken nicht.



Nach-

Nachtrag.

Diese Abhandlung war bereits an einen meiner Freunde, der die Herausgabe derselben besorgte, abgeschickt, und dem H. Verleger übergeben, als ich durch jenen des berühmten Herrn Drs. Christian Ernst Weisse, Professors in Leipzig, *Abhandlung über die Säkularisation teutscher geistlicher Reichsländer* *) erhielt, mit einer Aufforderung, in einem Anhange auf diese Schrift Rücksicht zu nehmen. „Es ist,“ drückte mein Freund in seinem Briefe sich aus, „über diese für ganz Teutschland und gewisser Maßen für unser ganzes Zeitalter so wichtige Materie bereits so viel dafür und dawider mündlich und schriftlich disputirt worden, Leidenschaft und Privat-Interesse haben ihre Stimmen zum Theile so laut und so unbescheiden gegeben, die Gründe haben auf jeder Seite so sehr sich gehäuft, daß

*) Leipzig bey Göschen 1798.

„daß es für jeden in der Sache nicht ganz
„Kundigen beynahe unmöglich ist, auf irg-
„end eine Parthey sich zu schlagen. Selbst
„gegen seine eigene Ueberzeugung wird man
„in diesem Gezänke erhitzter Partheyen miß-
„trauisch und geneigt, die Herren sämt-
„lich in eine Klasse zu zählen, worunter der
„weise Aesop den Satyr jenen Mann
„zählen läßt, der aus Einem Munde
„warm und kalt blies, je nachdem
„die Umstände es erforderten.“ In wie
vielen Fällen nun das Urtheil meines Freund-
es auf die ungeheure Menge von Säculari-
fations-Schriften anwendbar sey, hier aus-
zumachen, möchte Theils die Mühe nicht
lohnern, Theils auch gegen Manchen Unge-
rechtigkeit seyn, da jener Tadel im Allge-
meinen gesagt „von der Natur ist, daß ein
Jeglicher ihn wie einen Ball auf seinen
Nachbar schlaüdern kann.“*)

Eine Schrift von Hrn. Weisse, dessen
Name sicher dem ganzen gelehrten Teutsch-
lande aus seinen Schriften bekannt ist, über
diesen

*) Kant Begriff des Erhabenen und Schönen. S. 96.

diesen wichtigen Gegenstand war mir übrig-
ens um so willkommener, da sich von einem
solchen Manne auf der einen Seite nur etwas
Vortreffliches erwarten liefs, auf der and-
ern aber gegen ihn keinesweges der Verdacht
einer Parteylichkeit Statt haben konnte, der
wohl Manchen der erbitterten Broschüren-
Macher treffen mag, welche mit ihrem un-
seligen Geschreibsel beynahe in allen Bücher-
Katalogen vorkommen. — Wie weit nun
unsere Arbeiten neben einander bestehen
können, zu untersuchen, mag der Zweck
einiger Blätter seyn, in welchen ich desto
gedrängter mich werde fassen können, je
näher wir in der Ausführung einander ge-
blieben sind, obgleich wir in der Haupt-
sache uns sehr weit von einander entfernen.
So sind *erstens* unsere Begriffe von Staats-
recht äufferst verschieden, indem Hr. W.
darunter meistens nichts anderes versteht,
als die teutsche *Constitution*, wogegen
hier dieser Begriff in ganz anderer Bedeutung
vorkommt, nämlich in dem Sinne *eines In-
begriffes derjenigen Bedingungen, unter den-*
en

en das im Naturzustande nur provisorische *Mein und Dein* in ein wirkliches von Allen heilig zu haltendes *Eigenthum* verwandelt werden kann. Dadurch mußten unsere Folgerungen himmelweit (nämlich wie *Ja* und *Nein*) sich von einander unterscheiden, und wir mußten, so weit wir auch mit einander gleichen Schritt gehalten haben, doch zuletzt *Antipoden* werden. Denn wenn die teutsche Constitution, als ursprünglich aus dem *Lehnwesen* entstanden, Alles nur auf die *Reichsstände* berechnet, und des Volkes dabey als einer Art *Colonen* nicht gedacht wird, noch weniger aber von dem Stimmrechte desselben bey Veränderung einer Staatsverfassung einige Erwähnung geschieht; so sondert im Gegentheile das allgemeine Staatsrecht sich in zwey *Theile*, in deren einem abgehandelt wird, was denn für *Rechte und Verbindlichkeiten* jedem *Regenten*, er mag auf was immer für eine Art seines *Postens* sich bemeistert haben, obliegen, bloß aus dem Grunde obliegen, weil

weil er einen Staat, das heißt, eine Vereinigung Mehrerer, um sich wechselseitig ihre Rechte zu sichern, regieret: der andere hingegen beschäftigt sich damit, zu bestimmen, wie denn die Regentschaft eines Staates, die Art, zu ihr zu gelangen, und ihrer verlustiget zu werden, so eingerichtet werden könne, daß es unmöglich werde, je gegen den obigen Begriff eines Staates zu handeln. Das erste bleibt die Grundlage aller Staatseinrichtung, und es kann in dem Gesetzbuche der Vernunft weder durch bestehende Verfassungen, noch durch Observanzen und Gewohnheiten eine Sylbe abgeändert werden, wenn man nicht als Begriff eines Staates angeben will, *er sey eine Vereinigung Mehrerer zu dem Zwecke, daß Einige oder Einer durch ihrer Aller Beystand und Bemühung in den Stand gesetzt werde, jedes Gelüste zu befriedigen.* Eine von undenkbaren Zeiten sich her schreibende

Usurpation eines Rechtes (*possessio immemorialis*) kann nie als Rechtsgrund gegen ein Geboth von jener Art angeführt werden. Was das ganze Volk nicht als rechtlich über sich verhängen kann, kann auch sein Regent nicht über dasselbe beschließen, so weit sich auch sein Besitz des Rechtes, gegen diese Vernunftgebothe zu handeln, beschreiben mag. Alle diese Gesetze sind absolut gebiethe (leges strictae), von denen es keine Ausnahme gibt, und es läßt sich keine stillschweigende Einwilligung des Volkes zur Uebertretung derselben gedenken, als die an der Spitze eines Heeres eingehohlet wird, wie wohl die meisten Fälle, auf welche sich die Constitution der Staaten gründet, voraus setzen. Die Constitution eines Staates aber nach Rechtsgesetzen ist für den regierenden Herrn eines Landes nur ein hypothetisches Geboth, sich derselben immer mehr und mehr zu nähern, jedoch ihre Ausführung bis auf den Nimmertag (*ad calendas graecas*), wie Kant *)
saget,

*) Ph. E. z. e. F. S. 13.

saget, nicht zu verschieben. Es kann daher zwar kein Recht des Volkes gedacht werden, seine bestehende Verfassung *gewaltthätig* aufzuheben, aber eben so wenig ein Recht des Regenten, das Volk bey den einmahl hergebrachten der Vernunft widersprechenden Observanzen mit Gewalt zu erhalten. Ob er daher zwar sagen mag, ihr könnet mich nicht zwingen, die Beherrschung, welche ich *nach hergebrachter Gewohnheit* übernommen habe, abzulegen, so wird er doch nicht zu behaupten berechtigt seyn, dafs das Volk, weil es einmahl gegen seine ursprünglichen Rechte sich etwas habe gefallen lassen, nun gehalten seyn soll, diese Art, Rechte über dasselbe ohne seine *ausdrückliche* Einwilligung zu erwerben, als gesetzmässig zu statuiren. Er mag die Observanz und das Herkommen als Gründe für seinen Besitz der Regierung, aber nicht als Entscheidungs-Normen, wie jene verwaltet werden soll, anführen. Es gibt mehrere Formen zu *herrschen*, aber nur eine einzige zu *regieren*. Teutschland mag in seiner

Con-

Constitution von anderen Staaten sich unterscheiden: aber es gibt kein *teutsches Staatsrecht*, so wenig, als eine *teutsche Moral*. „Die *Staatsformen* *) sind nur der Buchstab der ursprünglichen Gesetzgebung im bürgerlichen Zustande, und sie mögen also bleiben, so lange sie, als zum Maschinenwesen der Staatsverfassung gehörend, durch alte und lange Gewohnheit (*also nur subjectiv*) für nothwendig gehalten werden. Aber der *Geist jenes ursprünglichen Vertrages* (*animæ pacti originarii*) enthält die *Verbindlichkeit der constituirenden Gewalt*, die *Regierungsart jener Idee angemessen zu machen*, und so sie, wenn es nicht auf einmahl geschehen kann, allmählich und continuirlich dahin zu verändern, daß sie mit der einzig gesetzmässigen Verfassung, nämlich der einer reinen Republik, ihrer Wirkung nach zusammen stimme, und jene alten empirischen (statutarischen) Formen, welche bloß die *Unterthänigkeit* des Volkes zu bewirken dien-

*) Kant M. A. G. d. R. L. S. 211.

dienten, sich in die ursprüngliche (rationale) auflösen, welche allein die *Freyheit* zum Princip, ja zur Bedingung alles *Zwanges* machet, der zu einer *rechtlichen* Verfassung, im eigentlichen Sinne des Staates, erforderlich ist, und dahin auch dem *Buchstaben* nach endlich führen wird.“ Wenn es also gleich dem Regenten erlaubt ist, einmahl gegen die ursprüngliche Freyheit des Volkes bestehende Einrichtungen, um sie nicht tumultuarisch abzuändern, noch eine Zeit lang bestehen zu lassen; so läßt sich doch kein Recht deselben denken, neue gegen die Volksrechte streitende Anstalten zu treffen; und was daher in Teutschland auch Herkommens seyn mag; so läßt sich daraus doch nichts weiter folgern. Das Recht, auf Gewohnheit und Observanz sich zu beziehen, entspringet aus dem Princip der rechtlichen Gleichheit als Obersatz, unter welchem es eine Subsumtion ist: *Hast du oder ein Anderer einen Staatsbürger nach diesem Gesetze verbunden; so muß es mir als Staatsbürger gleichfalls*

falls erlaubt seyn, dich nach diesem Gesetze zu verbinden. Allein damit ist nicht gesagt, daß jede Ungerechtigkeit, weil sie einige Mahle geschehen ist, sofort zum Gesetze werden müsse; sondern jenes Princip sanctioniret nur die *Consequenz* als oberstes methodologisches Gesetz auch für das Recht. Der Wille des Volkes ist, gegen jede Ungerechtigkeit gesichert zu seyn, und zwar, da jener Volkswille der Wille *Aller* (*omnium*) seyn soll, so muß er auch der Wille *Jedes* (*singulorum*) seyn, das heist, das Volk will, daß kein *Einzelner* verletzt werde. Aber wie ist denn dieß so einzurichten, daß nie gegen die Rechte eines Einzigen verfahren werde? Wenn das Volk sich in mehrere Parteyen theilte, deren jede der anderen gram wäre; so würde wohl Keiner auf den Willen des Volkes, ihn vor einem ungerechten Richter zu schützen, rechnen können; und doch soll Jeder auch in einem Volke von Teufeln, wie Kant saget, bis zur Gewisheit überzeugt seyn, daß er nie ungerecht werde gerichtet werden.

Dazu

Dazu nun dienet das unmittelbar aus der Vernunft hervor gehende Princip der Gleichheit. Jede That muß sofort Gesetz werden. Denn da es immer unentschieden bleibt, wer etwa in der Folge verletzt werden könne, Jeder aber nach dem nämlichen Gesetze gerichtet werden wird; so muß Jeder darauf sehen, daß die *erste* Ungerechtigkeit ungeschehen bleibe. Wird *ein* Mörder nicht bestraft; so muß sofort Jeder ungestraft ermordet werden können: wird *Einer* ungerecht gerichtet; so muß es Jeder werden können. Daraus entstehet denn eine *reelle* Vereinigung des Volkes, da sie vorher nur ein *Begriff* war. Es lieget zwar in dem Vernunftrechte der Satz: Jedes Vorurtheil (*praejudicium*) muß eine gesetzliche Norm werden: aber damit wird nur von *gerechten* Urtheilen geredet; „denn sonst würde Recht und Gerechtigkeit für ewige Zeiten durch das Gesetz selbst aufgehoben. Eben darum kann im Rechtsgesetze der Satz nicht liegen, daß die Ungerechtigkeit gerecht gesprochen werden solle; sondern nur, daß,
weil

weil aus ihrer Verstattung in einem einzigen Falle eine Rechtmässigkeit derselben nothwendig, nicht nur im Vernunftschlusse, sondern in der That erfolgen würde, diese Verstattung derselben in einem einzigen Falle *schlechthin* nicht vorkommen müsse.“*) Alles Recht ist *Gewohnheitsrecht*: aber sich auf eine Gewohnheit berufen, heisst immer die Gesetzgebung eines Mangels beschuldigen, welchen dieselbe sofort nicht durch die Gewohnheit, (die hier Schlendrian seyn würde,) sondern den Vernunft- und Rechts-Principien gemäss ausfüllen muss. Ob aber der, welcher auf eine Gewohnheit sich beziehet, nach dem bisher bestehenden Gebrauche müsse gerichtet werden, oder ob das neue vor seinem Rechtsstreite noch nicht gegebene Gesetz nicht auch auf ihn sofort angewendet werden könne, ist eine bisher durchgehends, obgleich mit Unrecht, *negativ* beantwortete Frage. Es wäre, behaupteten die Rechtslehrer, Ungerechtigkeit, nach einem Gesetze Jemanden zu richten,

*) Fichte *Naturrecht*. B. I. S. 188.

en, welchem er sich, weil es noch nicht publicirt gewesen wäre, nicht unterworfen habe. Die Sache mag ihre Richtigkeit haben, wenn von Polizey-Gesetzen oder Fällen, welche die Vernunft disjunctiv entscheidet, die Rede ist. Ob eine Schuldforderung z.B. eingetrieben werden könne, auch ohne eine amtliche Bestätigung; ob eine Erbfolge nach diesen oder jenen Graden der Verwandtschaft geschehen solle, u. d. gl., sind Fragen, welche nur nach einer *positiven*, in einem Staate bereits bestehenden Gesetzgebung entschieden werden können. Ob aber das Volk gegen seinen gemeinschaftlichen Willen gerichtet werden könne; ob ein Regent dasselbe als Eigenthum betrachten, mit demselben einen Tauschhandel treiben könne, u. f. w., sind Aufgaben, welche die Vernunft nicht *hypothetisch*, wie jene, sondern *kategorisch* beantwortet, und es kann daher nicht die Frage seyn, ob ein solches Gesetz gegeben sey, oder ob hier nur Gewohnheit entscheide: *Das Gesetz ist durch das Factum des Beysamenseyns des Volkes in einem Staate gegeben,*
und

und über die Existenz desselben kann kein Zweifel entstehen. Ob ein Fürst auf dem Reichstage *diese* oder *jene* Stelle behaupten, *Schwert* oder *Skepter* tragen, *Oheim* oder *Neveu*, *Hochgeborner* oder *Ehrwürdiger* heißen soll, u. s. w., darüber mag die *Gewohnheit* entscheiden: ob aber die Regierung eines Landes nach *Vernunft-Principien* oder nach *Statuten* verwaltet, die Unterthanen als freye Eigenthümer des Bodens, welchen sie bauen, oder als Grund-Unterthanen (*glebae adscripti*) betrachtet werden sollen, darüber können keine *Diplomen*, *Bullen*, *Ersitzungen* (*praescriptio*), u. s. w., sondern nur das Recht eine Norm geben.

Eben so verschieden sind wir in unsern Begriffen von *Säcularisation*. Hr. Weisse gebrauchet dieses Wort in dem Sinne *einer Verwandlung von Kirchengütern in weltliche, welche die oberste Gewalt im Staate veranlaßet hat*: in vorstehender *Abhandlung* heisset *Säcularisation* *Veränderung der Constitution*. Wo also Jener aus *staatswirthschaft-*

schaftlichen Voraussetzungen rätsonirt, da gehe ich von *Rechtsbegriffen* aus. Dort wird bloß eines kleinen Ausschusses von Menschen (des Bischofes und der Dom-Capitularen) gedacht: hier können diese füglich außer Acht bleiben, ihr Vorthail verlieret sich in dem allgemeinen Vorthail des Volkes, von dessen Rechten die Rede ist. Jene Gründe sind *politische*, diese sind *juridische*. Dem Volke wird dort, *obgleich nur incidenter und hypothetisch ein Veto* zugestanden, hier das ausschließende Recht, sich selbst eine Constitution zu geben. Geschichte und Gewohnheit kann dort entscheiden, ob Kirchengüter unveräußerlich sind: hier ist die Unauflösbarkeit des geistlichen Staates durch das einzige und bloße Factum seiner Existenz *als Staates* erwiesen. Das Prädicat *geistlich*, wird dort behauptet, soll hinweggeschafft werden: das wird hier zugegeben, aber mit dem Beysatze, *nicht durch die Umwandlung in eine eben so gesetzwidrige Form, nicht tumultuarisch,*

risch, sondern allmählich und durch die gesetzgebende Gewalt. Der heilige Paulus,*) das Tridentinische Concilium u. a. ~~u. d. g.~~ mögen als Regeln für den Bischof dienen, wie er seinen Lebenswandel einrichten, welche Vorschriften er seinen Dom-Capitularen und seinem Klerus überhaupt geben solle, u. d. gl.: aber wenn vom Rechte die Rede ist, so gibt es ein höheres Princip, als die Sittenregeln der symbolischen, oder nicht symbolischen Bücher, nämlich das der Vernunft, *alles äußere Verhältniß auf Recht zu gründen*, wonach erst die Fragen, wie Moral zu lehren und zu befördern sey, werthtätig beantwortet werden können. Der Bischof mag in seinem

*) *Epist. I. ad Timoth. Cap. 3.* „Oportet ergo episcopum irreprehensibilem esse, unius uxoris virum, sobrium, prudentem, ornatum, pudicum, hospitalem, doctorem, non vinolentum non percussorem, sed modestum; non litigiosum, non cupidum, sed suae domui bene praepositum, filios habentem subditos, cum omni castitate. Siquis autem domui suae praeesse nescit, quomodo ecclesiae Dei diligentiam habebit? non neophytum: ne in superbiam elatus in iudicium incidat diaboli.“ *Ferner Ep. ad Titum. C. 1.*

Der Herausgeber.

em Aüßeren jeden Prunk vermeiden , mag einfach , streng , und völlig canonisch leben , mag alle Kirchengüter einziehen , oder zu besseren Anstalten verwenden , mag den Pomp der Altäre und Kirchendiener , die überflüssige Menge von Geistlichen , ihre allzu reichen Einkünfte verringern , bis alles mit dem Geiste der reinen Moral , die zu lehren und zu befördern der Zweck der Kirche ist , vollkommen überein stimmt , — um so besser für sein Volk : aber keinem auswärtigen Regenten oder Staate kann ein Recht zustehen , ihn selbst zu entthronen , weil eine übel verstandene Lehre der Religion es unrecht findet , daß ein Bischof weltliche Gewalt habe. *)

*) Es ist eine Lehre der Canonisten , eine *Irregularität* (Unfähigkeit zu einer geistlichen Pfründe) *ob defectum lenitatis* zu statuiren , weshalb denn kein Geistlicher Jemanden wegen eines Verbrechens , worauf die Todesstrafe stehet , anklagen , oder gar richten kann ; gleich als ob strenges Recht mit der Moral im Widerspruche stünde ! Der Verbrecher , welcher zum Tode geführt wird , mag zwar das Mitleid jedes Menschen verdienen : aber die Religion , welche einen Staatsbürger von der Verbindlichkeit loszählet , für das Wohl des Staates durch Anzeige der Verbrecher zu sorgen , ist gegen das Heil desselben , und ein solches Statut , auch wenn es mit *Interdict* belegt ist , rechtswidrig ,

Nach dieser Vorbereitung zur Vergleichung beyder Abhandlungen selbst.

In der *Einleitung* gibt Hr. Weiß den oben schon angeführten Begriff der *Säcularisation* an, welchem er jedoch die Einschränkung anhängt, daß nicht so wohl von dem Eigenthume, als von der Landeshoheit die Rede sey, indem jenes unseren *teutschen* Fürsten nicht zukomme. — Dagegen erinnere ich nur zweyerley. *Erstens* ist denn hierdurch wirklich der richtige Begriff von Säcularisation angegeben? Geschieht denn, wenn säcularisirt wird, weiter gar nichts, als daß von der obersten Gewalt die Landeshoheit über geistliche oder kirchliche Güter an einen Andern übertragen, und dadurch die geistlichen Güter in weltliche verwandelt werden? Hat der geistliche Fürst nichts als die Landeshoheit über *geistliche* Güter; so ist sein ganzes Land Eigenthum der Kirche, und seine Unterthanen als *accessorium* jenes Eigenthumes sind nichts anders, als Grundunterthanen, (Martins-Männer oder Gotteshausleute)

leute), denen man jedoch vielleicht noch dazu *blofs aus Güte* etwas mehr Recht, als den Leibeigenen zugestanden hat. — Wie schief diese Ansicht der geistlichen Staaten sey, läfst sich leicht dathun. Zuvörderst ist klar, daß bey weitem nicht alles innerhalb des Gebiethes der geistlichen Fürsten liegende Eigenthum der Kirche sey, obgleich dieser ein ziemlich ansehnlicher Theil des Landes zu Lehen gehen mag, wodurch denn der Begriff eines geistlichen Staates, wie ihn der Hr. Verfasser angibt, viel zu enge wird, indem nach dieser Theorie nur das zum geistlichen Staate zu rechnen wäre, was der Kirche gehört. Aber auch das Wesen eines geistlichen Staates ist dadurch nicht im geringsten angegeben. Denn gesetzt, alles Eigenthum der Dom- und anderer Kirchen u. d. g., was ihnen zu Lehn geht, bleibe ihnen unabgeändert, die bischöflichen Tafelgüter seyen unverringert, der Bischof sey sogar *Gouverneur* des Landes, aber ein anderer weltlicher Regent übernehme die Regierung; so wird sich wohl

wohl nicht sagen lassen, daß die Kirchengüter in weltliche seyen verwandelt worden: es ist vielmehr noch Alles im vorigen Zustande, und ich frage: *ist das Land säcularisirt?* Ich sollte meinen, Hr. Weisse würde mit *Ja* antworten: und da hier offenbar keine Definition von Säcularisation nicht passet, dieselbe zurück nehmen, um sie mit der zu vertauschen, die oben Hauptst. I. §. 4. Abf. 2. gegeben wurde. Setzen wir im Gegentheile, ein Bischof ziehe in seinem Lande die Kirchengüter ein, verändere die Dom-Präbenden dahin, daß sie wirkliche Staatswürden werden, (*gradus auctoritatis*, nicht *honoris*, wie wenn zum Beyspiele die jedesmahligen Präsidenten der Dikasterien Dom-Capitularen wären, welche sich zu jenen Stufen durch ihre Talente von allen niedrigeren erheben müßten, statt daß jetzt umgekehrt der Dom-Capitular Präsident wird) oder schaffe dieselben ganz ab, daß, wie ehemals, das Wahlrecht dem Klerus der Diöcese oder den benachbarten Bischöfen zustünde; *so würden die Kirchengüter*

güter *sämmtlich* in weltliche um-
geschaffen, — ohne daß jedoch
der Staat säcularisirt wäre. Es
kommt bey der Säcularisirung *von Staaten*
auf die recht- oder unrechtmäßige Erwerb-
ung der Kirchengüter nicht im Geringsten
an, eben so wenig auf ihre Verwandlung in
weltliche: diese kann unterbleiben, ohne
daß deshalb minder säcularisirt wäre, und
sie kann vollzogen werden, ohne an eine
Säcularisation des *Staates* zu denken. Die
Uebertragung der Landeshoheit ist freylich
hier die Hauptsache, aber nicht der Land-
eshoheit über die geistlichen Güter, sond-
ern der Landeshoheit überhaupt, welche je-
doch immer noch keine Säcularisation aus-
machet. Cession der Regierung an einen
Andern ist Uebertragung der Landeshoheit,
obgleich nicht immer Säcularisation. Jene
ist Gattungsbegriff, unter welchen diese ge-
höret. Ein geistliches Land, welches aus
was immer für einem Grunde einem welt-
lichen Administrator übergeben würde, wäre
der *übertragenen Landeshoheit* ungeachtet

nicht säcularisirt. Die einmahlige Uebertragung der Landeshoheit ist das Factum, mit welchem die Säcularisation beginnt: aber diese bestehet *in der Abänderung der Art, wie die Landeshoheit in Zukunft übertragen werden soll.* Ob das Recht zu regieren durch die bloße Geburt (*jure haereditario*), oder durch Wahl, entweder von den Vornehmen (*optimates*) im Volke zum *Fürsten*, oder zum *Bischofe* durch das Volk oder den Klerus, oder die Vornehmsten dieses Letztern u. s. w. erworben werden könne, das machet den Unterschied der geistlichen und weltlichen Staaten aus. Die *erste Art* von Monokratie ist erblich, die *zweyte* kann leicht damit übereinstimmen (wie im teutschen Reiche seit Jahrhunderten): die *dritte Art* kann nie erblich werden, so lange wenigstens das Verboth der Priesterehe bestehet. Nicht die einmahlige Uebertragung der Landeshoheit machet also die Säcularisation aus, sondern die Abänderung der Art, wie die Regierung von dem Vorfahrer auf den Nachfolger

folger übergehen soll. Der Irrthum lieget darin, daß Hr. Weisse die geistlichen Länder als zur Kirchenpfründe gehörige *Güter* betrachtet. Aber sind denn die geistlichen Länder Kirchengüter? Bestehen die Bisthümer aus nichts anderem, als der Kirche geschenkten und geopfert Gütern? — Die Geschichte würde hier in manchen Stellen widersprechen. — Hr. W. widerleget sich auch in diesem Eingange selbst, indem er sagt: die Veränderung mit dem Staate, von der hier die Rede ist, würde die nämliche seyn, wenn auch die geistliche Verfassung des Stiftes ganz unverändert bliebe." Wo ist denn aber nun die Verwandlung geistlicher Güter in weltliche? — *Zweytens* frage ich, von was für einer obersten Gewalt soll denn hier die Rede seyn? Ich kenne keine andere in Rücksicht der zu einem teutschen Reichslande gehörigen Güter (also auch Kirchengüter), als den *Landesherrn*. Der Kaiser, welcher mit jener obersten Gewalt wahrscheinlich gemeint seyn soll, kann, wenn wir die Sache nach richt-

richtigen Grundfätzen überlegen, kein Recht haben, die Landeshoheit (weil von Eigenthum keine Rede seyn soll, oder vielmehr kann) zu übertragen. Die Gesetze können es: aber diese wissen von keiner solchen Uebertragung, wie Hr. W. selbst eingestehet. Behaupten wollen, der Kaiser könne das Gesetz geben, daß ein Kirchengut oder die Landeshoheit über dasselbe an irgend Jemanden übertragen würde, hiefse die Landeshoheit der Reichsstände läugnen; denn, wenn der Kaiser jenes kann, warum soll es ihm nicht auch frey stehen, die weltlichen Fürsten ihrer Länder zu entsetzen, und ihre Landeshoheit zu übertragen? Ob er es vermöge, davon ist freylich nicht die Rede: aber soll denn die *Macht* einen Rechtsgrund geben? Der Kaiser kann nicht sacularisiren, so wenig er ein Erbland in ein geistliches verwandeln kann, und die Definition von Säkularisation: *Eine von der höchsten Gewalt durch Uebertragung der Landeshoheit vorgenommene Verwandlung der Kirchengüt-*

engüter, ist durchaus ungültig und unpassend. In dieser *Einleitung* kommt übrigens noch die Literatur dieser Materie vor, welche, was die älteren Zeiten betrifft, vollständig ist, von den neueren Schriften aber, deren wenigstens achzig seyn mögen, nur vier enthält. *)

Hr.

*) Nämlich 1. *Diplomatische Nachlese über die Säcularisationen in Teutschland* in dem Magazin der europäischen Staatenverhältnisse. Jahrgang 1797. Häft. 7.

2. Karl Moriz Fabritius, *über den Werth und die Vorzüge der geistlichen Staaten in Teutschland*. Fr. u. Leipz. 1797. Der nämliche Fabritius (angeblich aus Holland, und dermahlen *privatisirender Gelehrter* in Bamberg) hat auch zum Vortheile geistlicher Staaten noch verschiedene Broschüren geschrieben, welche aber zu unbedeutend sind, als dafs sie eine Erwähnung verdienen.

3. *Ueber die geistlichen Staaten in Teutschland und die vorgebliche Nothwendigkeit ihrer Säcularisation*. Teutschl. 1798.

4. *Freymüthige Gedanken eines teutschen Staatsbürgers über die Säcularisation der geistlichen Wahlstaaten Teutschlands in rechtlicher und politischer Hinsicht*. Altona und Hamburg 1798.

Ob diese gerade unter die besten gehören, will ich eben nicht entscheiden, indess scheint es, Hr. Professor Weisse habe auf die übrigen wenig Vertrauen gesetzt. Eine Anzeige der meisten Schriften für und gegen die Säcularisationen findet man in dem *Handbuche des Congresses zu Rastadt* mit einem Anhang über die *Negotiation in Selz*. gr. 8. 1798. Rastadt und Basel bey Decker.

Der Herausgeber.

Hr. Weisse gehet hierauf zur *Geschichte der Säcularisation* über, welche für ihn zwar wichtig, für den eigentlichen Zweck der Sache aber unbedeutend ist. Vor Einführung der Landeshoheit konnte es noch kein Beyspiel von Säcularisation in dem Sinne geben, wie dieses Wort in unserem Falle gebraucht wird, und die Geschichte von vorher gegangenen Verringerungen der Kirchengüter kann uns daher völlig unbedeutend seyn, ausgenommen in so fern sie durch den angeerbten Haß gegen die Reichthümer der Geistlichen erkläret, warum man beynahe immer mit Säcularisations-Projecten umging. Aber auch nach jenem Zeitpuncte hat sich kein Fall ereignet, der mit den gegenwärtigen Umständen übereinstimmend wäre. Der Fall des *Westphälischen Friedens* ist bereits in der Abhandlung erwähnt und betrachtet worden, und kann also hier füglich übergangen werden. Dieser vortrefflich gearbeitete *erste Theil*, welcher die Geschichte der Säcularisationen enthält, ist daher eher übereinstimmend mit dieser Abhandlung, als ab-

abweichend von derselben, indem die so genau ausgehobenen und ausgezeichneten Umstände die Wahrheit der hier vorkommenden Behauptung *einer gänzlichen Verschiedenheit der im Westphälischen Frieden vorgefallenen Säkularisationen von den jetzt etwa vorzunehmenden* bestätigen. Hr. Weisse gibt dieß auch selbst S. 155 zu. Schweden behauptete dort seine Eroberungen, und die Protestanten theilten mit den Katholiken. Ueberhaupt kann die Geschichte, welche nur Observanzen und Gewohnheiten liefert, nirgends einen Rechtsgrund geben, als wo die Rede von der *Rechtlichkeit des Besitzes* ist, aber nicht, wenn über die *Rechtlichkeit einer zumachenden Erwerbung* gerichtet wird. Hr. W. gestehet denn auch selbst ein, daß es weder positive Gesetze über diesen Gegenstand gebe, noch der *Westphälische Friede* als Entscheidungs-Norm gebraucht werden könne, sondern lediglich das *allgemeine Staatsrecht* und die *Natur der Sache*. Vortrefflich und richtig ge-

gesagt, wenn von einer Säkularisirung in den gewöhnlichen Umständen die Rede ist, aber falsch, wenn die Frage ist, was in einem Friedensschlusse geschehen könne. Hier ist die Quelle aller Entscheidung nicht das Staatsrecht, sondern das Völkerrecht *). Frankreich mag sich selbst eine Grenze bestimmen, welche es will: aber die Reichs- verbindung auflösen kann und will es nicht, da es mit dem Reiche in Unterhandlung tritt, und Friede schliessen will. Zwischen Frankreich und Teutschland kann aber nur das Völkerrecht, nicht das Staatsrecht entscheiden.

Aus

*) In der oberteutschen Literatur - Zeitung St. CXXXVI. (1798) kommt eine Recension über eine Schrift unter dem Titel: *Die Vernunft fordert die Säkularisirungen nicht*, (1798) vor, worin der Recensent die nämlichen Grundsätze aufstellt, welche hier der Verfasser angibt, wenigstens in Rücksicht der Quellen, woraus die Entscheidungsgründe abgeleitet werden müssen; denn über die Materie selbst hat der dortige Recensent sich nicht völlig erklärt. Es wäre zu wünschen, daß derselbe glimpflicher gegen den Verfasser der oben genannten Schrift gewesen wäre, weil Bitterkeit immer einigen Anschein von Parteylichkeit gibt.

Der Herausgeber,

Aus dem allgemeinen Staatsrechte wird
danh in Hrn. Weisse's Abhandlung eine
Plenitudo potestatis oder *Jus eminens* fest ge-
setzt, welches der obersten Staatsgewalt
zustehen, und darauf gehen soll, in einem
Nothfalle das Recht eines Einzelnen zur Er-
haltung des Ganzen aufzuopfern, und ver-
möge der es dem Kaiser erlaubt seyn soll,
einen geistlichen Staat oder auch mehrere
aufzuopfern, um das ganze Reich zu erhalt-
en. — Diese *Plenitudo potestatis* (Macht-
vollkommenheit) ist nun zuvörderst hier
ganz mißverstanden. Dem Regenten kann
kein Recht zustehen, als was in dem allge-
meinen Willen des Volkes, dessen Ausübung
ihm obliegen soll, enthalten gedacht werden
muß. Nun läßt sich aber unmöglich eine
Vereinigung Aller dahin denken, daß Einer
aufgeopfert werde, um Alle zu erhalten,
weil Keiner in den Verlust seiner Persönlich-
keit einstimmen kann, welches jedoch, da
der Begriff des Aufzuopfernden noch im
Schweben ist, geschehen müßte. Es kann
zwar gesagt werden, daß die Vereinigung
dahin

dahin abzielen müsse, daß, wenn das Wohl des Ganzen es erforderte, Jeder sein ihm jetzt zustehendes Eigenthum verlasse, *um es gegen ein anderes zu vertauschen*, da ja die ganze Verfassung eines Staates nur darauf angelegt ist, daß *jeder Staatsbürger: Person*, d. h. *in einer ihm ausschließend zustehenden Sphäre frey wirkendes Individuum sey*: — aber daß Einer seine Persönlichkeit aufopfere, damit das Ganze erhalten werde, welches für ihn, der dabey zur Sache wird, aufhöret zu seyn, davon saget das allgemeine Staatsrecht nichts. Der *pharisäische Wahlspruch*, wie Kant ihn nennet *), „*Es ist besser, daß Einer sterbe, als daß das ganze Volk verderbe*,“ kann auch hier nicht als Regel gelten, weil das der spitzfündigen Politik Gelegenheit geben hiesse, die höchste Gewalt, welche nur eines *zweyzüngigen Diplomaters* bedürfte, um überall Recht zu behalten, unumschränkt und despotisch zu machen, indem ihr bey jeder Beleidigung des

*) Kant a. a. O. S. 197.

des Volkes in einem Individuum der Schein-
grund, worauf sie sich stützen könnte, so-
gleich zur Seite stünde.

Aber auch diesen Zwist gänzlich unvoll-
endet gelassen, so hat Hr. Weisse noch
immer nichts für sich bewiesen. Sein Schluss
stehet jetzt so: Wenn ein Nothfall es ver-
langet, so mag dem Kaiser das Recht zu-
stehen, geistliche Staaten zu säcularisiren; —
nun aber ist im gegenwärtigen Falle ein
Nothfall vorhanden, — also u. s. w. Ich
antworte hierauf: der Obersatz mag durch
das Vorhergehende abgethan sey, obgleich
sich noch mancherley darüber sagen liesse.
Aber der Untersatz ist falsch, und Hr. W.
bleibet uns den Beweis seiner Richtigkeit
schuldig. Der Obersatz stützt sich auf den
Satz, „es wäre widersprechend, das Ganze
einer Zerstörung auszusetzen, wenn es durch
einen Theil deselben erhalten werden könn-
te.“ Um daher den Untersatz zu beweisen,
müßte gezeigt werden, daß ohne die Be-
friedigung der Compensations-Forderungen
durch säcularisirte Reichsländer das ganze
Reich

Reich zu Grunde gehen würde. Aber die Reichsverfassung kann auf zweyerley Art zertrümmert werden, durch eine auswärtige Macht (im gegenwärtigen Falle durch Frankreich), oder durch die Reichs-Mitglieder. Das erste wird nicht geschehen, wie das Vorhaben von Frankreich, einen Frieden mit dem Reiche zu schließen, beweiset, und was Hr. W. von einer Forderung der Franzosen, die Regenten, welche ihre Länder jenseits des Rheines verloren haben, durch säcularisirte Stifter zu entschädigen, *damit sie jene Länder desto sicherer besitzen könnten*, vorbringt, siehet eher einer kleinen Verdrehung ähnlich, und sollte heißen, *die Franzosen haben den Compensations-Forderungen deutscher Fürsten, welche sie durch geistliche Länder befriedigen wollen, nicht widersprochen*. In der That, was kann die Franzosen in dem friedlichen Besitze jener Länder stören, wenn der Friede, welchen sie mit dem Reiche schließen wollen, auf das Völkerrecht gegründet wird?

Es

Es mag der Fränkischen Republik allerdings gleichgültig seyn, ob die geistlichen Staaten säcularisirt werden, oder nicht: und von dieser Seite wäre sicher kein Widerspruch zu erwarten, wenn alle Compensations-Forderungen gänzlich abgewiesen würden. Die *geheimen Negotiationen mancher Höfe*, welche ihren reichsständischen Pflichten gänzlich zuwider laufen, mögen hierin freylich eine Abänderung machen: — aber können denn diese in Anschlag kommen, wenn von dem, was Recht ist, die Rede seyn soll? Das Reich ist ein Staat, in welchem Alles durch den *allgemeinen Willen* entschieden werden muß, der aber nicht durch eine *Umfrage*, bey welcher man denselben sehr unrein bekommen möchte, sondern durch die *Gesetze und Principien des Rechtes* zu bestimmen ist. Diese verwerfen aber alle Compensations-Forderungen bey den Friedensverhandlungen, wie oben gezeigt wurde, und es kann daher der Reichsfriede, ohne auf die Stimme jener zu hören, abgeschlossen, und die sich demselben wider-

er-

erletzenden Reichsstände können *mit Gewalt* auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht werden. Ob dieses Schwierigkeiten haben würde, mag hier unentschieden bleiben; denn es ist nicht von der *Politik*, sondern von dem *Rechte* die Rede: aber gerade das Schwierige der Sache, übermächtige Reichsstände zur Beobachtung ihrer Pflichten zu zwingen, ist ein Beweis mehr gegen Hrn. *Weisse*. Denn ist man gezwungen, um nur die Reichsgesetze nicht ganz entkräftet zu sehen, in den Friedens-Tractaten Alles nur auf einige Widersetzliche zu berechnen, welche die Macht in Händen haben, den Gesetzen sich zu entziehen; so wird man bey Vermehrung jener Uebermacht sich noch mehr auf dergleichen Auftritte gefasst machen müssen, und es bedarf eben keiner besonderen Prophezeyungs - Gabe, um voraus zu sehen, daß das Reich und die Verfassung desselben nach einem nicht sehr entfernten Termine ein Schatten seyn wird. Die Geschichte des Reichskrieges gegen *Chur-Brandenburg* ist noch zu neu, um hier wiederhohlet zu werden, und
manche

manche andere hierher gehörige Fälle zu kitzlich, um sie zu berühren.

Die ganze Sache beziehet sich am Ende auch bey Hrn. Weisse darauf, daß das Volk und seine Rechte ein Nebending, der Fürst und seine Familie aber die Hauptsache seyen. „Die geistlichen Staaten, saget derselbe, sind am geschicktesten, ein Opfer für das Reich abzugeben, weil in denselben immer nur der jetzt lebende Fürst, in Erbstaaten aber die ganze regierende Familie ein wohl erworbenes Recht auf die Regierung hat, wozu noch kommt, daß der geistliche Fürst, als meistens *nur* aus dem niederen Adel gewählt, durch Familien-Verhältnisse nicht so *mächtig* ist, als der weltliche“. — Dagegen läßt sich denn freylich immer noch einwenden, daß weder der geistliche Fürst und sein Dom-Capitul, welches im Grunde hier die succedirende Familie ist, noch der weltliche und seine Familie das sind, worauf es ankommt, *sondern das Volk und sein Recht, unter sich selbst gegebenen Gesetzen zu leben.* Das Dom-Capitul hat kein Recht zur Wahl,
und

und die Familie des Erbfürsten keines zur Erbfolge: aber *das Volk hat das Recht, sich diese oder jene Constitution zu geben*, und deshalb wählet das Dom-Capitul, und succediret der Erbprinz. Hr. Weisse wird mir freylich dagegen mancherley einwenden, aber nur nichts, das mich trifft. Die Lehre *de pacto et providentia majorum, de investitura simultanea et eventuali* habe ich inne: aber ich habe Trotz allen den gelehrten Abhandlungen, welche ich je darüber gelesen habe, mich nie überzeugen können, daß sie etwas weiter bestimmten, als die *Constitution* eines teutschen ^{Reichs} ~~Vater~~landes. Daß durch dieselbe der Grund alles Rechtes, die *Autonomie des Volkes*, aufgehoben werden könne, möchte dem Hrn. W. schwer zu beweisen seyn. Zugegeben also, daß durch jene Feudal-Gesetze ein Streit zwischen einem Fürsten und seinem Volke ausgeglichen werden könne; zugegeben, daß die Rangordnung im Succediren unter mehreren Linien und Häusern bestimmt, (obgleich das Volk, wenn über die Constitution, welche es sich ge-

ge-

gegeben zu haben voraus gesetzt werden muß, ein Streit entstehet, die beste *authentische* Interpretation, die allen anderen der Doctoren u. s. w. vorzuziehen wäre, geben könnte,) werden müsse; so wünschte ich immer noch zu hören, wie mir Hr. W. beweisen würde, daß die Constitution eines teutschen Staates ein Grund seyn könne, warum die eines anderen aufgehoben, oder abgeändert werden könne. Die teutschen Staaten haben als so viele Personen sich in einen Staat vereinigt, oder müssen wenigstens, wenn Recht möglich seyn soll, so gedacht werden. Was soll denn nun aber der Grund dieser Vereinigung seyn, wenn es nicht die *Individualität, das Recht jedes einzelnen Staates, in seiner inneren Verfassung von keinem gestört zu werden*, ist? — — Wenn aber Hr. W. mit Hinweisung auf die Macht der Erbstaaten, welche eine Compensation verlangen, hierauf antwortet, wie er denn das S. 160 thut; so habe ich freylich verloren: aber derselbe möge sich dann auch

bequemen, nicht mehr von einem teutschen *Staatsrechte*, sondern von einer *Reichs-Mechanik* zu reden, und statt für jenes ein rechtliches Princip zu suchen, sich bey dieser mit dem Lehrsatze: *Die Reibung verhält sich, wie die sich reibenden Massen*, zu begnügen.

Soll die *Abhandlung* des Hrn. Weisse eine rechtliche Deduction seyn, wie denn der §. 2. des II. Abschn. allerdings überschrieben ist: *Ueber die Rechtmäßigkeit der Säcularisation*; so müßte der, welcher auf eine Entschädigung durch Säcularisation Anspruch machet, vor einen Richter treten, und sagen können: *Ich verlange, daß ihr mich durch dieses oder jenes Stift entschädiget, die Gründe meiner Forderung findet ihr bey Hrn. Weisse S. 157 bis 166, — und der Richter würde bey der Durchsuchung dieser Rechtsgründe finden, daß die obige Forderung eigentlich so lautet: Ich verlange, daß ihr mich entschädiget, ob ich gleich eigentlich nicht sagen kann, daß ich Schaden erlitten habe, aber ich habe die Macht, euch dazu*

dazu zu zwingen. So fern also der Richter nicht dazu beytragen wollte, daß die Gewalt sich unter den Titel des Rechtes verberge, um ungehinderter ihre Gewaltthätigkeiten ausüben zu können; so würde er antworten müssen: *Wenn es weiter nichts ist, als eure Macht, worauf ihr euch stützet, und durch die ihr auch allenfalls, was ich auch sagen mag, mich zwingen werdet, eure Ansprüche gerecht zu sprechen; so hättet ihr immer von meiner Instanz wegbleiben, und eure Absichten ausführen mögen, die durch den Titel, welchen ich denselben allenfalls geben könnte, nicht aufhören, zu seyn, was sie sind, und wodurch kein Kluger geblendet wird, die Löwentatze unter der Verkleidung zu sehen. Zu dem, wenn ihr euch der Gewaltthat nicht schâmet, was wollt ihr wegen des Namens erröthen? —*

Hr. W. spricht, um seinen Grund, der von der Gewalt und Macht der zu entschädigenden Erbstaaten hergenommen ist, zu rechtfertigen, gar nichts von der Rechtmäßigkeit der Compensations-Forderungen,
en,

en, und was entschuldiget denn also die Gewalt, von welcher hier die Rede ist, wenn dieß nicht durch die Rechtlichkeit der zu machenden Ansprüche auf Satisfaction geschieht? — Hr. W. setzet die Rechtmäßigkeit derselben vielleicht voraus: allein das ist eben die große Frage, *ob der Anspruch auf Entschädigung einen Grund für sich habe?* Jede Entschädigung setzet einen Schaden voraus: allein erleidet denn der Staat wirklich einen Schaden, wenn seine Ländereyen, *aber zugleich auch die Zahl seiner Unterthanen*, geschmälert werden dadurch, daß ein Theil davon an einen mit ihm im *völkerrechtlichen Verhältnisse* stehenden Staat kommt? Man mache mir keinen Einwurf von Verringerung seiner Macht, von Verkleinerung seiner Einkünfte: ich habe bereits oben darauf geantwortet, und antworte auch hier: Wer das *Recht* suchet, der kann nicht von *Gewalt* sprechen, und wenn es nur um Vergrößerung seiner *Macht* zu thun ist, der muß nie das *Recht* zum *Vorwande* nehmen.

Da Hr. W. auf solche Gründe bauet; so liefs sich nun freylich nicht erwarten, dafs er die ihm etwa zu machenden Einwürfe wirklich widerlegen werde, und könne. Der Haupteinwurf ist gar nicht berührt, wie ich gezeigt habe, weil vermuthlich Hr. W. es auch nicht einmahl als *möglich* betrachtete, dafs ihm derselbe gemacht würde, und die übrigen hier vorkommenden Gegengründe sind Theils sehr *seicht*, und verdienen keine Widerlegung, Theils aber nicht *widerlegt*. Was den Einwurf betrifft, dafs man Güter Gottes und der Kirche nicht schmälern dürfe, weil es entweder Gottesraub sey, oder gegen positive Gesetze laufe, oder den Zweck der Stiftungen zernichte; so ist das ein leicht zu entkräftendes, nicht zur Sache gehöriges Argument, welches auch Hr. W. als ein solches betrachtet, und deshalb nur einiger Worte würdiget. Was aber den *zweyten* S. 159 angegebenen Gegengrund betrifft, dafs es ungerecht sey, einem Volke seine Freyheit zu rauben, oder, welches einerley ist, einen Staat zu säcularisiren, um einen andern

ern damit zu entschädigen , so ist dieser Gegenbeweis nicht widerlegt. Es hätte , um denselben zu widerlegen , gezeigt werden müssen , daß einem im Kriege zum Theile eroberten Lande ein Recht auf Entschädigung zustehe , und daß in der Constitution des geistlichen Staates ein Grund liege , warum er zu jener Entschädigung eher , als jeder andere , dienen müsse. Das ist nun hier wirklich nicht geschehen. Daß bey der Säkularisation nur ein geistlicher Fürst , bey Hingabe eines weltlichen Landes aber eine ganze Familie verliere , beweiset nichts ; denn der Fürst und seine Familie sind weiter nichts als *einzelne* Staatsbürger , von deren Rechten die Rede nicht mehr , als von den Rechten jedes andern *Einzelnen* seyn kann ; sondern die *Autonomie des Volkes* ist es , was hier auf das Spiel gesetzt wird , und die ist in dem geistlichen Staate , wie in dem weltlichen. Die Hypothese , mit welcher Hr. W. sich zu helfen suchet , ist kein Beweis , so viel auch derselbe Gewicht in sie zu legen suchet. „Wenn,“ sagt derselbe, „der

„der Feind unbestimmt nur irgend ein Reichsland forderte; so würde dem Reiche das Recht zustehen, dasjenige, welches aufgeopfert werden soll, auszulesen. Durch eine Abänderung der Forderung des Feindes kann aber dem Reiche kein Recht entzogen werden, also u. s. w.“ Zuvörderst ist es nun ganz falsch, daß das Reich ein Recht habe, einen Reichsstand, der aufgeopfert werden soll, zu wählen, weil die Aufopferung der Rechte des einen gerade so groß ist, als die des andern, indem hier von *Personen*, nicht von *Sachen*, welche man nach Gewicht, Größe, Menge u. s. w. schätzt, die Frage ist. Wäre aber auch dieses wahr und erwiesen; so folget noch nicht, daß, weil durch Gewalt das Recht eines Volkes in einem so wichtigen Acte, als der ist, sich selbst eine Constitution zu geben, aufgehoben worden ist, nun durch eine neue Gewaltthat noch einem andern Volke seine Autonomie entzogen werden müsse, damit eine Familie nicht gezwungen werde, einige Regimenter weniger zu halten, ihren

en Hoffstaat einzuschränken, u. f. w. Hr. W. fuchet auch diesen von den ursprünglichen einem jedem Volke zustehenden Rechten hergenommenen Grund *auf seine Art* zu widerlegen. Es wäre, meinet er, darauf nicht Rücksicht zu nehmen, bis das Volk seine Unzufriedenheit äußere: und auch in diesem Falle könne das Reich, da man auch auf das Volk in den eroberten Landen nicht höre, noch immer nicht Acht auf so etwas haben. — Wenn das aus rechtlichen Voraussetzungen räsoniren heißet, so mag immer der Räuber für sich allegiren, daß ja in jenem Brande auch Manches zu Grunde gegangen, in jenem Sturme viel Reichthum von den Wellen verschlungen worden, u. f. w. Die Länder, welche der Feind erobert, werden ihm nicht etwa als eine Entschädigung abgetreten, sondern aus Nothwendigkeit, weil sie vor seiner Uebermacht nicht mehr zu retten sind. Der Feind bedarf keines Rechtsgrundes; denn er stehet bey den Friedensverhandlungen nicht vor einem Richter, sondern mit dem Andern
auf

auf gleichem Fusse. Beyde machen Anspruch auf ein Stück Land: aber er hat die Uebermacht, und es gibt keinen Richter, welcher Recht sprechen könnte, weil es vor dem Friedensschlusse noch keines gibt, und sich denken läßt. Dafs sein Gegentheil das Land schon lange vor ihm inne gehabt habe, beweiset nichts: er konnte durch kein Factum deselben an seinen Rechten verkürzt werden, und seine Ansprüche gehen, bevor er durch das Völkerrecht, welches erst im Frieden geschehen soll, sich eine Grenze setzt, *möglicher Weise* auf die ganze Erdoberfläche. *)

Was aber den Gegengrund betrifft, welchen Hr. W. S. 162 zu widerlegen sucht, dafs nämlich der Kriegschade ein zufälliger sey, dessen Vergütung Niemanden obliege; so hat derselbe, so wie er da steht,

et,

*) Als der König von Preussen die silbernen Bildnisse aus Bamberg im siebenjährigen Kriege wegführen liefs, soll ein Geistlicher, der am Wege stand, gefragt haben: *Quo jure?* Ein preussischer Kanonier antwortete ihm, *jure Canonum*, nach Kanonen-Rechte. — Der König von Preussen hatte Recht, aber der Churfürst von Brandenburg ???

Der Herausgeber,

et, freylich keine Haltbarkeit, ob ihn gleich Hr. W. nicht sehr richtig beurtheilet. Er gibt nämlich zu, daß der Kriegschade ein Zufall sey, läugnet aber, daß das hier etwas beweise, weil es immer dem Reiche überlassen bleibe, ein anderes vortheilhafteres Opfer zu wählen. Hieran ist erstens falsch, daß der Kriegschade ein Zufall sey, wie Hr. *Hofrath und Professor Weber in Bamberg* in der oben einige Mähl angeführten Schrift zu gründlich erwiesen hat, um es hier zu wiederhohlen, und es lieget wirklich die Entschädigung oder vielmehr die Vertheilung dem ganzen Reiche ob. Aber die Sache lieget nur darin, daß der *Verlust von Land und Leuten nicht* unter die *Kriegschäden* gezählt werden kann, und daher hier auch jene Grundsätze nicht anwendbar sind, wie Hr. Weber im letzten Paragraphen seines *ersten Hauptstückes* sagt. Nebst dem hätte Hr. Weisse auch beweisen sollen, daß die Säcularisirung dem Reiche vortheilhafter, als die Verringerung der Macht einiger Erbstaaten sey. Er wäre aber da-

dabey freylich am Ende wieder zurück gekommen auf das, was er oben von der Macht und dem Familien - Vortheile sagte.

Das letzte gegnerische Argument, dessen Hr. W. gedenket, bestehet darin, daß das Reich über die Säcularisirungen endlich gänzlich zu Grunde gehen würde, indem dadurch das Ansehen des Kaisers vermindert, und der Ungerechtigkeit Thür und Thor geöffnet würde. Dagegen meint nun derselbe, „im Kriege hätten ja ohne dieß die geistlichen Fürsten wenig zu bedeuten, und auf dem Reichstage wisse der Kaiser schon durch andere Mittel das Uebergewicht auf seine Seite zu ziehen, und verliere also nichts dabey, da ja ohnehin einige Säcularisirungen zum Vortheile von Familien geschähen, welche mit dem Kaiser in gutem Vernehmen seyen. — Hier wird also das Recht gar auf die Umstände, auf etwas gänzlich Momentanes gegründet, und da der Grund des Rechtes, so wie dieses selbst, fortwährend seyn muß, zufällige Dinge als perennirend voraus gesetzt. Wie leicht
ein

ein solches Argument sey, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Hr. W. fühlet selbst die Schwäche desselben, und gestehet deshalb ein, das Reich müsse sehr sparsam mit Säkularisirungen zu Werke gehen. Aber ist denn das alles, was daraus folget? Und worin bestehet denn eigentlich der Schade, welcher dem Reiche aus den Säkularisirungen zuwächst? bloß in der Verminderung der kaiserlichen Gewalt, oder darin, daß die Gesetzgebung auf dem Reichstage in die Hände einiger übermächtigen Reichsstände *gänzlich* fällt? Und ist es denn nicht Ungerechtigkeit, es mit aller Macht dahin einzuleiten, daß die Reichsverbinding zuletzt ein bloßes Spielwerk werde? — —

Wenn Hr. W. aufrichtig zu Werke gehen will; so wird er gern eingestehen, daß nicht das *Recht*, sondern die *Macht* es sey, die entscheiden *will*, und *wahrscheinlich* *entscheiden wird*, und daß ihm mehr der so leicht voraus zu sehende Ausgang, als Rechts-Principien, die Grundsätze zu seiner Entscheidung geliefert haben. Der geistliche
Staat

Staat wird aufgeopfert, weil er dagegen sich nicht wehren kann, nicht deswegen, weil ein Recht dazu da ist. Hr. v. Hagedorn hat uns bereits vor einem halben Jahrhunderte in seiner *zwanzigsten Fabel* (des *ersten Buches seiner Fabeln und Erzählungen im 2ten Theile seiner poetischen Schriften*) die ganze Geschichte erzählt. *)

Da nun Hr. Weisse die Rechtmäßigkeit der Säkularisirungen bewiesen zu haben glaubet; so blieb für ihn nun noch eine Aufgabe übrig, *nämlich zu bestimmen, wie säcularisirt werden müsse*. Davon handelt er denn bis zum Ende seiner Abhandlung. Was die *erste* von ihm aufgeworfene

*) Da diese nicht Jedermann bekannt seyn dürfte, so mag sie hier stehen: man findet dieselbe in der *Wiener Ausgabe* v. J. 1780. S. 48.

„Zu der Natter sprach der Aal:

„Mein Geschick ist zu bedauern,

„Weil auf mich fast alle Mahl,

„Nicht auf dich, die Leute lauern.

„Ruh und Unschuld schützt mich nicht,

„Weil mir Jeder Netze flicht;

„Mein Geschlecht füllt alle Reusen.

„Vetter, fiel die Natter ein,

„Unschuld wird dich nicht befreyn;

„Aber ich kann Zähne weisen,

„Deren Biss die Leute scheun.

Der Herausgeber.

ene Frage betrifft; so kann sie jedem Rechtslehrer, der zwischen *Recht* und *Ceremonie* einen Unterschied machet, sehr gleichgültig seyn. Ob eine Stimme auf der *geistlichen* oder *weltlichen*, oder gar auf der *Querbank* abgelegt werde; ob der neue Regent des säcularisirten Landes auf Kreistagen diese oder jene Stelle einnehme, das Land, welches ihm übergeben wird, zu Lehen erhalte, oder nicht, ist vor dem Richterstuhle des *Rechtes* ganz gleichgültig: wir wissen ja doch alle, was die ganze Sache zu bedeuten hat, und das Volk, welches seine Autonomie, seine Freyheit verlieret, kann es immer nur als eine sehr schlechte Entschädigung ansehen, dafs sein Fürst die Präcedenz vor anderen behauptet, u. s. w. So lange unser Staatsrecht noch aus Rangstreitigkeiten zusammen gesetzt ist, so lange die Fürsten sich noch darum zanken, wer von ihnen aufrufen, mit dieser oder jener Sorte von Hüten erscheinen, fünf, sechs, oder noch mehr Bügel an seinem Helme tragen dürfe, haben die Völker immer noch angelegent-

legentlichere Dinge auszumaachen, als sich mit jenen Nugen zu bemengen, *nämlich ihren Regenten unaufhörlich und unablässig das Recht vorzustellen.* Daselbe Verhältniß hat es mit der *vierten* und *fünften* Frage, die Hr. Weisse aufwirft, *ob nämlich der neue Regent alle Gerechtsamen des ehemahligen geistlichen Fürsten erhalte, und diejenigen, welche ihm in Ansehung seiner verlornen Länder zustanden, mit auf sein neues Gebieth herübernehmen könne.* Mag immer den Kaiser krönen, wer will, die Erzämter verwalten, wem es beliebt: die Völker verlieren dabey nicht im geringsten, so fern nicht ihre Regenten weibisch genug sind, sich um einen goldenen Apfel zu zanken, wie die Göttinnen auf Ida, und sich allenfalls auch in ihrer Blöße darzustellen, wie jene. Selbst das *Privilegium de non appellando* hat im Grunde so viel nicht zu bedeuten, da ja doch die Kammergerichts - Schlüsse eben nicht von der größten Wichtigkeit in der Zukunft seyn werden.

Desto staaatsklüger zeigt sich Hr. Weisse in dem darauf folgenden §. §., wo von den *Gläubigern des abgehenden Bischofes* die Rede ist, und verlangt wird, die *Privat-Schulden* deselben müssen dem neuen Regenten obliegen, wenn es ohne große *Beschwerde des Landes* geschehen könne. Die Einschränkung ist wirklich noch zu bewundern von einem Publicisten, der Alles auf die Fürsten berechnet, welche für ihn das Principale, die Völker aber das Accessorium sind. So ungerecht übrigens diese Forderung seyn mag, und um so viel ungerechter noch eine andere ist, daß das Land, welches ein Fürst zu seiner Entschädigung erhält, auch noch die alten Schulden deselben bezahlen soll; so stehen doch alle diese Ungerechtigkeiten noch in keinem Verhältnisse zu der durch die Säkularisirung begangenen. Wenn einmahl von dem Grundsätze ausgegangen wird, daß das Volk seines Regenten wegen da sey, und diesem Grundsätze die Persönlichkeit des Volkes aufgeopfert wird; so mag

mag man immer auch den Beutel desfelben dazu thun, da eine Schonung, die derjenige, welcher jene nicht achtet, gegen diefen beobachtet, immer eine Inconsequenz bleibt, wenn nicht vielleicht die Staatsklugheit hier die Sache wieder anders verdrehet, und es doch besser findet, daß man einem Lande in einer Hinsicht weniger aufbürde, *um desto mehr in einer andern von ihm fordern zu können.*

Der *sechste Paragraph* bestimmet die *Veränderungen, die durch die Sâcularisation in der Verfassung eines Landes vorgehen.* Das Wahlrecht des Dom-Capituls fällt weg, und an seine Stelle treten in Fällen, wo die Einwilligung des Dom-Capituls ehemahls erfordert wurde, die Agnaten der Familie. Auch, setzet Hr. Weisse dazu, wäre es wohl gethan, die Wahl-Capitulationen der geistlichen Fürsten dem Friedens-Instrumente einzuverleiben, um dadurch die *Volksfreyheit* zu sichern. Und doch würde diese mit allen dem nur ein Schatten seyn. Volksfreyheit in einer Verfassung,

welche demselben aufgedrungen wird, und welche, wenn auch nicht in der Gegenwart, doch in Betrachtung der Zukunft *a meliori in pejus* geschieht!!! Es mag eine Reihe von *Titusen* und *Antoninen* in einem Erbstaate regieren, und dagegen in einem Wahlstaate eine Reihe von *Heliogabalen* und *Neronen*; so wird zwar in der Gegenwart das Volk in diesem unglücklicher seyn, als in jenem: allein der letztere bleibt, was seine Form betrifft, immer noch der bessere, *weil er die wahrscheinlichere Aussicht hat, sich zu der einzigen rechtlichen Form einer Republik zu verändern und zu erheben.*

Hr. W. meint, wenn der Vorzug der geistlichen Staaten vor den weltlichen sollte erwiesen werden, so müßte man voraus setzen, daß den Wählenden immer das tüchtigste Subject bekannt sey, und daß sie es wählen wollen, und wählen können. — Es ist hier eigentlich so viel nicht daran gelegen, zu beweisen, ob die geistlichen Staaten vor den weltlichen einen Vorzug haben, und ob
also

also durch die Verwandlung jener in diese das Volk einen Verlust erleidet; denn dieser ist hergestellt, so bald dem Volke eine Verfassung anstatt der bestehenden *aufgedrungen* wird. Auch bin ich weit entfernt, jenen Vorwurf des Hrn. W. zu läugnen, auf welchen sich übrigens immer noch einwenden läßt, daß, wenn die Güte der geistlichen Staaten den guten Willen der Wählenden voraus setze, in den weltlichen etwas weit Unwahrscheinlicheres voraus gesetzt werden müsse, nämlich daß in einer ununterbrochenen Reihe einer Generation von Fürsten lauter große Menschen zum Vorschein kommen müssen, wogegen Thümmel in seinen *Reisen in die mittäglichen Provinzen von Frankreich* B. III. mancherley triftige Gründe anführet. Dort wird die *moralische* Kraft, hier die *physische*, dort der gute Wille von *Menschen*, hier der des *Zufalles* voraus gesetzt. — „Einem Tyrannen den Dolch ins Herz, ändert allein noch keinen Staat um;“ *) denn es umgeben ihn immer noch

*) Sieh *Ardinghella* oder *die glücklichen Inseln*. B. I. S. 307.

noch seine Agnaten und Augendiener u. f. w. auch noch im Grabe, und werden durch was immer für Blendwerk dem stürmenden Volke wieder einen neuen aufbinden. Und wenn es auch unter *tausend* Staaten *einem* Rom gelingt, seine *Tarquine* zu verjagen; so bleibt das doch immer ein *Meteor* in der Geschichte der Menschheit, und würde es um so mehr in Teutschland seyn, wo, wie Hr. W. selbst saget, der *hohe Reichsadel* durch seine Familienbündnisse zu mächtig ist, um etwas gegen seinen Vorthail zu unternehmen. Anders aber verhält es sich in den geistlichen Staaten. Der bey weitem mindere mächtige Regent ist viel mehr an die Gesetze gebunden, und gezwungen, sie der allmählich fortschreitenden Aufklärung des Volkes angemessen zu erhalten, weil seine Verfassung nicht auf dem Terrorismus ungeheurer stehender Heere, sondern mehr auf dem Fanatismus religiöser Meinungen beruhet. Wenn hier gilt, was Cicero saget: *Opinionum Commenta delet dies*; so gibt es dort nur einen bey weitem beschwerlicheren

en

en und mißslicheren Weg über die Leichen von Taufenden. Auftritte , wie der vom 10ten August 1792 bezeichnen hier den Gang einer Revolution , welcher dort sehr leicht und allmählich bewirkt werden kann. Der Erb-Regent bedarf nichts , als seinem ganzen Lande eine gänzlich militärische Verfassung zu geben , um immer eine Schutzwehre für sich zu haben , wie wir das auch in den meisten Erbstaaten sehen. Aber der geistliche Fürst ist Theils nicht im Stande , aus seinen geringeren Einkünften groſse stehende Heere zu haben , Theils auch durch sein Dom-Capitul zu sehr daran gehindert , und seine Existenz hängt , da ihn auch keine Familien-Verhältnisse decken , lediglich von der guten oder bösen Meinung seines Volkes von ihm ab. Dafs bisher die Geschichte uns kein Beyspiel einer eben sehr verbesserten geistlichen Verfassung aufgestellt hat , beweiset weiter nichts , als dafs die Aufklärung des Volkes noch nicht sehr weit gediehen ist: aber dafs es geschehen werde , dafür bürget die Vernunft , und der Mechanismus

nismus der menschlichen Neigungen. Zu dem soll dieß auch kein Rechtsgrund, sondern nur eine Widerlegung der schalen Behauptung seyn, daß die geistlichen Staaten eher zu einer Aufopferung geschickt seyen, als die weltlichen.

Der §. 7. handelt wieder von *Curialien* und *Heraldik*, und kann uns also wenig interessiren, um so mehr aber der *letzte Absatz* desselben. „Verschiedene andere Veränderungen, welche den *Hofstaat* des Fürsten betreffen, der *natürlich* bey einem weltlichen Fürsten wegen der Familienverhältnisse *vergrößert* werden muß, übergehe ich deswegen mit Stillschweigen, weil sich hierüber keine allgemeine rechtliche Grundsätze aufstellen lassen.“ Rechtliche Grundsätze über einen solchen *Firlefanz* wären auch allerdings etwas mit der Natur des Rechtes unvereinbares, so wenig es mit dem Begriffe des *Publicisten* vereinbar ist, ihn behaupten zu hören, der *Hofstaat* eines weltlichen Regenten *müsse natürlich* vergrößert werden. Wo lieget denn im Staats-

Staatsrechte oder in der Natur der Sache der Begriff eines Hofstaates überhaupt, und wie kann man denn sagen, er müsse *natürlich* vergrößert werden? Schätzt man freylich die Staaten nach dem Range, welchen eine lächerliche Titel- und Rangfucht der finstern Zeiten des Mittelalters erfunden hat; so stehet der Herzog vor dem Grafen, beyde vor den Rittern, alle unter dem Erzherzoge, und dieser mit jenen unter den Königen, welche man wieder den Erzkönigen u. s. w. nachsetzen könnte. Aber wollen wir denn nicht einmahl aufhören, uns mit solchen Dingen abzugeben, um endlich auch die Volksmeinung dahin zu bringen, daß sie in ihrem Regenten nicht den Herzog oder König, sondern den Repräsentanten der Gesetze erblicket? Aber vollends gar zum Nachtheile der Völker Folgerungen auf Vergrößerung des Hofstaates, mithin auf Erhöhung der Auflagen u. s. w. zu ziehen!!! Der Hofstaat eines Fürsten sind die *öffentlichen Beamten der Gerechtigkeit*, neben denen alle Marschälle, Stallmeister

meister, Truchfesse u. s. w. bis zum letzten Trabanten und das letzte Pferd im Marstalle hinunter als kindisches Spielzeug sich verlieren, und als Puppen erscheinen, mit denen ein läppischer Geschmack das Staatsgebäude ausgeputzt hat, *welches nur in der größten Einfachheit schön erscheint.*

Der achte und neunte Paragraph handelt von den *Abänderungen, welche in Rücksicht der Kirche bey einer Säcularisation Statt finden würden.* Man könnte, sagt Hr. W., den Bischof auch bey der Säcularisirung noch immer, obgleich nicht als reichsunmittelbar, bestehen lassen, und ihm die kirchlichen Verrichtungen übertragen, (in welchem Falle denn auch das Dom-Capitul noch beybehalten werden könnte, um den Bischof zu wählen,) oder auch, wenn Umstände es verlangten, beyde abschaffen. An allen dem ist nun kein Zweifel, und was das Staatsrecht betrifft, nicht das mindeste gelegen; denn beydes gehört zur Kirchenverfassung, und bleibt daher dem neuen Regenten überlassen.

Der

Der zehnte §. ist der Untersuchung bestimmt, wie es mit Religion in den säcularisirten Ländern zu halten wäre. Hr. Weisse beruft sich hierüber auf den *Westphälischen Frieden* und das Normal-Jahr *). Die Streitigkeit, deren Hr. W. am Ende dieses Paragraphen erwähnt, von dem *Simultaneo*, dürfte wohl nicht eher beygelegt werden, bis man einzusehen anfangen wird, daß Religion nur das *Beförderungsmittel der Moral* seyn soll, und daß es daher keine Verschiedenheit der Religionen geben könne **).

Im eilften und letzten Paragraphen handelt endlich Hr. W. die Frage ab, ob nicht wegen der *Säcularisation* Manchem ein Anspruch auf *Entschädigung* zustehe? Welches denn bejahet wird in Ansehung des *Bischofes* absolut, in Ansehung des *Dom-Capituls* auf den Fall, wenn dasselbe sogleich aufgehoben würde, ohne dessen Aussterben abzuwarten; verneinet hingegen in Ansehung des Papstes in Rücksicht seiner *Confirmations-*,
Annat-

*) J. P. O. art. V. §. 33.

**) Kant ph. E. z. e, F. S. 55.

Annaten -, Pallien-Gelder, u. s. w. Hier wäre also eine Entschädigung für die Entschädigung, welche im Grunde beyde auf den säcularisirten Staat fallen, obgleich Hr. W. die letztere den Reichsgliedern, deren Rechte durch die Säcularisation gerettet worden sind, auferleget. Dabey ist nun von dem schiefen Grundsätze ausgegangen, daß zur *Entschädigung wegen erlittener Kriegsschäden* nur der beytragen müsse, dessen Rechte durch jenen Verlust sind gerettet worden, worüber ich mich auf eine schon mehrere Mahle angeführte Schrift berufe *). *Zweytens* bedürfte es nur eines Politikers, um zu erweisen, daß durch die Säcularisation die Rechte des säcularisirten Staates seyen gerettet worden; denn, würde er sagen, „wir waren mächtig genug, um uns gegen den Feind zu schützen: aber ihr wäret von ihm verschlungen worden.“ Man würde ihm freylich antworten können, „ob ihr uns unterjochet, oder der Feind, kann

*) Dr. G. M. Weber über die *Repartition der Kriegsschäden*.

„kann im Grunde gleich gelten, ob es gleich
„noch nicht entschieden ist, wobey wir
„mehr gewonnen hätten. Ihr habet einmahl
„unfere Freyheit aufgeopfert, und könnet
„nicht sagen, dafs ihr unfere Rechte,
„welche ihr zernichtet, gerettet habet.“

Dabey möchte aber gegen einen *Politiker*
wenig gewonnen werden, zumahl wenn er
hinzu setzte: „Es ist ja euer Regent, den
„ihr erhalten follet, u. f. w.“ Und so müßte
das Volk zwey Regenten ernähren, ohne
vielleicht einen einzigen tüchtigen zu haben.
Merkwürdig ist die S. 194 vorkommende
Stelle. Hr. Weisse fraget, ob man
den geistlichen Regenten für die verlorne
Regentschaft entschädigen müßte? —
Nein, antwortet er, „denn das könnte nur
„dadurch geschehen, wenn man ihm wieder
„die Regierung eines anderen Staates über-
„liesse, welches aber natürlich ohne *Unge-
„rechtigkeit*, und ohne neue Ansprüche auf
„Entschädigung zu erregen, nicht gescheh-
„en könnte.“ Aber wo lieget denn Unge-
rechtigkeit? Der weltliche Fürst fordert

Ent-

Entschädigung, weil er sein Land verloren hat. Gut! Der geistliche Fürst tritt ihm das seinige ab! Aber dieser hat nun auch sein Land verloren, und fordert Entschädigung! Das nennet nun Hr. Weisse Ungerechtigkeit. Aber warum denn? „Dort, faget er, „war die Rede vom *hohen* Reichsadel, aber „hier vom *niederen*; dort war die Rede „von einer ganzen (noch dazu *hochadelig-* „*en*) Familie, hier nur von *einem* Fürsten „ohne *Descendenz*. Der Erbfürst hatte ein „Heer und mächtige Freunde, der geist- „liche Fürst hat beydes nicht.“ — Richtig! Sie haben ihre Sache gewonnen: dem *bösen* Kinde gibt die *kluge* Mutter doppelt Brod; die *gerechte* Mutter zwinget es zum Gehorsame. Aber Kant faget *): „Statt der *Praxis*, deren die *staatsklugen* Männer sich rühmen, gehen sie mit *Praktiken* um, indem sie bloß darauf bedacht sind, dadurch, daß sie der jetzt herrschenden Gewalt zum Munde reden, das *Volk*, und wo möglich, die ganze Welt Preis zu geben, nach der

Art

*) Kant a. a. O. S. 65.

Art *echter* Juristen (vom *Handwerke*, nicht von der Gesetzgebung), wenn sie sich bis zur Politik versteigen. Denn da dieser ihr Geschäft nicht ist, über Gesetzgebung selbst zu vernünfteln, sondern die gegenwärtigen Gebote des Landrechtes zu vollziehen; so muß ihnen jede jetzt vorhandene gesetzliche Verfassung, und wenn diese höheren Ortes abgeändert wird, die nun folgende, immer die beste seyn; wo dann alles so hübsch in seiner gehörigen *mechanischen* Ordnung ist. Wenn aber diese Geschicklichkeit, für alle Sättel gerecht zu seyn, ihnen den Wahn einflößet, auch über Principien einer Staatsverfassung überhaupt nach Rechtsbegriffen urtheilen zu können; . . . so können sie diesen Ueberschritt nicht anders, als mit dem Geiste der *Chicane* thun." — Der verehrungswürdige Hr. Fichte *) tadelt diejenigen, die das Princip der absoluten *Uebereinstimmung mit sich selbst* zum Princip der Sittenlehre machen wollen, und, wie mich dünk-

*) *Naturrecht*. B. I. Einleitung II. in der vorletzten Note.

dünket, mit Recht. Allein im Ganzen genommen ist jenes Princip denn doch, wenigstens in der Rechtslehre, nicht zu verwerfen, nicht zwar als oberster Grundsatz, aber doch als *methodologisches* Princip. Wenn Hr. Weisse von Anfang bis zu Ende sich hätte consequent verbleiben wollen; so würde er am Ende auf Behauptungen gekommen seyn, die mit keinem Rechts-Princip in der Welt zu vereinbaren sind.

Wenn man von *politischen* Grundsätzen ausgehet; so ist der ganze Plan zu dem Frieden leicht zu zeichnen. Die Macht eines Jeden läßt sich ja nach seinen Regimentern, nach der Ausdehnung seines Gebiethes, u. s. w. berechnen, und man kann daher leicht bestimmen, wie viel man einem Jeden nachzugeben habe. Der Mächtigste schreibet die Regeln vor, und hat die meisten Rechte, der Schwächste die meisten Verbindlichkeiten. — Jedoch, wenn dieser klug ist, so ergreift er die Partey von jenem, und seine Macht oder seine Kasse müssen sich wohl dabey befinden. Das Volk,
welch-

welches eigentlich keine Rechte hat, und bloß mit sich machen lassen muß, was man will, brauchet dabey nicht in Betrachtung zu kommen, als nur in so fern man doch immer sich in Acht zu nehmen hat, einem tollen Haufen, der, wenn er sieht, keinen Spas verſtehet, den Nebel nicht von den Augen zu blaſen. Deſſhalb hält man geheim, was jene nicht zu wiſſen brauchen, oder gibt ihm den Namen von Recht *). Wenn nun der Mindermächtige ſeinen Vortheil verſtehet; ſo bekommt er dabey ſeinen Antheil: iſt er aber nicht klug genug; ſo hat man auf ihn nicht zu achten, da er ohne dieſs zu einem groſſen Manne verdorben iſt.

*) Lichtenberg drückt ſich im *Göttinger Taſchenbuche* vom Jahre 1786 über einen ähnlichen Fall aus: Heinrich IV. (König von England) machte auf die Regierung im Namen der heil. Dreyfaltigkeit Anſpruch, und wirklich wußte auch wohl die heil. Dreyfaltigkeit nur allein, was er für ein Recht darauf hatte; weder er, noch die, die ihn gewählt hatten, ſchienen es zu wiſſen. Die Familie, die eigentlich hätte folgen ſollen, war die von *Marche*. Kein Menſch bezweifelte die Gerechtfamen derſelben, auch verſuchte es die andere Partey nicht einmahl, ſie gegen ein billiges Honorar juriſtiſch bezweifeln zu laſſen. — —

ist. Dem zu Folge erhält Frankreich, was es verlangt, jedoch mit der Bedingung, daß es hinwieder andere Ansprüche unterstütze. Im öffentlichen nimmt freylich die Sache einen anderen Gang: man kann sich fogar gegen das, was man *in geheim* betreibt, *sträuben*, und so sich das Ansehen der strengsten Gerechtigkeitsliebe geben, ohne darum seinen Zweck aus den Augen zu verlieren.

Dafs die Sache wirklich diesen Gang genommen habe, und um *dahin* zu kommen, *wo sie ist*, habe nehmen müssen, ist keinem Zweifel weiter ausgesetzt, und es läßt sich leicht erweisen. Zuvörderst ist die Neutralität der mächtigsten Reichsstände den teutschen Fundamental-Gesetzen gänzlich zuwider.*) Was aber die Abschließung der Separat-Frieden betrifft; so läßt sich der Inhalt derselben Theils aus der kaiserl. Erklärung an die geistl. Reichsfürsten vom 6ten

*) R. A. v. J. 1641 §. 81. R. G. A. v. 26ten Febr. 1734: „nach Inhalt des Reichsgutachtens vom 4ten Febr. 1689 beschlossen, daß keine Neutralität, unter was immer für Prätext und Vorwand es auch seyn möge, zu gestatten sey.“

6ten Februar 1797, die Hr. Weisse gleichfalls anführet, schliessen, Theils aus den allgemein bekannten *geheimen Friedens-Artikeln* des *Herzogs von Württemberg* ersehen. *) In diesen geheimen Verhandlungen mit der Fränkischen Republik also, nicht in irgend einer andern Ursache ist der Grund zu suchen, warum dieselbe die Sacularisation als Basis zur Entschädigung vorschlug; und es lieget klar am Tage, dafs nicht der Vorthail der Nationen, nicht die Stiftung ein-

*) 1. La Republique française demandera et insistera, pour qu'il soit sécularisé en faveur du Duc
a) le baillage d'Oberkirch du cy-devant Evêché de Strasbourg. b) l'Abbaye de Zwifalten, c) la Prévoté princière d'Elwangen.

2. Le Duc s'oblige à concourir par son suffrage à la Diète a) à la Cession de la Rive gauche du Rhin, des Isles, et du Cours du fleuve; b) à ce que les Etats d'Italie soient dégagé des liens de Féodalité; c) à la sécularisation des principautés ecclésiastiques nécessaires pour les dédommagemens des princes laïques.

4. Il s'oblige, d'observer toutes les Guerres futures entre la France et toute autre Puissance la plus exacte Neutralité, et à ne pas fournir ni contingent, ni autre secours. &c.

Sieh die *Betrachtungen eines patriotischen Württembergers über die geheimen Friedens-Artikel des verstorbenen Herzogs von Württemberg mit der französischen Republik.* (von 7ten August 1796) Reutlingen. 1798.

Der Herausgeber.

eines Rechtszustandes zwischen Frankreich und Teutschland es ist, was die Friedens-Agenten beschäftigt, sondern der Privat-Vortheil einiger Familien; denn es läßt sich nicht sagen einiger Staaten, weil diese nicht den geringsten Vortheil dabey haben, wenn ihre Regenten täglich mehr Macht gewinnen, um täglich ihre Länderfucht weiter auszubreiten, und den militärischen Despotismus zu erhöhen. — Dabey ist nur zu wundern, daß noch kein geistlicher Fürst auf den Einfall gekommen ist, sich und sein Land in geheim an einen dieser Eroberer zu verhandeln, da doch dabey der Nutzen eben so auffallend ist, als bey der Unterlassung einer solchen Staatsklugheit der Nachtheil augenscheinlich ist. Ein Beweis, daß der *niedere* Reichsadel der Regierungskunst doch nicht so ganz Meister ist. — — Hätte man das *Recht* zur Richtschnur bey den Friedensverhandlungen sich wählen wollen; so würden dieselben mit ungleich weniger Zeit- und Kostenaufwand berichtet und geendigt worden seyn. Der Rhein hätte, wenn sich das

das

das nicht abändern liefs, die Grenze bleiben, und die Schiffahrt auf demselben gemeinschaftlich werden mögen. Die Rechte des Französischen Handels und Verkehrs nach Teutschland, so wie die Behandlung der Bürger des einen Staates in dem andern wäre genau bestimmt, eine allgemeine Amnestie über alles vor und während dem Kriege geschehene (worunter also auch rückständige Requisitionen, Contributionen, Zurückgabe der desfalls genommenen Geisseln u. s. w. enthalten gewesen wären) fest gesetzt, und ein Bund zwischen Frankreich und Teutschland und den übrigen den Frieden garantirenden europäischen Mächten wäre dahin geschlossen worden, die zwischen allen bestehenden Verträge aufrecht zu erhalten, einander gegen jeden Feind zu schützen, und zu garantiren. Dadurch wäre denn das ganze Geschäft vollendet gewesen, und zwar zum Vortheile der Nationen, weil der Friede dadurch dauerhafter geworden wäre. Reichsstände, welche sich diesem Beschlusse widersetzt hätten, wären als
Land-

Landfriedens-brüchig behandelt, und zur Ratification gezwungen worden, und von Compensationen für etwas, was man nie verlieren kann, weil es nicht *Eigenthum* seyn kann, wäre keine Rede gewesen. Die Reichsverfassung hätte die Stände gegen Beeinträchtigung unter einander, der Bund gegen äußere Feindseligkeiten geschützt.

Da es aber nun die Politik dienlicher gefunden hat, auf Kosten der Völker ihre Unterdrücker zu bereichern, und zu gröfseren Ungerechtigkeiten ihnen Macht zu verschaffen; so ist nichts weiter zu wünschen übrig, als dafs die Vernunft und die Begriffe von Recht und Gerechtigkeit in jedem Menschen um so thätiger und eifriger entwickelt werden, damit die ungerechten Verächter der Menschenrechte gezwungen werden, einzusehen, dafs alle ihre Macht vom Volke ausgehe, und dafs es nur eine einzige Art gebe, sich im Besitze derselben zu erhalten, nämlich die Aufrechthaltung des Rechtes in allen Verhältnissen der Menschen zu einander; dafs jede Gewalt am Ende nur ein Mittel werde,

werde, das Recht um so gewisser geltend zu machen, und dafs der Palaß, der auf unsicheren Grund erbauet wird, am Ende seinen Inwohner erschlage. *Alle Obrigkeit kommt von Gott*, saget die Religion, und das Recht saget, *alle Gewalt des Regenten gehet vom Volke aus*, und derselbe muß daher die Rechte desselben so heilig halten, als Gott, so dafs also jener weise Spruch nicht nur eine Verbindlichkeit des Volkes, sondern auch des Regenten enthält, und in der Vernunft an und für sich schon enthalten ist. Wenn es daher schrecklich ist, einen Karl den I. und einen Ludwig den XVI. auf dem Schaffotte zu erblicken; so ist es wenigstens eben so abscheulich, die Rechte ganzer Nationen zertreten, und mit elenden Sophismen die Zerstümmerer derselben vertheidigen zu sehen. Wenn es der Vernunft zuwider ist, in einem Staate eine Klasse von Menschen zu sehen, die mehr als Staatsbürger seyn wollen; so wird dieser Mißbrauch dadurch schrecklich, wenn man sogar das Recht auf jene Vorurtheile

theile gründet, und nach denselben verdrehet. Wenn der tumultuariſche Fanatismus eines Me zler *), die Mordgierde einer gereizten und ihre Rechte wieder ſuchenden Nation fürchterlich und ſchrecklich iſt; ſo iſt der Gedanke wenigſtens eben ſo empörend, daß die Völker durch die Ufurpationen ihrer Tyrannen zu dergleichen Graufamkeiten verleitet und gedrungen werden. Die Empörungen, welche in der Geſchichte aller Jahrhunderte und aller Nationen vorkommen, die ſchrecklichen Mord-Scenen, welche die Jahrbücher der Menſchen entſtellen, laſſen zwar vor keinem Richterſtuhle ſich rechtfertigen, aber doch durch den ſchrecklichen Mißbrauch, welchen die Sucht nach Macht und Gröſſe von je her von den Rechten der Menſchheit machte, entſchuldigen. „Es iſt, ſaget Heinſe *), dem Menſchen ſo füß, über Andere zu herrſchen, deren Knaben und Töchter und Weiber ſich

*) Aus den Zeiten des Bauernkrieges.

*) *ArdinghELLO* a. a. O. B. II. S. 301.

sich aufwarten zu lassen, ihren besten Wein zu trinken, ihre besten Früchte, ihr bestes Gemüse und Fleisch zu schmausen, sie im Sonnenbrande arbeiten zu sehen, und selbst im kühlen Schatten faulenzten, sie unter den Schwertern und dem donnernden Geschütze der Feinde zu wissen, wenn junge zarte Dirnen ihm sorgsam die Fliegen wegwedeln! Jeder will dazu Recht haben, und göttliches Recht haben, so bald er im Besitze ist, und liefs eher den letzten Kopf von allen seinen Unterthanen, Vater und Sohn, Mutter, Bruder, Schwester, Tochter über die Klinge springen, die es rebellisch läugneten, und befände sich lieber allein in einer Wüste zwischen der Pest der Hingerichteten, als dafs er z. B. einem Rom gestattete, aufser seiner Unterjochung das erste Volk der Welt zu seyn." Auch mußte es die Natur, wenn ihr Zweck erreicht werden sollte, so anlegen, damit durch die Reibung Aller an Allen ein Gleichgewicht entstünde. Um so schrecklicher aber auch, wenn ein nieder getretenes Volk aus seiner Sklav-

Sklaverey sich erhebet, und mit seinem Tyrannen rechtet *).

Ob zwar diese Blätter im Buche der Geschichte wahrscheinlich oder vielmehr gewiss kein armfeliges Komma verändern werden; so dienen sie doch vielleicht dazu, irgend einen Menschensohn auf die Ereignisse und die ihnen zum Grunde liegenden Maximen des Durstes nach Grösse und Macht aufmerksam zu machen, diesen die Maske von der heuchlerischen Miene zu reißen, und
zu

*) Herrn *Prof. Weisse's* Schrift ist hier nur in Beziehung auf gegenwärtige Abhandlung betrachtet. Den Leser, der die ganze Schrift des Hrn. W. unabhängig von irgend einer anderen Arbeit beurtheilt sehen will, verweise ich auf die Recension in der *Oberteutsch. Allg. Lit. Zeit.* St. II. u. III. vom 4. und 7. Januar 1799. ferner auf die *Neuen Würzburger gel. Anzeigen* Nro III vom 9. Januar 1799, wo dieselbe grössten Theils aus dem nämlichen Gesichtspuncte dargestellt wird. Auch ist neuerdings eine Schrift unter dem Titel: *Die Unrechtmässigkeit der Säcularisirungen*, als Antwort auf des Hrn. Drs. und Prof. *Weisse* Schrift über die *Säcularisationen teutscher geistlicher Reichsländer &c.* Philalethopolis 1799 erschienen, welche mir noch gerade während des Druckes des letzten Bogens in die Hände fällt, und die ich, weil dieselbe doch zu diesem Gegenstande gehöret, hier anzeige.

Der Herausgeber.

zu bestätigen, was Niemand läugnen wird, und was mancher gut gefinnte Reichsstand *) auf dem Reichstage äußerte, daß *das Reich nicht durch die Macht der Stände, sondern durch Recht und Gerechtigkeit erhalten werden könne*. Die Schelfucht wird dieser Schrift zürnen, der Despotismus sie verdammen, die Chicane ihrer lachen, aber der Rechtliebende sie wahr und bewährt finden. Mein einziger Lohn möge das Zeugniß des ehrlichen Mannes seyn, daß mich keine Partey und keine Schmähsucht leitete, so wie mein einziger Zweck war, die Wahrheit zu sagen, und meine einzige Schutzwehre mein Bewußtseyn ist, daß dem, der keinen Tyrannen fürchtet, und vor keiner Cabale zittert, der von keinem Gönner abhängt, von Niemanden befoldet ist, die Mittel seines Erwerbes nur sich selbst und den Männern danket, die Wahrheit ihn kennen lehrten, jede Despotie, sie verkrieche sich

*) Sieh die Erklärung des Fürsten von Würzburg auf dem Reichstage, in der vortrefflichen *Staatszeitung*. Jahrgang 1797. Nro 21 u. folg.

Der Herausgeber.

sich unter die Stole oder ein Diadem, fechte mit Schwertern oder Bannstralen, drücke mit krummen oder geraden Stäben, gleich sehr und gleich unverföhnlich hasset, — daß dem, sage ich, kein unmächtiger Erdengott schaden könne. Ueberflufs wünsch' ich nicht, und meine Bedürfnisse befriedigen sich leicht.



Druckfehler.

- Seite 38 Zeile 12 von oben, statt eine l. *einer*.
S. 40 Z. 1 von oben st. ganzee l. *ganzen*.
S. 81 Z. 7 von unten, st. vorher l. *hervor*.
S. 145 in der Note Zeile 6 statt etc. l. *X*.
S. 192 Z. 13 von oben, st. so l. *noch*.
S. 217 in der Note * setze nach Sieh, *Mascov*.
S. 236 Z. 4 von oben lasse man *a. O.* hinweg.
S. 256 Z. 14 von oben, st. Vaterlandes l. *Reichs-*
landes.



Handwritten text, likely a list or inventory, written in a cursive script. The text is faint and difficult to read, but appears to be organized in columns or rows.



Baur, Franz Nicolaus, 1764-1836

Allgemeine Grundsätze des Völkerrechtes als Prämissen zur Entscheidung der Frage: Kann die Säcularisirung zur Basis des mit der Fränkischen Republik zu schliessenden Friedens dienen? Nebst einer Prüfung der Weisseischen Schrift über die Säcularisation

Bremen ; Lübeck 1799

Augsburg, Staats- und Stadtbibliothek -- Stw 2868

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11282387-7

VD18 12051489